Klag
kammer
1816

J 2
3

Alphabetisches Verzeichniß

aller in diesem Bande vorkommenden Beschuldigten

	Namen	Seite		Namen	Seite
A	Albrecht	81.	K	Kaiser	88
B	Beißler	224		Keller, Anna Maria	182
	Bollinger	6			
	Brunner	6	M	Morsch	18
C.	" " "		S	Schwan Johann	213
D	Dietmeschied	30		Schwan Joh. Adam	213
	Dietz Friedrich	99		Seil	99
	Dittmeyer	104		Steinberger	203
	Dünkelberg	186		Schmitt Stephan(?) ...	30
E	Eberle	18		Schäfer	186
	Eberhardt	220	T	Tränzler(?)	46
	Ehrhardt	41	U	Uhl	195.
F.	Friedel	18			
G	Gerstert(?) ...	24	W	Wacker	81
	Gilcher	93		Weidner	224
				Wammert(?)	81.
H	Hartmann	1	Z	Zittel	208
	Hesse(?)	36			
	Heisel	46			
	Henzel	6			
	Herbert	29.			
	Hofmann ...	195.			

No. 144 der Gzl. Reg.

Sitzung vom 18ten Mai 1816

Zugegen die Herrn: Hahmann(?), Präsident, Dernberg(?), Greiß-Commer(?), Reiche(?), Rath; Gen. Advokat; Obergerichtsschreiber(?)

Rbg(?)

[Signature]

Der Königlich bairische Appellationshof zu Kaiserslautern hat, in seiner Anklagkammer, folgendes Urtheil erlassen

Eingesehen, die durch den Untersuchungsrichter beim Kreisgerichte zu Kaiserslautern eingeleiteten Verhandlungen gegen Johann Ernst Hartmann, 35 Jahr alt, Ackersmann wohnhaft zu Holzbach(?) und Diebstahls von Ackergeräthschaften auf dem Felde beschuldigt

Nach angehörtem Berichte des Herrn Kön. General Advokat am Appellationshof; welchem in dessen Gegenwart alle zu diesem Prozesse gehörige Aktenstücke vorgelesen worden, und welchem sich derselbe nebst dem Obergerichtsschreiber zurückgezogen hatte.

Eingesehen insbesondere Erstens die von der Staatsbehörde abgegebene und den Prozeßschriften beigefügte schriftliche Ansuchen, dessen Inhalt lautet wie folgt:"

abg. 25 Mai / 4 Juni

„Nachsicht der vom Untersuchungsrichter eingeleiteten Untersuchung gegen Johann Ernst Hartmann, 35 Jahr alt, Ackersmann, gebürtig und wohnhaft zu Holzbach, welcher beschuldigt ist, in der Zwischenzeit von Martini 1815 bis Ende des Januars 1816, dem Philipp Peter Brenner, Ackersmann zu Lörzweiler: zwischen dieser Gemeinde und Holzbach vor Kurzem auf dem Felde im Distrikt Dörrbächer stehenden Pfluge die zwei Räder und die eisernen Zahn gestohlen zu haben.

„In Erwägung, daß dieses Verbrechen nach Art. 388 des Strafgesetzbuchs eine körperliche und entehrende Strafe nach sich zieht, und daß hinlängliche Beschwerden zur Anklage gegen den Beschuldigten vorhanden sind

„Beschließen, daß gegen den genannten Johann Ernst Hartmann Anklage erkannt und derselbe an den Assisenhof verwiesen werde

Kreuznach den 17 Mai 1816. unterz. L. Kolb.

Gegenstand: den von dem ersten Richter, am ... März dieses Jahrs erlassenen Verhaftsbefehl, des Inhalts:

„In Erwägung daß dieses Verbrechen durch den Artikel 388 des peinlichen Gesetzbuchs vorgesehen ist und eine Leibes- und entehrende Strafe nach sich zieht.

„Verordnet, daß die Prozeßschriften, das Protokoll enthaltend das Corpus delicti, und ein Verzeichniß der Ueberweisungsstücke, an den Herrn General Prokurator am Appellationshofe zu Kreuznach abgesandt werden, damit alda weiter verfügt werde wie Rechtens."

„daß demnach der Beschuldigte Johann Ernst Hartmann, 36 Jahr alt, 1 Meter 790 Millimeter groß, Haare und Augenbraunen braun, Augen blau, Nase glatt, Kinn breit, Mund ordinär, Gesicht länglich, Bart schwarz, Kinn rund, Ackersmann gebürtig und wohnhaft in Holzbach, in ... Verhaft genommen und in das

von dem Appellationshofe zu bestimmende
Justizhaus eingeschickt werden solle.

Nach vorgegangener Berathschlagung.

In Erwägung daß aus den oben erwähnten Untersuchungsschriften hinreichende Anzeigen und beschwerende Beweise hervorgehen, gegen besagten Johann Ernst Hartmann, vermöge welcher derselbe beschuldigt ist:

— in der Zwischenzeit von Martini 1815 bis Ende des Januars 1816, dem Philipp Peter Bauer Hartmann zu Göringen, zwischen dieser Gemeinde und Hatzbach von dessen auf dem Felde im Distrikt Dörrbaker stehenden Pfluge die zwei Räder und die eisernen Zähe gestohlen zu haben.

In Erwägung daß dieses Verbrechen durch den Art. 388 des Strafgesetzbuchs vorhergesehen ist, und mit einer beschimpfenden und entehrende Strafe belegt ist;

In Erwägung daß aus der Untersuchung hinreichende Gründe zur Anklage gegen den Beschuldigten hervorgehen;

Erklärt der Appellationshof, daß die Anklage gegen besagten Johann Ernst Hartmann statt hat, verweiset somit denselben vor den Assisenhof um daselbst dem Gesetze gemäß, geurtheilt zu werden; und soll daher durch den H. General Advokaten am Appellationshofe eine Anklageakte gegen besagten Beschuldigten verfaßt und der von dem ersten Richter wider ihn erlassene Leibverhafts=Befehl seinem ganzen Inhalte nach in Vollzug gesetzt werden.

Verordnet daß gegenwärtiges Urtheil und der Anklageakt dem Angeklagten zugestellt und ihm Abschrift davon gegeben, sodann derselbe in den 24 Stunden nach geschehener Zustellung, in das bey gedachtem Assisenhof eingerichtete Justizhaus eingebracht werden solle.

Alles dieses in Gemäßheit der Art. 231. 233. 241. 242 und 243 des Gesetzbuchs über das peinliche Verfahren.

Also geschehen und geurtheilt zu Zweibrücken am 18ten Mai 1816 in dem Berathschlagungszimmer der Anklagekammer durch die HH. Rebmann, Präsident, Dursberg, Geisweiler Räthe, welche nebst dem Obergerichtsschreiber unterschrieben haben.

Rebmann Geisweiler

Desesberg

Plessmann

6)

No 143 des Gesch. Reg.

Zugegen die Herren Ackermann, Präsident, Dürkheim, Geistweiler, Wolff, Roch, [illegible] Pfeiffer Obergerichtsschreiber

Blessmann

Sitzung vom 18. Mai 1816

Der Königl. bayerische Appellationsgerichtshof zu Kaiserslautern, in seiner Anklagekammer, hat folgendes Urtheil erlassen.

Eingesehen die durch den Untersuchungsrichter am Kreisgerichte zu Speyer instruirten Verhandlungen gegen

1. Georg Brunnemer 70 Jahr alt Tüncher wohnhaft zu Weingarten
2. Maria Elisabetha Bellinger Ehefrau des abwesenden Philipp Jacob Acker wohnhaft in Schwegenheim
3. Nicolaus Genzel, Ackersmann wohnhaft in Weingarten

alle drei der Verfälschung in Schriften und Gebrauch dieser Schriften beschuldigt

Nach Anhörung des von dem Kl. Proc. General-Advokaten, am Appellationshofe genommenen Berichts, nachdem in dessen Gegenwart alle zu diesem Prozesse gehörigen Prozeß-schriften verlesen worden, und nachdem sich derselbe nebst dem Obergerichtsschreiber zurückgezogen hatte;

Eingesehen insbesondere

Ferner: das, von der Anklagebehörde abgegebenen und den Prozeßakten beygefügte schriftliche Antrag, dessen Inhalt lautet wie folgt:

„Nach Einsicht der von Amtswegen in-
„struirten Untersuchung gegen
„1. Georg Brunnemer, 70 Jahr alt, Tüncher
„gebürtig und wohnhaft zu Weingarten
„2. Maria Elisabetha Bellinger, 27 Jahr
„alt, gebürtig von Iggelheim, wohnhaft in
„Schwegenheim, Ehefrau des abwesenden Philipp
„Jacob Acker, Leinweber, vor seiner Ent-
„fernung zu Iggelheim wohnhaft;
„3. Nicolaus Genzel, 34 Jahr alt,
„Ackersmann gebürtig in Gerßlach
„wohnhaft in Weingarten,
„welche beschuldigt sind"
„Der erste:
„daß im Sommer des Jahrs 1814 über den
„angeblichen Tod des in französischen
„Militärdiensten gestandenen Philipp
„Jacob Acker, gebürtig aus Iggelheim
„einen falschen Todtenschein datirt
„aus Toulon vom 26 December 1813

„und der falschen Unterschrift des Spital-
„verwalters J. h. Estienne fabricirt,
„darunter mit Angabe des nämlichen
„Datums ein vom Kriegskommissär aus-
„gestellte Legalisation mit der falschen
„Unterschrift des Kriegskommissärs
„Chevallier gesezt, ein falsches Spital-
„siegel beigefügt, und für die Verferti-
„gung dieser falschen Urkunde eine Belohn-
„ung an Geld erhalten zu haben.“
„ 6. im Anfang des Jahrs 1815 gegen die
„zum Gebrauch unentgeldliche Ueberlassung
„eines Ofens und gegen das Versprechen
„eines Geschenkes an Geld, eine falsche
„Quittung, datirt von Speyer vom 29ten
„Januar 1813, mit der nachgemachten
„Unterschrift des Herrn G. Brunner über
„die angeblich von Nicolaus Ganzal
„von Weingarten geleistete Zahlung von 572
„franken 29 Centimes Kapital und 57 franken 29 Centimes
„Interessen, fabricirt zu haben;“

„Die Zweite

„Den erwähnten falschen Todtenschein bey
„Georg Brunner bestellt, ihn abgeholt

„und denselben dafür eine Belohnung an Geld be-
„zahlt zu haben.“

„Der Dritte

„die fragliche falsche Quittung durch Georg
„Brunner gegen die unentgeldliche
„Ueberlassung des Gebrauchs eines Ofens
„und des Versprechens eines Geschenks an
„Geld verfertigen gelassen, sie einem
„Gerichtsboten eingehändigt, und sich dadurch
„Stützend, der Wittib Krämer eine Oppo-
„sition gegen den ihr zugestellten Zahlungs-
„befehl einzureichen geholfen zu haben,“

„In Erwägung, was Georg Brunner
„anlangt, daß sich sowohl die Fälschung
„eines öffentlichen, als die eines Privat-
„Akts darstellt, indem eines Theils
„der Todtenschein nebst dem beygesetzten
„falschen Spitalsiegel mit den nach-
„gemachten Unterschriften des Spital-
„verwalters und Kriegskommissärs
„versehen ist, welche Personen einen
„einen öffentlichen Karakter besitzen und
„dergleichen Akten auszustellen und
„zu ~~certificiren~~ ~~bez~~ beziehungsweise legalisiren

„ besagt sind, anderen Theils die falsche
„ Quittung, die nachgemachte Schrift und Unter=
„ schrift des verlebten J. Brunner von
„ Speyer enthält.“

„ In Erwägung, daß in Betreff der Maria
„ Elisabetha Bollinger, Frau des Philipp Jacob
„ Acker sie als Mitschuldige an der Ver-
„ fertigung des falschen öffentlichen Akts
„ dadurch erscheint, daß sie den Urhebern
„ der Verfälschung durch ein Geschenk an
„ Geld dazu gereizt hat;“

„ In Erwägung, daß hinsichtlich des Nicolaus,
„ derselbe ebenfalls als Mitschuldiger an der
„ Verfälschung des falschen Privatakts ange-
„ sehen werden muß, weil er die Ver-
„ fertigung desselben durch die unentgeld-
„ liche Ueberlassung des Grundstücks eines Ackers
„ und durch das Versprechen einer Belohnung
„ an Geld gereizt hat, und alsdann von
„ dem falschen Akt wirklich Gebrauch machte.

„ In Erwägung, daß diese Handlungen
„ Verbrechen constituiren, welche durch die
„ Art. 147. 150. 151. 148, 59 und 60 des
„ Strafgesetzbuchs vorgesehen sind, und demnach

„ eine körperliche und entehrende Strafe nach sich
„ ziehen; daß ferner hinreichende Gründe zur
„ Anklage vorliegen, die das eigene Ge-
„ ständniß des Beschuldigten noch unterstützt,

„ In Erwägung, daß dem genannten Georg
„ Brunner noch mehrere andere Verbre-
„ chungen zu Last gelegt werden, wovon
„ aber jetzt nicht die Rede seyn kann, weil
„ sie nicht nach der Vorschrift des Art.
„ 134 des Gesetzbuchs über das gerichtliche
„ Verfahren und deutlich in dem Leib-
„ verhaft angeführt sind, auch die Verhältnisse
„ Punkten selbst den Untersuchungsakten
„ beiliegen.“

„ Trägt darauf an, daß gegen die vorgenannten
„ Georg Brunner, Maria Elisabetha Bol-
„ linger Ehefrau des Philipp Jacob Acker
„ und Nicolaus Hengel wegen der oben ange-
„ führten Beschuldigungspunkten Anklage erkannt
„ und dieselben vor den Assisenhof verwiesen
„ werden.“

„ Kaiserslautern den 17. Mai 1816

Unterschrieben: L. Koch

Zugestand: Der von dem vorsitz. Richter

am 26ten April abhin erlassenen Leibver-
hafts-Befehl, des Inhalts:

„In Anbetracht, daß die in erwähnten Verdächtigungen
„und Thatsachen von Verbrechen durch die Art. 147.
„148. 150 und 151 des Strafcodex vorgesehen sind und
„gänzlich gerechtfertigt worden.

„Verordnet daß auf Betreiben des Hr. Staats-
„Procurators — die sämtlichen Akten dem
„Herrn General Staats-Procurator des Appellations-
„hofes nach Zweibrücken geschickt werden.

Verordnet ferner, daß in Gemäßheit des
„Artikels 134 des Codex der Criminal-Untersuchung
„der gefragte Georg Brunnemer, Josephs Sohn,
„Tüncher, gebürtig und wohnhaft in Weingarten,
„5 Fuß 5 Zoll groß, mit grauen Haaren und Augen-
„braunen, abgedeckter Stirn, blauen Augen,
„dicker Nase, mittelmäßigem Mund, runden Kinn
„ovalem magerem Gesichte und grauem Bart —
„— die Maria Elisabetha Kollinger, 27 Jahr
„alt, gebürtig von Iggelheim, Ehefrau des
„Philipp Jacob Acker, Leinweber, abwesend,
„wohnhaft in Iggelheim vor seiner Entfernung,
„sie selbst seit dem wohnhaft in Schwegenheim!
„von mittler Statur, hoher Stirn, braunen
„Haaren, schwarzbraunen Augenbraunen, grauen
„Augen, kleiner Nase, kleinem Mund, kurzem

„Kinn, runden Gesicht, etwas blatternarbig
„und — der Nicolaus Gangel, 34 Jahr alt
„Ackersmann gebürtig in Haßloch, wohnhaft
„in Weingarten, 5 Fuß 5 Zoll groß, mit
„braunen Haaren und Augenbraunen, hoher
„Stirn, grauen Augen, dicker Nase, ge-
„wöhnlichem Mund, breitem Kinn mit einem
„Grübchen, ovalem Gesicht und röthlichem
„Bart, aus dem Arresthause von Speyer
„in das Gefängniß gebracht werden sollen,
„welches der gefragte Gerichtshof bestimmen
„wird.“

Auf vorangegangene Berathschla-
gung; In Erwägung, daß aus den oben
erwähnten Untersuchungsakten hin-
reichende Anzeigen und Beschwerden
hervorgehen gegen die beiden Georg
Brunnemer, Maria Elisabetha Kol-
linger und Nicolaus Gangel, wegen
welcher dieselben beschuldigt sind, nämlich
1. Georg Brunnemer: a) im Sommer
des Jahres 1814 über den ungeblichen Tod
des in französischen Militär-Diensten
gestandenen Philipp Jacob Acker,
gebürtig aus Iggelheim, einen
falschen Todten-Schein dorten aus

Quelle vom 24 Dezember 1813 unter der
falschen Unterschrift des Spital-Verwalters
J. B. Estienne fabricirt, darunter mit
Angabe des nämlichen Datums eine vom
Kriegskommissär ausgestellte Legalisation
mit der falschen Unterschrift des Kriegskom-
missärs Chevallier gesetzt, ein falsches
Spitalsiegel beigedrückt, und für die Ver-
fertigung dieser falschen Urkunde eine Beloh-
nung an Geld erhalten zu haben;

b) im Anfange des Jahres 1815 gegen
die zum Gebrauche unentgeldliche Über-
lassung eines Pferdes und gegen das
Versprechen eines Geschenks an Geld,
eine falsche Quittung datirt von
Speyer vom 29. Januar 1813 mit der
nachgemachten Unterschrift des H. G. Brönner
über die angeblich von Nicolaus Hanzel
von Weingarten geleistete Zahlung von
572 Franken 25 Centimen Kapital und
37 Franken 25 Centimen Interessen fabri-
zirt zu haben.

2. Maria Elisabetha Bellinger;

den verrufenen falschen Todesschein

bei Georg Brönner bestellt, ihn abgefaßt
und denselben dafür eine Belohnung an Geld
bezahlt zu haben

3. Nicolaus Hanzel:

die sogenannte falsche Quittung durch Georg Brön-
ner gegen die unentgeldliche Überlassung
des Gebrauchs eines Pferdes und das Versprechen
eines Geschenks an Geld, verfertigen lassen,
sie einem Gerichtsboten eingehändigt, und sich
darauf stützend, der weiteren Brönner eine
Opposition gegen den ihm zugestellten
Zahlungsbefehl signifiziren gelassen
zu haben.

In Erwägung, daß diese Handlungen
Verbrechen constituiren, welche durch
die Artikel 147. 150. 151. 142. 59 und
60 des Strafgesetzbuchs vorgesehen sind,
und demnach eine beschimpfende und leib-
liche Strafe nach sich ziehen

In Erwägung, daß aus der Un-
tersuchung hinreichende Gründe zur
Anklage gegen genannte Beschuldigte
hervorgehen.

Erkennt der Appellationshof
daß die Anklage gegen gedachte

Georg Emmerich, Maria Elisabetha Bollinger Ehefrau des Philipp Jacob Ackermann und Nicolaus Spanzel statt hat; verweiset somit dieselben an den Assisenhof, um allda, dem Gesetze gemäß, gerichtet zu werden; und soll dieser durch den Herrn General-Advokaten ein Anklageakt gegen besagte Beschuldigte verfaßt, und der, am 26 April dieses Jahrs, von dem ersten Richter erlassene Leibesverhafts Befehl, seinem ganzen Inhalte nach in Vollzug gesetzt werden. ~~[illegible]~~

Verordnet, daß gegenwärtiges Urtheil und der Anklageakt, den Angeklagten zugestellt, und ihnen Abschrift davon gegeben werden, sodann dieselben in den 24 Stunden nach geschehener Zustellung in das bey gedachtem Assisenhof befindliche Justiz-Gefängniß eingeführt werden sollen.

Alles obige in Gemäßheit der Artikel 231. 233. 241. 242 und 243 des Gesetzbuchs über das Verfahren in peinl. Sachen

Also geschehen und geurtheilt zu Kaisers-Lautern am 18. Mai 1816 in dem berathschlagungs Zimmer der Anklage Kammer des Appellationshofs, durch die Herren Rebmann, Präsident, Duerberg, Geistweiler Räthe, welche nebst dem Obergerichtsschreiber unterschrieben haben.

Duerberg Rbr Geisweiler

Blessmann

No 92 des Registers

Zugegen die Herren Rebmann Präsident Duerberg Geistweiler Räthe, Rauh Gen. advokat Blessmann Obergerichtsschreiber

Rbr

Blessmann

Sitzung vom 18ten Mai 1816

Der K. B. Appellationshof zu Kaiserslautern hat in seiner Anklage Kammer folgendes Urtheil erlassen.

Eingesehen die durch den Untersuchungsrichter vom Kreisgerichte zu Speyer, dann die von dem Appellationshofe zu Kaiserslautern und endlich vor dem Untersuchungsrichter vom Kreisgerichte zu Kaiserslautern statt gehabten Verhandlungen, und Unter-

Expd. d. 23 Mai [illegible]

beschuldigt gegen

1°) Johann Jacob Friedel 26 Jahr alt
Weber wohnhaft zu Durchweiler;

2°) Johann Morsch, 47 Jahr alt, Schuh-
macher wohnhaft zu Durchweiler und

3°) Johann Adam Hetzel, 47 Jahr alt
Ackersmann wohnhaft ebendaselbst

alle drei beschuldigt eines Diebstahls mit
Einsteigen

Nach angehörtem Berichte des Herrn
Koch, General-Advocaten am Appel-
lationshofe; nachdem in dessen Gegen-
wart selbe zu diesem Prozesse gehörige und
Aktenstücke verlesen worden, und
nachdem sich derselbe, nebst dem Ober-
gerichtschreiber zurückgezogen hatte.

Eingesehen insbesondere

Erstens: das, von der Rathskammer abge-
gebene und den Prozeßschriften beygefügte
schriftliche Ansehen, dessen Inhalt lautet
wie folgt.

„Nach Einsicht der vom Untersuchungsrichter(?) ...
„ Untersuchung gegen:

„ 1. Johann Jacob Friedel, 26 Jahr alt, Weber
„ gebürtig und wohnhaft zu Durchweiler,

„ 2°) Johann Morsch, 47 Jahr alt, Schuhmacher gebür-
„ tig aus Mündlingen(?) bey Bruchsal, wohnhaft
„ zu Durchweiler, und

„ 3. Johann Adam Hetzel, 47 Jahr alt, Acker-
„ mann, gebürtig und wohnhaft zu Durchweiler,
„ welche beschuldigt sind, in der Nacht vom 24.
„ auf den 25. October 1815 dem Johann
„ Georg Kost(?), Bäckermeister(?) zu Durch-
„ weiler, durch Einsteigen in einem zu ge-
„ meiner Erde gelegenen und verschlossenen
„ Keller mittelst Übersteigen von zwei
„ Schuh hohen Mauern und Einsteigen
„ durch das Kellerloch, ungefähr vier Ohm
„ Weisswein, eine Butte und sechs bis sieben
„ Laib Brod gemeinschaftlich entwendet zu
„ haben.

„ In Erwägung, daß dieses Verbrechen
„ nach Art. 384. 381 N°4 und 397 des
„ Strafgesetzbuchs eine körperliche und
„ entehrende Strafe nach sich ziehen
„ und daß hinlängliche Beschwerden zur
„ Anklage gegen die Beschuldigten
„ vorhanden sind;

, Zeugt daraus an, daß gegen die genannten
, Johann Adam Seindel, Johann Morsch und
, Johann Adam Hetzel die Klage erkannt
, und dieselben vor den Assisenhof ver=
, wiesen worden."

Kaiserslautern den 17ten Mai 1816
unterzeichnet: L. Koch

Zweytens: den von dem ersten Richter, am 10ten Mai dieses Jahres, erlassenen Ent verhaftsbefehl, dessen Inhalt lautet wie folgt:

" In Erwägung, daß dieses Verbrechen nach
, den Art. 384 des Strafgesetzbuchs eine Leib-
, und entehrende Strafe nach sich zieht;"

" Verordnet, daß die Prozeßschriften, das
, Protokoll enthaltend das Corpus delicti, und
, ein Verzeichniß der Aktenstücke an den Herrn
, General Staats Procurator am Appellations-
, hofe zu Kaiserslautern eingesendet werden,
, damit weiter verfügt werde, und Kraft
" daß demnach die Beschuldigten
, 1o) Johann Adam Hetzel, 47 Jahr alt, 1 Meter
, 680 Millimeter groß, Haare und Augenbraunen

, schwarz, Augen braun, Stirn rund, Nase mittel-
, mäßig, Mund eben so, Gesicht oval, Bart schwarz,
, Kinn rund, Ackersmann, gebürtig und wohnhaft
, in Frankweiler
, 2o) Johann Morsch, 47 Jahr alt, 1 Meter 720 Mil-
, limeter groß, Haare und Augenbraunen braun,
, Augen grau, Stirn oval, Nase gewöhnlich, Mund
, groß, Gesicht länglich, Bart schwarz, Kinn rund,
, Schumacher gebürtig von Kindling an der
" Bruchsal, wohnhaft in Frankweiler;
" 3o) Johann Jacob Seindel, 1 Meter 720 Mil-
, limeter groß, Haare und Augenbraunen blond,
, Augen grau, Stirn rund, Nase dick,
, Mund groß, Gesicht b glatt, Bart röthlich,
, Kinn rund, Küfer und Weingärtner,
, gebürtig und wohnhaft in Frankweiler, in
, engern Verhaft genommen und in das
, von dem Appellationshofe zu bestimmende
, Justizhaus eingeliefert werden sollen,"

" Nach vorgegangener Berathschlagung,

In Erwägung, daß aus den oben angeführten Untersuchungsschriften hinreichende Anzeigen und Beschwerden gegen die gedachten Beschuldigten Johann Adam

22.

friedel, Johann Morsch und Johann
Adam Eckerle hervorgehen, ver-
möge dieselben beschuldigt sind:

in der Nacht vom drei und zwanzigsten
auf den vier und zwanzigsten Oktober
1815. dem Johann Georg Rost, Wein-
gartsmann zu Frankenthal, aus seinem
in seinem zugemachten Hofe gelegenen
und verschlossenen Keller mittelst Über-
steigen von zwey sechs Schuh hohen
Mauern und Einsteigen durch das Keller-
loch, ungefähr ein Ohm Wein, eine
Bütte und sechs bis sieben Laib Brod
gemeinschaftlich entwendet zu haben

In Erwägung, daß dieses Verbrechen
durch die Art. 384. 381 N° 4. und 397
des Strafgesetzbuchs vorgesehen ist, und
eine Leibesstrafe und entehrende Strafe nach
sich zieht.

In Erwägung, daß aus der Untersuchung
hinreichende Gründe zur Anklage gegen
die besagten Beschuldigten vorliegen

Erklärt der Appellationshof, daß
die Anklage gegen genannten Johann

Ja

3

Jacob Friedel, Johann Morsch und Johann
Adam Eckerle, alle drei von [illegible],
stattfinde, verweiset dieselben, in Gefolge
dessen, vor den Assisenhof um allda dem Ge-
setze gemäß gerichtet zu werden, und soll
dieses durch den Herrn General Advokaten
eine Anklageakte gegen besagte Beschuldigte
errichtet und der von dem ersten Richter
am 10 März dieses Jahrs erlassenen Leib-
verhaftsbefehl, seinem ganzen Inhalte
nach in Vollzug gesetzt werden.

Verordnet, daß gegenwärtiges Urtheil und
die Anklageakte den Angeklagten zugestellt und
ihnen Abschrift davon gegeben, sodann dieselben in
den 24 Stunden nach geschehener Zustellung, in das
bey besagtem Assisenhof errichtete Justiz-
haus eingebracht werden sollen

Alles obige in Gemäßheit der Art. 231. 233. 241.
242 und 243 des Gesetzbuchs über das Verfahren in
peinlichen Sachen.

Also geschehen und geurtheilt zu Kaiserslautern
18 März 1816 in dem Berathschlagungs-Zimmer der Anklage-
kammer, durch die HH. Kammer Präsident, Dausberg, Ge-
richts Räthe, welche nebst dem Obergreffier unterschrieben haben.

Dersberg

Geisweiler

Blessmann

24

N.o 146. des Gest. Regist.

Zugegen die H.H.: Rebmann, Präsident. Dauberg, Geißweiler, Heiß, Molitor Subst.t Closmann Obergerichtsschr.

Rebmann

Closmann

Sitzung vom 18.ten Mai 1816

Der Appellationshof zu Kaiserslautern, in seiner Anklagekammer, hat folgendes Urtheil erlassen.

Eingesehen die durch den Untersuchungsrichter vom Kreisgerichte zu Mainz eingeleiteten Verhandlungen gegen Philipp Großhart, junior, Taglöhner wohnhaft in Horrweiler, und in einem Wirthshause vermittelst Einbruch verübten Diebstahls beschuldigt.

Nach angehörtem Berichte des Herrn Molitor, Substitut des General-Procurators am Appellationshofe;

nachdem in dessen Gegenwart alle zu diesem Prozesse gehörigen Aktenstücke vorgelesen worden, und nachdem sich derselbe nebst dem Obergerichtsschreiber zurückgezogen hatte.

Eingesehen insbesondere

Requisit, das, von der Staatsbehörde abgegeben und den Prozeßschriften beygeheftete schriftliche Ansuchen, dessen Inhalt lautet wie folgt:

„Der General-Staats-Procurator am Appellationshofe in Kaiserslautern.

„Nach Einsicht der Untersuchung gegen Philipp „Großhart, junior, Taglöhner wohnhaft in „Horrweiler, woraus sich ergiebt, daß der-„selbe beschuldigt ist, in der Nacht vom 14.ten auf den „15.ten Februar 1816 in dem Wirthshause des „Alexander Wirth in Horrweiler, vermittelst „Einbruch, ein Stück Schweinefleisch gestohlen „zu haben;

„In Erwägung, daß die That nach den Art. „384. und 381 N.o 4. 386 N.o 1 & 4 des Straf-„gesetzbuchs mit einer körperlichen und ent-„ehrenden Strafe belegt ist, auch hinlängliche „Beweise zur Begründung der Anklage „vorliegen;

„Trägt darauf an, daß Anklage erkannt „und der Beschuldigte an den Assisengericht ver-„wiesen, auch nach den Art. 231. 233. 241. 242 „und 243 der peinlichen Prozeßordnung, ver-„fahren werde."

„Kaiserslautern den 17.ten Mai 1816

„unterzeichnet: Molitor, Substitut.

Eingesehen: den von dem ersten Richter, am 29.ten April dieses Jahres erlassenen Verhaftbefehl, dessen Inhalt lautet wie folgt:

Beherzigung, daß dieses Verbrechen durch
die Art. 386 N° 1 und 4 des peinlichen Gesetzbuches
vorgesehen und von der Art ist eine kör-
perliche und entehrende Strafe nach sich zu ziehen,

Hat die Rathskammer verordnet, und ver-
ordnet hiermit, daß ohne Verzug die Akten-
stücke der Untersuchung, so wie ein Ver-
zeichniß der Belege zur Überführung an den
Herrn General=Staats=Procurator an dem
Appellationshofe zu Luxemburg gesandt
werden sollen, um dort weiter verhandelt
zu werden, wie Rechtens ist.

Verordnet zugleich, daß in Gemäßheit
des Art. 134 des Gesetzbuchs über das peinl.
Verfahren, der gedachte Philipp Gorffard,
29 Jahre alt, Taglöhner, gebürtig und wohn-
haft zu Gorweiler, 1 Meter 80 Centimeter
groß, schwarzbraune Haare und Augenbraunen,
hoher Stirn, grauen Augen, mittlerer Nase,
ordinairem Munde, runden Kinn und läng-
lichtem Gesichte, des Verbrechens eines Dieb-
stahls in einem Wirthshause zur Nachtzeit,
wo er als Gast aufgenommen war

beschuldigt, körperlich verhaftet, und in das Justiz-
haus gebracht werden soll, welches durch den
Appellationshof zu Luxemburg wird be-
stätigt werden.

Nach vorgegangener Berathschlagung

Beherzigung, daß aus den oben erwähnten
Untersuchungsstücken hinreichende Anzeigen
und Beschwerden hervorgehen gegen
Philipp Gorffard, vermöge welcher
derselbe beschuldigt ist: in der Nacht vom
vierzehnten auf den fünfzehnten Februar
lezthin, in einem Wirthshause, wo er
als Gast aufgenommen war, dem
Alexander Wirth in Gorweiler,
mittelst Einbruch ein Stück Fleisch
gestohlen zu haben

Beherzigung daß dieses Verbrechen
durch die Art. 384 und 381 N° 4. 386
N° 1 und 4 des Strafgesetzbuchs vorge-
sehen ist, und eine körperliche und ent-
ehrende Strafe nach sich zieht

Beherzigung, daß in der Unter-
suchung hinreichende Gründe zur Anklage

verlegen;

Erklärt der Appellationshof daß die Anklage gegen besagten Philipp Gerhard, junior, Taglöhner wohnhaft zu Horrweiler statt hat; verweiset daher denselben an den Assisenhof, um alda dem Gesetze gemäß ~~ge[illegible]~~ (gerichtet) zu werden; und soll demnach durch den H. General Advokaten eine Anklageakte gegen gedachten Beschuldigten verfertigt und der von dem ersten Richter am 29. April dieses Jahrs, erlassene Leibesverhaftsbefehl seinem ganzen Inhalte nach in Vollzug gesetzt werden solle.

Verordnet, daß gegenwärtiges Urtheil und der Anklagsakt dem Angeklagten zugestellt, und ihm bedeutet werden, sodann derselbe in den 24 Stunden nach geschehener Zustellung in das bey besagtem Assisenhof eingerichtete Justizhaus eingeführt werden solle;

Alles Obige, in Gemäßheit der

Art. 231. 233. 241. 242 u. 243 des Gesetzbuchs über das Verfahren in peinl. Sachen

Also geschehen und geurtheilt zu Kaiserslautern am 18. Mai 1816 in dem Berathschlagungs Zimmer der Anklagekammer, durch die Herren Rebmann, Präsident, Dürberg, Geißweiler, Räthe, welche oben stehendes Urtheil unterschrieben haben.

Rebmann

Dürberg Geisweiler

Blessmann

No 147 des Registers

Zugegen die Herren Rebmann, Präsident, Dürberg, Geißweiler, Räthe, und der Secr. Blessmann Obergeschrieben — Rebmann

Blessmann

[illegible]

Sitzung vom 18. Mai 1816

Der Appellationshof zu Kaiserslautern, in seiner Anklagekammer, hat folgendes Urtheil erlassen:

Eingesehen die durch den Untersuchungsrichter am Kreisgericht zu Mainz eingeleiteten Verhandlungen gegen

1°. Johann Gerbert, Mühlknecht bey dem Müller König zu Ess-

der Neumühle bey Büdesheim
2. Stephan Schmitt, Ackersmann und Taglöhner
3. Ottilie Dietenschied, Ehefrau des genannten Stephan Schmitt, beide wohnhaft zu Dit-tersheim

wegen eines Hausdiebstahls und der zum Verbergen der Theilnahme daran beschuldigt.

Nach angehörtem Berichte des Hr. Molitor, Substitut des General-Procurators, nachdem in dessen Gegenwart sämtliche zu diesem Prozesse gehörige Aktenstücke verlesen worden, und nachdem sich derselbe nebst dem Obergerichtsschreiber zurückgezogen hatte.

Hingesehen insbesondere

Erstens: das, von der Kreisbehörde abgegebene und den Prozeßschriften beygefügte schriftliche Ansuchen dessen Inhalt lautet wie folgt:

„Nach Einsicht der Untersuchung gegen Johann Herbert, Müllerknecht auf der Neumühle bey Büdesheim, und gegen Stephan Schmitt, Ackersmann und Ottilie Dietenschiedt seine Ehefrau, beide wohnhaft in Dittersheim, woraus sich ergiebt daß

1°) Johann Herbert beschuldigt ist

in der Zeit vom dreißigsten November Achtzehnhundert fünfzehn bis 19. Januar 1816 dem Müller Wenger auf der Neumühle bey Büdesheim, zur Zeit, als er bey diesem in Diensten war, verschiedenes Mehl gestohlen zu haben; daß

2°) Stephan Schmitt und Ottilie Dietenschied seine Ehefrau beschuldigt sind, davon einen Theil genommen und das Mehl wissentlich, daß es gestohlen war, verkauft und zum Theil sich zugeeignet zu haben — daß

3°) Johann Herbert beschuldigt ist, in der Zeit vom 1. July bis zur Hälfte des Septembers 1815 dem Friedrich Schottmann auf der Schönebürger Mühle, zur Zeit als er bey ihm in Diensten war, eine Summe von Hundert Thalern entwendet zu haben:

Befindung, daß diese Verbrechen nach dem Art. 386 § 3 des Strafgesetzbuchs mit einer körperlichen und entehrenden Strafe belegt sind, und hinlängliche Gründe zur Anklage vorliegen:

Trägt darauf an, daß gegen

„die beschuldigten Anklage erkannt, und dieselben
„an den Assisengericht verwiesen worden,
„auch nach Vorschrift der Art. 231-233. 241-242 und
„243 das weitere verfügt werde.

„Kreuznach den 17ten Mai 1816
„unterschrieben: Mulitor, Substitut.“

Zweytens: den, von dem ersten Richter er-
lassenen Verhaftsbefehl vom 4ten dieses, das
Betreff.

„In Erwägung, daß das Verbrechen, welches dem
„Johann Gerbert zur Last bleibt durch den Art. 386 —
„§ 3. des peinl. Gesetzbuchs, und jenes dessen Stephan
„Schmitt und seine Ehefrau Ottilie beschuldigt sind und
„welches die Theilnahme an gedachtem Verbrechen
„constituirt, durch die Art. 59 und 60 gedachten Gesetz-
„buchs vorgesehen und von der Art sind peinliche
„und entehrende Strafe nach sich zu ziehen;

„Hat die Rathskammer erkannt und erklärt
„ferner, daß über den Diebstahl anzeige welchen
„Johann Gerbert bey Friedrich Christmann began-
„gen haben soll, für jetzt keine fernere Verfolgung
„gegen denselben Statt hat;

„Was aber den Diebstahl angeht welchen
„Johann Gerbert beschuldigt ist bey seinem Dienstherrn
„Krieger begangen zu haben und wovon Stephan
„Schmitt und dessen Ehefrau theilhaften Antheil
„genommen haben sollen; so verordnet die
„Rathskammer, daß ohne Verzug die Aktenstücke

„der Untersuchung, so wie ein Verzeichniß der Belege
„zur Übersendung an den Kön. General Prokurator
„an dem Appellhofe zu Coblenz gesandt werden
„sollen, um dort weiter verfügt zu werden
„wie rechtens ist.

„Verordnet zugleich, daß in Gemäßheit des
„Art. 134 des Gesetzbuchs über das peinl. Verfahren
„1°) Johann Gerbert, 22 Jahr alt, gebürtig von
„Holzbronn bey Würzburg, in letzter Zeit
„Knecht bey Heinrich Krieger Müller auf der
„Mühle bey Dudesheim 1 Meter 75 Centimeter
„groß, schwarzer Haare und Augenbraunen
„hoher Stirn, grauer Augen, starker Nase,
„ordinairen Mundes, runden Kinns und Gesichts,
„2°) Stephan Schmitt, 39 Jahr alt, Ackersmann
„aus Bergzabern gebürtig und wohnhaft zu
„Dittersheim 1 Meter 75 Centimeter groß,
„schwarzer Haare und Augenbraunen, glatter
„Stirn, grauer Augen, spitzer Nase,
„ordinairen Mundes, spitzen Kinns und
„Gesichts
„3°) Ottilie Dickenschied Ehefrau des Stephan
„Schmitt, 28 Jahr alt, gebürtig und wohnhaft
„zu Dittersheim, 1 Meter 65 Centimeter
„groß, schwarzer Haare und Augenbraunen,
„hoher Stirn, brauner Augen, kleiner Nase,
„kleinen Mundes, runden Kinns und
„länglichten Gesichts:

„Letztere des Verbrechens des Diebstahlshehlers
„und beyde Letztere der Theilnehmung am ge-
„dachten Verbrechen beschuldigt, welche Be-
„schuldigte körperlich verhaftet und in das Justiz-
„hauß geführt werden sollen, welches durch
„den Appellationshof von Kaiserslautern wird be-
„zeichnet werden."

Nach geschehener Berathschlagung.

In Erwägung daß aus den angeführten
Untersuchungsschriften hinlängliche Anzeigen
und Beschwerden hervorgehen gegen be-
sagte Johann Gerhard, Magdalena Schmitt
und Ottilie Dickenscheid, Ehefrau des Letzteren,
vermöge welcher dieselben beschuldigt sind:
nämlich: Johann Gerhard: in der Zeit vom 30ten November 1815 bis 19ten
Januar 1816 dem Müller Krieger auf der
Neumühle bey Landstuhl, wo er damals in
Diensten stand, mehreres Mehl gestohlen zu
haben, und daß Magdalena Schmitt und Ottilie
Dickenscheid, beyde Ehefrauen angeklagt sind, daran
Theil genommen zu haben, und das Mehl, wissentlich
daß es gestohlen, zum Theil verkauft zum Theil
sich zugeeignet zu haben.

In Erwägung daß diese Verbrechen
durch die Art. 386 N.o 3 und Art. 50 und 60
des Strafgesetzbuchs vorhergesehen sind, und

[illegible] gültig [illegible]

Blessmann

körperliche und entehrende Strafe nach sich ziehen.

In Erwägung, daß aus der Untersuchung hin-
reichende Gründe zur Anklage hervorgehen

Erklärt der Appellationshof, daß die Anklage
gegen besagte Johann Gerhard, Magdalena Schmitt
und dessen Frau Ottilie Dickenscheid statt hat,
verweiset somit dieselben in Anklage dieser
an den Assisenhof, um daselbst dem Gesetze gemäß, ge-
urtheilt zu werden; und soll demnach durch den Herrn
General Advokaten ein Anklageakt gegen ge-
dachte Beschuldigte verfaßt und der von dem ersten
Richter am 24ten dieses erlassene Leib-Verhafts-
Befehl seinem ganzen Inhalte nach in Vollziehung
gesetzt werden.

Verordnet, daß gegenwärtiges Urtheil und der An-
klageakt den Angeklagten zugestellt, und jenen Abschrift
davon gegeben, dieselben sodann in den 24 Stunden nach
geschehener Zustellung, in das bey besagtem Assisenhof befindliche
Justizhauß eingebracht werden sollen.

Alles obiges in Gemäßheit der Art. 231. 233.
241. 242 und 243 des Gesetzbuchs über Verbrechen
und Strafen

Also geschehen und geurtheilt zu Kaiserslautern
am 18ten März 1816, in der Berathschlagungs Kammer des Ap-
pellationshofes, durch die Herren Petersen, Präsident, Dauberg,
Geisweiler, Räthe, welche auch der Obergerichtsschreiber
unterschrieben haben

Dauberg Petersen Geisweiler

Blessmann

36

No 145 des Regist.

Zugegen die Herrn [illegible] Präsident, [illegible], [illegible], Molitor Subst. des Gen. Pr. und [illegible] Obergerichts[illegible]

Blessmann

Sitzung vom 18. Mai 1816

Der Appellationshof zu Kreuznach in seiner Anklagekammer hat folgendes Urtheil erlassen

Eingesehen die durch den Untersuchungsrichter am Kreisgerichte zu Mainz eingeleiteten Verhandlungen gegen Katharina Horn, 25 Jahr alt, gebürtig von Ostheim, zuletzt Dienstmagd bey Georg Weiß, Gastwirth in der Hasenburg zu Mainz.

Nach Anhörung des von dem Herrn Molitor, Substituten des Herrn General-Procurators am Appellationshofe, nach dem in dessen Gegenwart sämtliche zu diesem Prozesse gehörigen Aktenstücke verlesen worden und nachdem sich derselbe entfernt und dem Obergerichtsschreiber zurückgezogen hatte

Eingesehen nebenstehenden Antrag: der von der Staatsbehörde abgegeben und den Prozeßschriften beygefügte schriftliche Antrag dessen Inhalt lautet wie folgt:

"Nach Einsicht der Untersuchung gegen "Katharina Horn, Magd wohnhaft in "Mainz; woraus hervorgeht, daß

Expedirt den [illegible] Mai [illegible]

37

"dieselbe beschuldiget ist 1tens [illegible] "nämlich dem Georg Weiß Gastwirth in "Mainz, zur Zeit wo sie bey ihm in "Dienst war, zwey Leintücher gestohlen "zu haben;
"2tens in der Zeit von Weihnachten 1814 bis "dahin 1815 dem Jacob Kreitzer, Kauf-"mann in Mainz, zur Zeit, wo sie bey "ihm in Dienst war, mehrere Stücke "von Kleidung, Weißzeug und andern "Effekten gestohlen zu haben;

"In Erwägung, daß diese Thaten durch "den Art. 386 § 3 des Strafgesetzbuchs "mit einer Leibesstrafe und entehrenden "Strafe belegt sind, und übrigens hin-"längliche Gründe zur Anklage "vorliegen;

"trägt darauf an, daß Anklage "gegen die Beschuldigte erkannt, dieselbe "an den Assisenhof verwiesen "und nach den Art. 231. 233. 241. 242 "und 243 der peinlichen Prozeßordnung "wie Rechtens verfügt werde."

"Kreuznach den 16. Mai 1816
"unterschrieben: Molitor, Substitut

Zeugt: den von dem ersten Richter vom 29. April d. J. erlassenen Leibverhaft-Befehl, des Inhalts:

"In Erwägung, daß diese Verbrechen
" durch den Art. 386 § 3 des peinlichen Ge-
" setzbuchs vorgesehen sind, und leibliche entehrende
" Strafe nach sich ziehen."

" hat die Rathskammer verordnet und
" verordnet hiemit, daß dieser Auszug des
" Actenstücke der Untersuchung, so wie ein Ver-
" zeichniß der Belege zur Überführung
" an den Herrn General Procurator
" an dem Appellationshofe zu Kaiserslautern
" gesendet werden sollen, um dort weiter
" verhandelt zu werden, wie rechtens ist.

" Verordnet zugleich, daß in Gemäß-
" heit des Art. 134 des Gesetzbuchs über das
" peinliche Verfahren, die gedachte Katharina
" Hesse, 25 Jahre alt, gebürtig aus Ost-
" hofen, dienstmagd bei Georg Weiß
" Gastwirth zur Heidenburg in Mainz
" 1 Meter 65 Centimeter groß, braune
" Haare und Augenbraunen, hoher Stirn,
" grauen Augen, kleiner Nase, ordinärem
" Munde, runden Kinn und Gesichts

" des Verbrechens mehrerer Hausdiebstähle
" beschuldigt, körperlich verhaftet und in
" das Justizhaus geführt werden solle,
" welches durch den Appellationshof von Kai-
" serslautern wird bezeichnet werden."

Nach geschehener Berathschlagung

"In Erwägung, daß aus den obengemeldeten
Untersuchungsstücken hinreichende
Anzeigen und Beschwerden hervorgehen
gegen besagte Katharina Hesse, ver-
möge welcher dieselbe beschuldigt ist:

1° im Monat Februar dieses Jahres
dem Georg Weiß, Gastwirth in
Mainz, zur Zeit, wo sie bey ihm
in Dienst war, zwey Leintücher
gestohlen zu haben

2° in der Zeit von Weyhnachten 1814
bis daher 1815 dem Jacob Kratzner
Kaufmann in Mainz, zur Zeit, wo
sie bey ihm in Dienst war,
mehrere Stücke von Kleidung,
Weißzeug und andere Effekten
gestohlen zu haben.

In Erwägung, daß diese Ver-
brechen durch den Art. 386 N° 3.

40

der Strafgesetzbuchs vorgesehen sind, und eine körperliche und entehrende Strafe nach sich ziehen ist;

In Erwägung daß in der statt gehabten Untersuchung hinreichende Gründe zur Anklage gegen besagten Beschuldigten vorliegen;

Erklärt der Appellationshof, daß die Anklage gegen besagte Katharina Hecker statt hat; verweiset dieselbe, in Gefolge deshalb an den Assisenhof ~~des~~ [illegible] um geurtheilt zu werden; und soll dessen durch den Hr. General Advokaten ein Anklagakt gegen besagte Katharina Hecker errichtet und der vom 29. April d. J. erlassene Leibverhafts-befehl nach seinem ganzen Inhalte ~~auf~~ vollzogen werden.

Verordnet, daß gegenwärtiges Urtheil und der Anklagakt der Angeklagten zugestellt, und ihr Abschrift davon gegeben werden, sodann dieselbe in den 24 Stunden nach geschehener Zustellung in das bey besagtem Assisenhof errichtete Justizhaus eingebracht werden solle.

Dem Gesetze gemäß
Randschrift gebilligt
Rbr
Blessmann

und welche in Gemäßheit der Art. 231. 233. 241. 242 und 243 des Gesetzbuchs über das Verfahren in peinlichen Sachen.

Also geschehen und geurtheilt zu Zweibrücken den 18. Mai 1816 in dem Berathschlagungszimmer der Anklagekammer, durch die Herren Rebmann, Präsident, Duesberg, Geisweiler, Räthe, welche nebst dem Obergerichtschreiber unterschrieben haben.

Rebmann Duesberg Geisweiler

Blessmann

No. 148 des Gesch. Register

Gezogen die Hh. Rebmann Präsident Duesberg, Geisweiler Räthe, welcher Letzt. der gedachte [illegible] und Blessmann Obergerichtsschreiber
Rbr
+ Ehefrau
Randschrift gebilligt
Rbr

Blessmann

Expedirt 22. Mai
4.

Sitzung vom 18. May 1816

Der Appellationshof zu Zweibrücken, in seiner Anklagekammer, hat folgendes Urtheil erlassen:

Hingesehen die durch den Untersuchungsrichter am Bezirksgerichte zu Mainz eingeleiteten Verhandlungen gegen Josepha ~~Eh~~ + Ehefrau [illegible], 27 Jahr alt, gebürtig von [illegible], ehemalige Dienstmagd, [illegible] ohne Dienst und Wohnort; eines Diebstahls in einem Wirthshause, wo sie als Magd bedienstet war, beschuldigt.

nach angehörtem Berichte des H. Molitor
Substitut des General-Staats-Procurators
am Appellationshofe; nachdem in dessen Gegen-
wart sämmtliche Prozeßschriften, dieses Pro-
zesses verlesen worden und nachdem sich
derselbe nebst dem Obergerichtsschreiber zurück ge-
zogen hatte:

Hingesehen mitbefundene

Erstens: das, von der Staatsbehörde abge-
gebene und den Prozeßschriften beige-
fügte schriftliche Ansuchen, dessen Inhalt
lautet wie folgt:

„der General-Staats-Procurator an dem
„Appellationshofe in [illegible]
„Nach Einsicht der Untersuchung gegen
„Josephe [illegible] in [illegible]
„ihren Gewerb und Wohnort, woraus
„erhellt, daß dieselbe beschuldigt ist, in
„der Nacht vom 22ten auf den 23ten Februar
„letzthin in dem Wirthshause des Carl
„Bauer in [illegible], wo sie
„als Gast aufgenommen war, dem
„Letzteren einen blauen Flanellen
„Weiberock gestohlen zu haben.
„In Erwägung, daß diese That

„nach dem Art. 386 n°4 des Strafgesetzbuchs
„mit einer körperlichen und entehrenden Strafe
„bestraft wird:"
„In Erwägung, daß hinlängliche Gründe zur
„Anklage vorliegen:
„Trägt darauf an, daß gegen die Beschuldigte
„Anklage erkannt und sie vor den
„Assisenhof verwiesen, auch nach den
„Art. 231. 233. 241. 242 und 243 des weiteren ver-
„fügt werde.
„[illegible] den 17ten Mai 1816
„unterschrieben: Molitor Substitut,

Zweytens: den von dem [illegible],
am 29ten April erlassenen, [illegible]
Hafts-Befehl, dessen Inhalt:
„In Erwägung, daß das peinliche Ver-
„brechen durch den Art. 386 n°4 des peinlichen
„Gesetzbuchs vorgesehen ist, und körperliche
„und entehrende Strafe nach sich zieht
„Verordnet die Rathskammer, daß ohne
„Verzug die Aktenstücke der Untersuchung
„so wie ein Verzeichniß der Belege zur Über-
„schickung an den Herrn General Staats Pro-
„curator an dem Appellationshofe zu [illegible]
„gesendet werden sollen.
„Verordnet zugleich, daß in Gemäßheit
„des Art. 134 des Gesetzbuchs über das
„peinliche Verfahren, die gedachte Josephe

„Ehrhardt, Tochter von Johann Ehrhardt
„Kirchheim in Ellwangen, von dort gebürtig
„27 Jahr alt, ehemals Dienstmagd und seit dem
„letzten Dienst, ohne Wohnort, 1 Meter 70 Centimeter
„groß, welche Haare und Augenbrauen, schwarze
„Stirn, blaue Augen, kleine Nase, großen
„Mund, runden Kinn und Gesicht, des Ver-
„brechens eines Diebstahls in einem Wirths-
„hause, allwo sie als Gast aufgenommen
„war, beschuldigt, und gegenwärtig flüchtig,
„in Contumaciam durch den Appellations-
„hof von Zweibrücken schuldig erkannt
„worden.

Nach vorgegangener Berathschlagung.

In Erwägung, daß aus den oben er=
wähnten Prozeßschriften hinreichende Be=
weise und beschwerende Umstände hervorgehen, gegen
besagte Josephe Ehrhardt, vermöge wel-
cher dieselbe beschuldigt ist: in der Nacht
vom 22t auf den 23t Februar 1816 in dem
Wirthshause des Karl Louis in
Niederingelheim, wo sie als Gast
aufgenommen war, dem Wirth einen
blauen flanellenen Weiberrock
gestohlen zu haben.

In Erwägung, daß dieses Verbrechen durch
den Art. 386. No. 4 des Strafgesetzbuchs vor=
gesehen ist und eine Leibes- und entehrende
Strafe nach sich zieht.

In Erwägung daß in der Untersuchung
hinreichende Gründe zur Anklage gegen besagte
Beschuldigte vorliegen

Erkennt der Appellationshof, daß die
Anklage gegen besagte Josephe Ehrhardt
statt hat, verweiset dieselbe vor
den Assisenhof, um alldort, dem Gesetze
gemäß, geurtheilt zu werden; und solle
demnach durch den Herrn General Advokaten
eine Anklageakte gegen besagte Beschuldigte
errichtet und der von dem ersten Richter
erlassene Leib-verhafts befehl
vom 29t April letzthin, seinem ganzen
Inhalte nach in Vollzug gesetzt werden
solle.

Verordnet, daß nach den Art.
231. 233. 241. 242. 243 und 244.
gegen die besagte Angeklagte Josephe
Ehrhardt, gegenwärtig flüchtig, verfahren
werden solle.

Also geschehen und geurtheilt

zu Kaiserslautern am 18. May 1816. in dem Berathschlagungszimmer der Anklagskammer durch die Herren Rebmann Präsident, Dürsberg, Geisweiler Räthe, welche nebst dem Obergerichtsschreiber unterschrieben haben. f. Abr.

Dürsberg Geisweiler

Blessmann

Sitzung vom 31. May 1816

Zugegen die H. Hr. Rebmann Präsident, Dürsberg, Geisweiler Räthe, Koch Gen. Adv. Blessmann Obergerichtsschreiber. Rebmann

Blessm.

Der K. B. Appellationshof zu Kaiserslautern, in seiner Anklagskammer, hat folgendes Urtheil erlassen

Eingesehen die durch den Untersuchungsrichter am Kreisgericht zu Zweibrücken eingeleitete Verhandlung gegen

1. Ludwig Geisel 47 Jahr alt gebürtig aus Grünstadt Friedensrichter wohnhaft in Worms

und

2° Johann Stephan Trummler, 43 Jahre alt Friedensgerichtsschreiber gebürtig und wohnhaft in Worms; verschiedener Verbrechen beschuldigt

beschuldigt der Unterschlagung und Zueignung fremden Eigenthums und zu diesem Behufe

[illegible];

Ausstreichen von fünf Zeilen ~ Abr.

Blessm.

gutgeheissen Abr.

Blessmann

mit Betrügereien Diebstahl in einem öffentlichen Akt so wie mehrere andere damit verbundenen Fälschungen vorgenommen zu haben.

Nach angehörtem Berichte des G. Koch, General Advokaten am Appel. Hofe; nachdem in dessen Gegenwart sämtliche Prozeßstücke verlesen worden, und nachdem sich derselbe nebst dem Obergerichtsschreiber zurück gezogen hatte.

Eingesehen insbesondere den von der Anwaltbehörde abgegebenen und den Prozeßschriften beygefügten schriftlichen Antrag, dessen Inhalt lautet wie folgt.

„Der General (Staatsprokurator) Advokat am K. bayerischen Appellationshofe zu Kaiserslautern;

„nach Einsicht der von Amtswegen angeleiteten Untersuchung gegen

„Ludwig Geisel, 47 Jahr alt, gebürtig zu Grünstadt, Friedensrichter wohnhaft zu Worms;

„Johann Stephan Trummler, 43 Jahr alt, Friedensgerichtsschreiber gebürtig und wohnhaft zu Worms;

„welche beschuldigt sind

„A. beide zusammen

„1. am 22. August 1815 bei Gelegenheit der Versteigerung des Nachlasses des Bürgers Joseph Schmitt von Worms

" die Summe von 48 Louisdor in Gold unterschlagen
" und sich zugeeignet, und zu diesem Behufe be-
" trügerischer Weise einen falschen Versiege-
" lungsakt verfaßt und beide unterschrieben
" zu haben, in welchem, statt der vorräthig ge-
" fundenen, von dem Gerichtsschreiber Treuglar in
" Verschluß genommenen und dem Friedensrichter
" Geisel in Verwahr gegebenen 48 doppelten
" und einen einfachen Louisdor in Gold
" nur 49 einfache Louisdor eingetragen und
" der Friedensrichter Geisel als bei der
" Versiegelung gegenwärtig und dieselbe
" selbst besorgend angeführt wurde,
" während dieser doch gar nicht bei der
" Versiegelung gegenwärtig gewesen war.

" 2. unter dem 6t und 7t Januar 1808
" betrügerischer Weise einen falschen Akt
" über die angeblich von demselben an dem
" Nachlaß der Katharina Gertrude Ernst,
" Ehefrau des Andreas Weigand, Pastel, nachher
" zu Worms, vorgenommenen Entsiegelung
" verfaßt und beide unterschrieben, dabei
" drei Vakationen in dem Akt eingeführt
" und für diese Entsiegelung die Summe
" von zwanzig Franken berechnet

" angenommen und erhalten zu haben, während
" weder einer noch der andere von ihnen bei der
" Entsiegelung und Abnahme der Akt an einer
" Kommode angelegt gewesenen Siegel gegenwärtig
" war;

" 3. gegen Martini 1814 nach dem Ableben der
" Frau des Nicolaus Schad Fuhrmann zu Worms
" von Letzteren 14 Franken Versiegelungsgebühren
" verlangt und erhalten zu haben, da doch gar keine
" Versiegelung dabei statt hatte."

" 4. im Jahr 1814 nach dem Tode des Friedrich
" Schackenhammer von Worms von dessen Hinter-
" lassenen Wittwe Magdalena Elisabetha Gräser
" 6 Gulden 20 kr. für Versiegelungsgebühren
" begehrt und erhalten zu haben, ungeachtet gar
" keine Siegel angelegt wurden.

B. Ludwig Geisel allein

" 5.) im Jahr 1815 die Untersuchungsakten
" in betreff einer durch Jacob Knorr von Hochheim,
" Georg Knorr von Alsheim und einem k.
" bairischen Soldaten gegen Johann Krämer
" von Worms verübten Mißhandlung nach
" einem deshalb eingeleiteten Vergleich unter-
" drückt und auf die Seite geschafft zu haben;

" 6.) im Jahr 1811 einen mit Leibrente

„Aron (David Gensch) von Worms am 2ten
„Juni 1808 unter Privatunterschrift errichte-
„ten Kaufakt, wodurch Ludwig Geisel an
„Eheleute einen auf dessen Gemarkung [illegible] einen
„gelegenen Acker für zwey hundert Gulden
„verkauft hatte, und schon abschlägliche Zahlungen
„darauf geschehen waren, bestechen wollen
„zerrissen und den Acker nachher an einen
„andern verkauft zu haben."

„7. im September des Jahrs 1815 die Eugenie
„Morgen, Ehefrau des David Gensch von Worms
„unter Versiegelung ihrem damals Schulden
„wegen zu Speyer verhafteten Manne die
„Freilassung zu verschaffen, vergleichsweise
„[illegible], um eine Summe Geldes gegeben zu
„haben."

I

„Insofern, was den ersten Beschuldigungs
„punkt anlangt, daß aus der Untersuchung
„erhellt, daß am 22ten August 1815 der Ge-
„richtsschreiber Brüngler, ohne daß der Frie
„densrichter Geisel dabei gegenwärtig war, die
„Versiegelung des Nachlasses der in Mainz ver-
„storbenen aber zu Worms wohnhaft gewesenen
„Jungfer Sophie Schmitt vornehmen

„und bei dieser Gelegenheit das Geld der Verstor-
„benen zu sich genommen;"

„daß nach Aufschließung der in dem Zimmer
„der Verlebten stehenden Kiste, derjenige der darin
„befindlichen versiegelten Geldsack herausnehmen,
„das Siegel davon losriß und nach geschehener
„Abzählung das Geld mit den Papieren, worin
„es eingewickelt war, ohne es wieder einzu-
„wickeln, in den Sack warf, es dann hastig
„in die Tasche steckte und mit sich forttrug."

„daß nach der Erklärung der bei der Ver-
„siegelung gegenwärtig gewesenen Philippine
„Nöther, Aufwärterin der verlebten Sophie
„Schmitt, einer Person von anerkannter Red-
„lichkeit, unter den Geldstücken von Brüngler
„abgezählten Geldstücke 8 doppelte und neun
„einfache Louisdor in Gold befunden haben,
„daß um diese Summe nicht aus dem Ge-
„dächtniß zu verlieren, die Philippine
„Nöther sogleich die doppelten Louisdor
„mit der Ziffer L8 an den Schrankthüren
„in der Küche aufgezeichnet;"

„daß zwar die bei der Abzählung und
„Wegnahme des Geldes abwesend gewesene
„[illegible] gewesene Jacob Gerstein
„Stiefsohn und dessen Ehefrau, bei welchen
„die Sophie Schmitt gewohnt hatte, mit
„der Erklärung der Philippine Nöther

„nicht in Ansehung des Betrags der Gelder
„übereinstimmen, dass jedoch dieselben etwas
„in ihren Aussagen wechselten, und untrüglich mit
„Bestimmtheit angeben, dass Unterschleif mit dem
„Gelde statt gehabt habe;"

„Dass Jacob Friedrich Stapfer selber als
„Treuschler mit dem Gelde weggegangen war
„über den Betrag desselben und dem Laben,
„nach der Angabe des Treuschlers obwaltenden
„bedeutenden Verstoß mit der Schlepper Nichts
„sich besprochen, und um die Summe nach zu
„weisen, die verschiedenen Geldsorten mit Blei-
„stift an die hintere Grundthür notirt habe,
„in welcher Aufzeichnung die Silbersorten
„genau angegeben, in Hinsicht des Geldes aber
„die Ziffer 48 1/2 von ihm angeschrieben
„wurde, welches mit der Angabe der 48
„doppelten und einer einfachen Louisdor voll-
„kommen übereinstimmt, jedoch keinen Sinn dar-
„biete, wenn man darunter, wie Stapfer
„in seinen späteren Erklärungen glauben zu
„machen sucht, nur 24 doppelte und ein ein-
„fache Louisdor verstehen wollte."

„Dass übrigens die Stapferischen [illegible]
„mit der Schlepper Nichts darin nie verstanden
„sind, dass bei dem in der Kiste vorräthig
„gefundenen Gelde nur eine einzige ein-

„fache Louisdor ~~vorhanden gewesen~~ gewesen sei;"

„Dass der Gerichtschreiber Treuschler den Sack mit
„dem fraglichen Gelde dem Friedensrichter Geisel
„überbrachte und dieser ihn in Verwahr nahm;"

„dass im Versiegelungsakte vom 22. August,
„welcher von Geisel, Treuschler und dem als Zeugen
„aufgestellten Jacob Friedrich Stapfer unterschrieben
„ist, das Silbergeld nach den verschiedenen Münzsorten
„genau spezifizirt, in Ansehung des Geldes aber
„der bloße ganze Betrag mit 49 Stück Louisdor
„angegeben wurde, ohne zu bemerken, dass dar-
„unter doppelte Louisdor und wie viel befindlich
„waren."

„Dass in diesem Akt fälschlich Meldung geschieht
„dass der Friedensrichter Geisel die Versiegelung
„selber vorgenommen habe, da doch derselbe
„gar nicht dabei gegenwärtig war;"

„dass als in der Folge bei der Abnahme der
„Siegel und der Eröffnung des Inventariums
„von dem Friedensrichter Geisel das fragliche
„Geld ohne den Sack herbei gebracht wurde,
„nur 49 Louisdor in Geld, nämlich 22
„doppelte und fünf einfache vorhanden waren,
„demnach 26 doppelte Louisdor fehlten und
„an deren Stelle vier einfache unterschoben
„worden;"

„dass ungeachtet des ausdrücklichen Be-
„gehrens der Erbinteressenten, von der Ver-
„schiedenheit der Münzsorten des Geldes
„im Entsiegelungsakt Erwähnung zu thun

„Geisel sich geweigert hat, diesem Verlangen
„Genüge zu leisten;“

„daß, als die Erbinteressenten sich weigerten
„die 49 Louisdor anzunehmen, und darauf be-
„standen, daß man ihnen die 48 ~~Louisdor~~
„doppelte und ein einfaches Louisdor aus-
„zahlte, ja mit Gerichtsboten (?) mit einer Anzeige
„gedroht (?) hatten, der Friedensrichter Geisel
„sich endlich bequemte, die ganze Summe zu com-
„plettiren, und die Erben befriedigte;“

„Dafürhaltung, daß diese Handlung von Seiten
„des Friedensrichters Geisel und des Gerichts-
„schreibers Trümpler eine betrügerische
„Fälschung in einem öffentlichen Akt, und die
„Unterschlagung und Zueignung eines fremden
„Eigenthums constituirt, demnach hinsichtlich
„der Fälschung ein Verbrechen bildet, das
„zufolge Art. 146 des Strafgesetzbuchs eine
„körperliche und entehrende Strafe nach sich
„zieht, in Ansehung der Unterschlagung jedoch
„nur als ein correctionelles Vergehen nach
„Art. 401 des Strafgesetzbuchs angesehen
„werden kann, das aber mit der Fälschung
„connex (?) ist, und vermöge Art.
„227 des Gesetzbuchs über das peinl. Verfahren
„davon nicht getrennt werden darf.“

„Dafürhaltung, daß aus der Zusammenstellung aller oben
„angeführten und in den Untersuchungsakten enthal-
„tenen Umständen hinlängliche Beschwerden er-
„folgen, um wegen dem vorerwähnten Verbrechen
„gegen die beiden Beschuldigten Anklage zu
„erkennen.“

II

„Dafürhaltung, daß in Betreff des zweiten
„Beschuldigungspunktes aus der Untersuchung
„hervorgeht, daß im Jahr 1807, als die Ehe-
„frau (?) Gertrude Bast Ehefrau des Adam
„Steigmann von Ulmet gestorben ist, der
„Gerichtsschreiber Trümpler allein und ohne Bei-
„sein des Friedensrichters Geisel die Ver-
„siegelung vornahm, die im Ganzen
„darin bestand, daß derselbe eine einzige
„Kommode, worin die Kleidungsstücke
„der Verstorbenen enthalten waren, unter
„Siegel legte.“

„daß am 6ten und 7ten Januar 1815 das
„Inventarium über den Nachlaß der
„Verstorbenen verfertigt wurde, welchem
„weder der Friedensrichter Geisel noch
„der Gerichtsschreiber Geisel (?) noch zugegen
„gewesen sind, und eben so wenig eine Ent-
„siegelung von denselben statt hatte:

daß demungeachtet dieselben eine

„ losschen Akt über eine angebliche Entsiegelung
„ aufgesetzt und beide unterschrieben haben, worin
„ sie angaben, daß sie damit drei Vakationen
„ vom 6ten Januar und den folgenden Tag des
„ Morgens und Nachmittags zugebracht hätten,
„ während doch nur eine Kommode zu entsie-
„ geln war und in der letzten Vakation alle
„ Immobilien inventirt wurden.“

„ Daß nachher von dem Gerichtschreiber
„ Treuchler geschriebenen und quittirten Rechnung
„ Adam Weigand für diese angebliche Entsie-
„ gelung 20 Franken 50 Centimen bezahlen mußte;

„ In Erwägung, daß diese Thatsachen
„ eine betrügerische Fälschung in einem
„ öffentlichen Akt und eine Konkussion darbietet
„ welche nach Art. 146 und 174 des Strafge-
„ setzbuchs, Art. 10 des Dekrets vom 23ten
„ Juli 1810 und Art 14 und 15 Sektion 5
„ Titel 1. des 2ten Theils des Strafgesetzbuchs
„ von 1791 mit einer leiblichen und ent-
„ ehrenden Strafe belegt werden; und daß
„ hinlängliche Gründe zur Versetzung in An-
„ klage gegen die beiden Beschuldigten vor-
„ handen sind;

III

„ In Erwägung, daß in Beziehung auf den
„ dritten Punkt aus der Untersuchung sich

„ ergiebt, daß gegen Martini 1814 Nikolaus Schaid
„ vier Wochen nach dem Absterben seiner Frau zu dem
„ Friedensrichter Haisel ging und demselben das Testa-
„ ment vorzeigte, wodurch ihn seine Frau zu ihrem
„ Universalerben eingesetzt hatte;“

„ Daß Haisel bei dieser Gelegenheit dem
„ Nikolaus Schaid erklärte: es wäre schon gut,
„ er müßte aber 14 Franken Versiegelungs-
„ gebühr an den Gerichtschreiber Treuchler und
„ zwey Franken an den Audienzdiener Sittler
„ bezahlen, worauf Schaid wirklich diese Summe
„ an die angegebenen Personen auszahlte,
„ ohne daß je eine Versiegelung vorge-
„ nommen wurde;“

„ In Erwägung, daß dieses eine förm-
„ liche Konkussion bildet, welche nach Art.
„ 174 des Strafgesetzbuchs mit einer körperli-
„ chen und entehrenden Strafe belegt wird, und
„ daß der Fall hinreichende Beschwerden zur
„ Anklage gegen die beiden Beschuldigten
„ vorleget.“

IV

„ In Erwägung, was den 4ten Punkt be-
„ trifft, daß im Jahr 1814 nach dem Ableben
„ des Friedensrichterlichen Gerichtschreibers von Wenau
„ die Beschuldigten zu der hinterlassenen Wittwe
„ desselben kamen, um die Versiegelung vorzu-

3

„ nehmen; daß auf die Vorstellung der Wittib: ihre
„ besten Effekten seyen wegen der Kriegs un-
„ ruhen versteckt, die Beschuldigten von ihrem
„ Vorhaben zwar abstanden, aber sich doch
„ die Gebühren mit 1 Guld 20 kr bezahlen
„ ließen;"

„ Beschwerung, daß das Bezahlen und
„ Annehmen von Gebühren für eine Versiegelung
„ die nicht statt hatte, das Verbrechen der Concussion
„ karakterisirt, worauf nach Art. 174 des
„ Strafgesetzbuchs eine Leibes- und entehrende
„ Strafe steht, und daß auch hier Gründe
„ genug zur Anklage in der Untersuchung
„ enthalten sind."

IV

„ Beschwerung, daß auch aus dem Thatbestand des 5ten
„ Punkts aus den Akten erfolgt, daß im
„ Jahr 1815 Johann Kümmerer von Worms
„ durch Jacob Kuhn von Gensheim, Peiz
„ Kuhn von Alsheim und einen P. Cori-
„ nischen Feldarbeiter bedeutend mißhandelt
„ worden."

„ daß der Polizeikommissär Kück die
„ beiden Kuhn verhaften ließ und mit den
„ ~~Instrumenten beschäftigte, welche aber~~

Mit Streichen einer Zeile gültig
Gr. Haag
Blessing

„ vorläufig von ihm gemachten Untersuchung der Friedens-
„ richter Geisel zuschickte;"

„ daß Geisel darauf die Untersuchung fortsetzte
„ sich mehrere Tage mit den Instrumenten be-
„ schäftigte, endlich aber einen Vergleich zwischen
„ den beiden Kuhn und Kümmerer stiftete,
„ nach welchem erstere außer den beim
„ Vergleich ausgedungenen Zahlungen bezahlen mußten
„ an den mißhandelten Kümmerer zehn großer
„ Thaler, dem Anwalt Dauner Pöttler 48 Kreuzer,
„ dem Polizeisergeanten einen großen Thaler, dem
„ Gendarmen eben so viel, dem Schreiber
„ Ziegelbrenner zwei große Thaler, so wie
„ die Kurkosten;"

„ daß auf diesen Vergleich nicht nur alle
„ weitern Untersuchung und Verfolgung aufhörte
„ und die beiden Kuhn in Freiheit gesetzt
„ wurden, sondern auch die deshalb gehaltenen
„ Protokolle verschwunden sind und nicht
„ mehr zum Vorschein kamen;"

„ Beschwerung, daß mit diesem höchst
„ willkürlichen und gesetzwidrigen Verfahren
„ eine Unterschlagung gerichtlicher Akten ver-
„ bunden war, worauf nach Art. 173 des Straf-
„ gesetzbuchs eine Leibes- und entehrende Strafe
„ gesetzt ist; und daß hinlängliche Gründe
„ vorliegen, um wegen dieses Verbrechens gegen Geisel
„ die Anklage zu erkennen."

VI

„Jnerwägung, daß in Ansehung des 6ten Faktes
„aus der Untersuchung erhellt, daß am 2ten Juni 1808
„der Friedensrichter Heisel dem David Horch
„von Warmt einen auf dem Harsthumer Banne
„gelegenen Acker für 200 Gulden verkauft hat,
„und daß darüber ein Privatakt doppelt
„aufgesetzt und von den Partheien unterschrieben
„worden;“
„daß David Horch auf diesen Kauf ver-
„schiedene abschlägliche Zahlungen machte;
„daß im Jahr 1811, als David Horch
„auf flüchtigem Fuße und abwesend war,
„an der Friedensrichter Heisel auf die Zahlung
„des Restes des Kaufpreises drang, Leopold
„Morgen, Schwager des Horch, sich dazu ver=
„stand, für den noch restirenden Kaufpreis
„einen Wechsel von acht Louisdor aus-
„zustellen; daß er in dieser Absicht zu dem
„Friedensrichter Heisel ging, und demselben
„das Exemplar des Kaufakts seines Schwa-
„gers vorlegte; daß Heisel diesen Akt
„sogleich ergriff und in zwei Stücke zerriß;
„daß es jedoch dem Leopold Morgen gelang,
„die Stücke ihm aus der Hand zu entziehen

„und mit sich fortzunehmen;
„daß der Friedensrichter Heisel darauf den
„nämlichen Acker wieder an einen andern Mann
„verkaufte;“
„Jnerwägung, daß diese beschlagte Zerreißung
„eines Kaufkontrakts unter Privatunterschrift zwar
„durch Zeugen- und Urkundenbeweis unterstützt ist, daß
„sie aber nach Art. 439 des Strafgesetzbuchs ein
„bloßes korrektionelles Vergehen konstituirt,
„welches nicht geeignet ist, vor die Assisen ge-
„bracht zu werden, sondern nach Art. 479
„des Gesetzbuchs über das peinliche Verfahren, an
„die direkte Competenz des Appellationshofes
„gehört.“

VII

„Jnerwägung, daß in Betreff des 7ten
„Faktes aus der Untersuchung erhellt,
„daß im Dezember des Jahres 1815, als der
„erwähnte David Horch wegen Schulden
„zu Regen eingekerkert war, der Frie-
„densrichter Heisel dessen Frau vorspiegelte
„er wolle mittelst sechs Louisdor die Er-
„laubniß ihres Mannes aus dem Gefängniß
„bewirken;“
„daß diese Frau, die sie noch hundert
„Franken dem Advokaten Hadamard

„zu Szegen zu zahlen hatte, dem Kondukteur Geisel nicht Louisdor brachte, um außer der Bezahlung ihres Namens, auch zugleich die Schuld an Herrn Haddäus abzutragen."

„Daß Geisel darauf wirklich nach Szegen reiste, und, zwar über die an Haddäus bezahlten 100 Franken eine Quittung zurückbrachte, den Rest des Geldes aber für sich behielt, unter der Vorgabe, es zu Szegen verwendet zu haben, ungeachtet David Gönner aus seiner Erfahrung nach keineswegs bedacht wurde;"

„In Erwägung, daß diese Handlung den Charakter einer förmlichen Veruntreuung an sich trägt, die nach Art. 405 des Strafgesetzbuchs mit einer correctionellen Strafe belegt wird; daß demnach deshalb ebenfalls keine Verweisung vor den Assisenhof statt findet, sondern nach Art. 479 des Gesetzbuchs über das peinliche Verfahren der Appellationshof direkt darüber zu erkennen hat;"

„In Erwägung, daß zwar im Allgemeinen die Verfügungen des Art. 184 des angeführten Gesetzbuchs über das peinl. Verfahren in Betreff der Akte der Untersuchung gegen Gerichtsbeamten und der Erlassung des Leibsverhaftbefehls nur auf die Kriminalrichter anwendbar sind, und nicht auf die Gerichtsschreiber ausgedehnt werden können, gegen welche die Rathskammer des Kreisgerichts die eigentlich kompetente Behörde zur Erlassung des Leibesverhaftbefehls bildet; daß jedoch im vorliegenden Fall eine Abweichung von dem gewöhnlichen Gange durchaus nothwendig und dem Gesetze gemäß ist, indem die den beiden Beschuldigten gemeinschaftlich zur Last gelegten Verbrechen nach Art. 227 des Gesetzbuchs über das peinliche Verfahren als konnex betrachtet werden müssen, und nach Art. 226 des nämlichen Gesetzbuchs die Anklagkammer zugleich und durch ein und dasselbe Urtheil über derartige Vergehen zu sprechen hat; daß darum, daß die Anklagkammer selber den Leibesverhaftbefehl erlassen um so weniger Anstand gegen Trangler erfolgt, als er

„zu dieser an einer Verzüchtigung [?] Theil nimmt, welche das Gesetz nur den Forst- [?] dienstwächtern [?] und anderen gerichtlichen Beamten gestattet;“

„In Erwägung, daß außer den oben angeführten Punkten gegen den Kreisdiener [?] Geisel und den Gerichtsschreiber Trumler noch eine Menge anderer Beschuldigungen in der Untersuchung vorkommen;“

„Daß aber ein großer Theil dieser Beschuldigungen betrifft, die, wenn man sie auch zum Theil als wirkliche Verbrechen ansehen muß, dennoch verjährt sind, indem seit dem Zeitpunkte, wo sie begangen worden, bis zu Anordnung der Untersuchung mehr als zehn Jahre verstrichen waren, und in diesem Fall nach Art. 637 des Gesetzbuchs über das gerichtliche Verfahren alle weiteren Verfolgungen unstatthaft und erloschen sind;“

„Daß die übrigen Beschuldigungen eines Theils weder die Eigenschaften eines Verbrechens noch eines Vergehens im Sinne des Gesetzes an sich tragen, anderen Theils zureichende Beweise

zu

und beschwerenden [?] fehlen, um eine Anklage oder weitere Verhandlung eintreten lassen zu können;“

„In Erwägung, daß aus den Zeugen dieser verschiedenen Beschuldigungen die Überzeugung hervorgeht, daß Geisel und Trumler sich die unedelsten Wege erlaubt haben, um ihre Gewinnsucht zu befriedigen, und sich in alle Geschäfte zu mischen wußten, wo Geld [illegible] Cautionen statt finden konnten, indem sie sich öfters als Verwalter von Geldern von Abwesenden u.s.w. aufstellten, oder aufstellen ließen, die Gelder in Empfang nahmen, und wenn sie wieder Rechnung [?] ablegten, auch die Gelder zurück behielten [?], sich dabei gegenseitig unterstützt und gemeine Sache mit einander gemacht zu haben scheinen; daß indessen diese Thatsachen keine förmlichen Verbrechen darbieten, sondern bloß zu einer Civilklage Anlaß geben können;

„Daß übrigens alle diese Umstände dazu beitragen, den moralischen Werth und die Art der Amtsführung der

zu

„Beschuldigten zu würdigen."

„Nach Einsicht endlich der Artikel 184, 179 –
„232, 233, 229 und 134 des Gesetzbuches über
„das peinliche Verfahren:"

„Zeigt derselbe an, daß gegen die ge-
„nannten Ludwig Geisel und Johann Mayhofer
„Gräumpler wegen dem 1. 2. 3 und 4ten
„Punkt, und gegen Ludwig Geisel allein
„wegen dem 5ten Punkt Anklage erkannt,
„und dieselben vor den Assisenhof ver-
„wiesen werden, nachdem vorher ein
„Leibsverhaftsbefehl gegen dieselben
„erlassen worden."

„In Ansehung des 6ten und 7ten Punktes
„behält sich der Untersuchende vor, den
„Beschuldigten Geisel, wie soll meine Sonder-
„aussprechung vor den Assisen, direkt vor
„den Appellationshof zu bringen, und über
„ihn erkannt zu werden, was Rechtens."

„Was die übrigen Beschuldigungen
„betrifft, zeigt der Untersuchende darauf
„an, daß der Anklagskammer er-
„klären wolle, daß in dieser Hin-
„sicht keine weiteren Verfolgungen

Z

„statt finden."

„Kaiserslautern den 25 Mai 1816."

„unterschrieben L. Koch."

Nach vorgegangener Berathschlagung:

Beherzigung, so viel den ersten Punkt
anbetrifft, daß aus den in dem Antrage
der Staatsbehörde entwickelten Umständen,
besonders aber aus der unregelmäßigen
Versiegelung und Abnahme der vorge-
fundenen Geldes, aus der Weigerung der
Friedensrichters ein Feststellungs-Akte
nach dem ausdrücklichen Begehren der Hab-[?]
interessenten von der Verschiedenheit der
Münzsorten des Geldes Erwähnung
zu thun, aus dem Unterschiede der angeblich
nur vorhandenen Geldstücke und der
von den bey der Abnahme zugegen ge-
wesenen Zeugen bemerkten Zahl derselben,
verbunden mit der eingestandenen ersten
im Akt ausschließlich geschehenen Meldung,
daß der Friedensrichter Geisel die Ver-
siegelung selbst vorgenommen, oder dem
derselbe gar nicht gegenwärtig gewesen,
endlich der Beseitigung des Sacks, worin
das Geld gewesen, hinreichender Ver-
dacht und Anzeigen hervorgehen, daß

Z

der Beschuldigten Hiesel und Frauenglaser am 22ten August 1815 eine Unterschlagung und Zueignung fremden Eigenthums begangen und zu diesem Behufe eine betrügerische Fälschung in einem öffentlichen Akte verübt haben.

In Erwägung, daß diese Fälschung zufolge dem Art. 146 des Strafgesetzbuchs ein schweres Verbrechen bildet, welches eine körperliche und entehrende Strafe verwirkt, und daß, so viel die Unterschlagung fremden Eigenthums betrifft, welche vermöge des Art. 401 des Strafgesetzbuchs nur eine Zuchtpolizeyliche Strafe nach sich ziehen würde, diese im gegenwärtigen Falle mit der Fälschung zusammenhängt, und vermöge Art. 227 des gemeinen Prozedur Gesetzbuchs davon nicht getrennt werden kann 4.

In Erwägung, so viel den 2ten Punkt betrifft, daß aus den Untersuchungs-Acten hervorgeht, daß im Jahr 1807 nach dem Tode des Eheherrn [illegible] Gastwirth [illegible], Ehefrau des Adam Weigand von Unterant, der Gerichtsschreiber Frauenglaser

4. In Erwägung, daß [illegible] allem in den Untersuchungsakten [illegible] hervorgehenden [illegible] und [illegible] zu [illegible] über [illegible] Verbrechen [illegible] [illegible] [illegible]

[illegible]

[illegible] (Unterschrift)

(Frauenglaser) jedoch ohne Beyziehung der [illegible] Hiesel die Versiegelung einer Kommode mit einigen Kleidungsstücken vornahm.

Daß am 6ten und 7ten Juni 1815 das Inventarium über den Nachlaß der Verstorbenen außer Anwesenheit des [illegible] Hiesel und Gerichtsschreiber Frauenglaser errichtet wurde, wobey aber so wenig eine Entsiegelung statt fand, daß dem ungeachtet dieselben einen solchen Akt über eine angebliche Entsiegelung aufgesetzt und beide unterschrieben haben, worin sie angeben, daß sie damit den Vorabend am 6ten [illegible] und den folgenden Tag den Morgen und Nachmittags zugebracht hätten, während daß nur eine Kommode zu entsiegeln war, und in den letzten [illegible] als Immobilien inventirt wurden;

Daß nach einer von dem Gerichtsschreiber Frauenglaser geschriebenen und quittirten Rechnung Adam Weigand für diese angebliche Entsiegelung zwanzig Franken Gebühren bezahlen mußte

In Erwägung, daß diese Thatsache

eine betrügerische Fälschung in einem öffentlichen Akt und ein Verbrechen darbietet, welches nach den Art. 146 und 174 des Strafgesetzbuchs, Art. 10 des Dekrets vom 23ten Juli 1810 und Art. 14 und 15 Section 5. Titel 1. des 2ten Theils des Strafgesetzbuchs von 1791 mit einer Leib-peinlichen † Strafe belegt worden.

† und entehrenden
Strafwort gültig
[illegible]
[illegible]

In Erwägung, so viel den 3ten Punkt betrifft, daß sich aus der Untersuchung ergiebt, daß gegen Merten 1814 Nikolaus Schmid von Weiler nach dem Absterben seiner Frau zu dem Friedensrichter Geisel ging und demselben das Testament vorzeigte, wodurch ihn seine Frau zu ihrem Universalerben eingesetzt hatte;

daß Geisel bei dieser Gelegenheit dem Nikolaus Schmid erklärte: es wäre schon gut, er müßte aber 14 Franken Versiegelungsgebühr an den Gerichtsschreiber Trauglaar und zwei Franken in die Armenkasse bezahlen, worauf Schmid wirklich diese Summe an die angegebenen Personen ausgezahlt,

ohne daß je eine Versiegelung vorgenommen wurde;

In Erwägung daß dieses eine förmliche Concussion bildet, welche nach Art. 174 des Strafgesetzbuchs mit einer bürgerlichen und entehrenden Strafe belegt wird und daß deshalb hinreichende Beschwerden zur Anklage gegen die beiden Beschuldigten vorliegen.

In Erwägung, so viel den 4ten Punkt betrifft, daß im Jahr 1814 nach dem Ableben der Friedrich Scherkamer von Weiler die Beschuldigten, ohne eine Versiegelung vorgenommen zu haben, sich dennoch die Gebühren mit Kleiner Gulden zwanzig Kreuzer haben bezahlen lassen, daß jedoch die Beschuldigten doch in der That gegenwärtig gewesen und nur durch die Vorstellung der abhielten, wegen den Dringlichkeiten von der Vollziehung ihres Geschäfts verhindert wurden, daß auch die Beschuldigten behaupten, darüber einen Akt aufgesetzt zu haben, welcher die Umstände des Unterbleibens enthalten habe, und abhanden kommen sey; wenn

der Gegentheil nicht erwiesen werden könne;

daß bey diesen Umständen der Verdacht einer Conclusion nicht hinreichend begründet ist, um die Abforderung die Verweisung des Beschuldigten an die Assisenhof zu verordnen.

In Erwägung, so viel den 5t. Punkt betrifft, daß aus den Akten erhellt, daß im Jahr 1815 Johann Kümmerer von Worat durch Jacob Knorr von Hofheim, Vinzenz Knorr von Altheim und einen k. bayerischen Soldaten Rudentund mißhandelt wurde;

daß der Polizeykommissär Kiek die beiden Knorr verhaften ließ und mit der vorläufigen von ihm gemachten Untersuchung dem Friedensrichter Geisel zuschickte;

daß Geisel darauf die Untersuchung fortsetzte, sich aber sogar mit der Instruction beschäftigte, endlich aber einen Vergleich zwischen den beiden Knorr und Kümmerer stiftete,

nach welchem erstere außer den beim Vergleich aufgelaufenen Kosten bezahlen mußten, und zwar dem mißhandelten Kümmerer zehn große Thaler, dem Ludwig Daniel Sattler acht und zwanzig Kreuzer, dem Polizeysergeanten einen großen Thaler, dem Gendarmen ebenso viel, dem Schreiber Zingelbauer zwei große Thaler, so wie die Kärtchen;

daß auf diesen Vergleich nicht nur alle weitere Untersuchung und Verfolgung aufhörte, und die beiden Knorr in Freiheit gesetzt wurden, sondern auch die deßhalb geführten Protocolle verschwunden sind und nicht mehr zum Vorschein kommen;

In Erwägung daß mit diesem höchst willkührlichen und gesetzwidrigen Verfahren eine Unterschlagung gerichtlicher Akten verbunden war, worauf nach Art. 173 des Strafgesetzbuchs eine körperliche und entehrende Strafe gesetzt ist, und daß hinlängliche Beweise vorliegen, um wegen diesem Verbrechen gegen Ludwig Geisel die Anklage zu erkennen.

Beherzigend, so viel den 6ten Punkt betrifft, daß aus der Untersuchung erhellt, daß am 2. Juni 1808 der Friedensrichter Geisel dem David Hirsch von Wörth einen auf dem Gemeindebann gelegenen Acker für 200 Gulden verkauft hat, und daß darüber ein Privatakt doppelt aufgesetzt und von den Partheien unterschrieben wurde;

Daß David Hirsch (Gönsch) auf diesen Kauf verschiedene abschlägliche Zahlungen machte;

Daß im Jahr 1811, als David Gönsch mit flüchtigem Fuße und abwesend war, und der Friedensrichter Geisel auf die Zahlung des Restes des Kaufpreises drang, Leopold Meyer Schwager des Gönsch, sich dazu verstund für den noch restirenden Kaufpreis einen Wechsel von acht Louisdor auszustellen, daß er in dieser Absicht zu dem Friedensrichter Geisel ging, und demselben das Exemplar des Kaufakts seines Schwagers vorlegte; daß Geisel diesen Akt, sogleich ergriff und in zwei Stücke zerriß,

daß es jedoch dem Leopold Meyer gelang, die Stücke ihm aus der Hand zu reißen und mit sich fortzunehmen;

daß der Friedensrichter Geisel darauf den nämlichen Acker wieder an einen andern Mann verkaufte;

Beherzigend, daß diese boshafte Zerreißung eines Kaufakts unter Privatunterschrift genugsam durch hinreichende Beweise unterstützt ist, daß sie aber nach Art. 439 des Strafgesetzbuchs ein bloßes correctionnelles Vergehen konstituirt, welches nicht geeignet ist, vor die Assisen gebracht zu werden, sondern nach Art. 479 des Gesetzbuchs über das peinl. Verfahren in die dermalige Competenz des Appellationshofs gehört

Beherzigend, so viel den 7ten Punkt betrifft, daß aus der Untersuchung erhellt, daß im September des Jahres 1815, als der erwähnte David Gönsch wegen Schulden zu Zabern eingekerkert war, der Friedensrichter Geisel dessen Frau vorgespiegelt: er wolle mittelst seines Credits die Befreiung ihres Mannes aus dem Gefängniß bewirken:

Daß diese Frau, die sich nach Zabern

Franken dem Advokaten Haddäus zu
Ozegen zu zahlen hatte, dem Friedensrichter
Huisal nicht Landsdorf brachte, um zweiter
der Versammlung hat mit, auch zugleich
die Schulden an Herrn Haddäus zu tragen;
daß Huisal darauf wirklich nach Ozegen
reiste, und, zwar über die an Haddäus be-
zahlten 100 Franken eine Quittung zurückbrachte,
den Rest des Geldes aber für sich behielt, unter
dem Vorgeben, es zu Ozegen verwendet zu
haben, und erstlich durch Haus- und Ferien-
Gefangenschaft bewegt wurde

In Erwägung, daß diese Handlung den
Charakter einer förmlichen Fleraquaire an
sich trägt, die nach Art. 405 des Strafgesetz-
buchs mit einer bloßen correctionellen Strafe
belegt wird, daß demnach deßhalb ebenfalls
keine Verweisung vor den Assisenhof statt
findet, sondern nach Art. 479 des Gesetzbuchs
über das peinl. Verfahren der Appell. Hof
direct darüber zu erkennen hat.

In Erwägung, so viel die übrigen
zugleich Beschwerden und Anzeigen, welche
aus der Untersuchung hervorgehen, betrifft,
daß dieselbe theils [illegible] wirkliche
Verbrechen zu begründen scheinen

allein durch den Verlauf der Zeit im Art. 637
des Prozeßgesetzbuchs vorgeschriebener Frist
verjährt sind, und keine weitere Verfol-
gung zu lassen; daß andere Beschuldigungen
nicht hinlänglichen Verdacht zu einer Anklage,
oder weiteren Verfolgung darbieten, andere
aber zwar äußerst tadelnswerthe, ge-
winnsüchtige, und unwürdige Handlungen
und ein unsittliches Geschäftsverfahren
darstellen, woraus aber nur Civil-
klagen, nicht aber peinliche Verfolgungen
gegründet werden mögen.

In Erwägung, daß zwar im Allge-
meinen die Verfügungen des 484ten
Art. des peinl. Prozedur-Gesetzbuchs
in Ansehung der Art der Untersuchung
gegen gerichtliche Beamte, und der Er-
lassung des Leibverhafts Befehle nur
auf die Friedensrichter und nicht auf die
Gerichtsschreiber anwendbar sind, im
vorliegenden Falle aber wegen der
Connexität der Verbrechen und selbst
im Interesse des Beschuldigten Baumpler,
nach Art. 226 und 227 des peinl. Prozd. Gesetzbuchs
statt finden muß;

7 78

R. d. G.

Hinsichtlich des 5ten Punktes gegen Ludwig Geisel allein Anklage Verweisung [?] statt gehabt [?]

[illegible] [signature]

erklärt der Appellationshof deßwegen
des Ersten, Zweyten und Dritten
Punktes gegen die genannten Ludwig
Geisel und Johann Stephan Zwingler [?]
stattfindend; verweiset daher die-
selben, in Gefolge dessen, an den
Assisenhof, um daselbst, dem Gesetze
gemäß, gerichtet zu werden, und soll
demnach durch den Kön. General advokaten
eine Anklageacte gegen besagte Be-
schuldigte verfaßt werden.

In Ansehung des oben erwähnten
vierten Punktes erklärt der Hof, daß
in dieser Hinsicht weder Verfolgung noch
Anklage statt finden könne;

In Ansehung des 6ten und 7ten Punktes
behält sich der Hof, im Fall der Frei-
sprechung des beschuldigten Geisel vor
dem Assisenhof, das weitere Verfahren
gegen denselben vor.

In Ansehung der übrigen Punkte
der Untersuchung erklärt der Hof
daß keine weitere Verfolgung statt
findet.

2

79

Verordnet demnach daß die genannte

1° Ludwig Geisel, 47 Jahr alt gebürtig
zu Grünstadt, [illegible] wohnhaft
in Worms Maße [?] Entweder gross [?]
Haare und Augenbraunen
Stirn Augen
Nase Mund Kinn
Gesicht

2° Johann Stephan Zwingler, 43 Jahre
alt, [illegible] gebürtig und
wohnhaft zu Worms mittlere
Entweder gross [?]
Haare und Augenbraunen Stirn
Augen Nase
Mund Kinn Gesicht

Den obenerwähnten Verbrechen be-
schuldigt, künftig ergriffen und
~~in das bez. Arrest~~ aus dem Arrest-
hause zu Worms in das beym be-
zeichneten Assisenhof befindliche Justiz-
haus gebracht werden sollen

Verordnet ferner daß gegen-
wärtiges Urtheil und die An-
klage akt, den beiden Angeklagten

3

zugestellt und seine Abschrift davon gegeben, dieselben so fort in den 24 Stunden nach geschehener Zustellung an obengenanntes Justizamt eingeschickt, so wie der erlassene Leibesvisitations-Befehl [?] nach seinem ganzen Inhalte in Vollzug gesetzt werden soll.

Alles dieses in Gemäßheit der Art. 484. 479. 232. 233. 229 und 134 des Gesetzbuchs über das gerichtliche Verfahren.

Also geschehen und geurtheilt zu Kaiserslautern am 31t Mai 1816 in dem Berathschlagungs Zimmer der Anklage Kammer durch die HH. Rahmann Präsident, Düsberg und Griesbender Räthe, welche nebst dem Obergerichtsschreiber unterschrieben haben.

Rheinwald [?]

Duesberg

geisweiler [?]

Blessmann

N° 150 d. g. d. Gebühr [?]

Zugegen die HH. Rahmann, Präsident, Düsberg, Griesbender Räthe [?] ... [illegible] Blessmann Obergerichtsschreiber

Rheinwald [?]

Blessmann

Beschluß [?] vom 31t Mai 1816

Der K. baierische Appellationshof zu Kaiserslautern, in seiner Anklagekammer hat folgendes Urtheil erlassen.

Eingesehen die durch den Untersuchungsrichter am Kreisgerichte zu Speyer, dann weiter von dem Appellationsrathe in dessen Zuständigkeit [?] [illegible] und endlich durch den Untersuchungsrichter am Kreisgerichte zu Kaiserslautern statt gehabten Verhandlungen gegen

1. Luise Wacker [?], 20 Jahre alt, gebürtig aus Hannover, zuletzt wohnhaft in [illegible]
2. Philippine Albrecht 48 Jahr alt, Wittwe von Franz Wammert [?], Taglöhnerin [illegible]
3. Anna Maria Wammert [?] 18 Jahr alt deren Tochter endlich
4. Anna Maria Albrecht, 40 bis 45 Jahr alt Schwester der andern beiden [?] ledig [?] wohnhaft zu [illegible]

der Hausdiebstähle und der Theilnahme daran beschuldigt.

Nach angehörtem Berichte des Herrn Hof [?] General Advokaten am Appellationshofe, nachdem in dessen Gegenwart sämmtliche zu diesem Prozesse gehörigen Aktenstücke verlesen worden, und nachdem sich derselbe nebst dem Obergerichtsschreiber zurückgezogen hatte

Eingesehen ist bei [?] [illegible]

Erstens: den von der Staatsbehörde

g

abgegeben und den Prozeßakten beygefügten schriftlichen Antrag, dessen Inhalt lautet wie folgt:

„nach Einsicht der Untersuchungsakten
„gegen „1. Louise Becker, 20 Jahr alt, gebürtig
„aus Germersheim, zuletzt Magd bey Joseph
„Kreßler Posamentierer zu Frankenthal.
„2. Philippine Albrecht, 48 Jahr alt, gebürtig
„aus Neustadt, Wittwe von Franz Wammert
„Taglöhnerinn wohnhaft zu Frankenthal."
„3. Anna Maria Wammert, 18 Jahr alt
„Arbeiterinn in der Fabrik des genannten
„Joseph Kreßler, gebürtig und wohnhaft in
„Frankenthal und"
„4. Anna Maria Albrecht 40 bis 45 Jahre
„alt, gebürtig aus Kallmünzen, Ehefrau
„des Andreas Binzer, Taglöhners, wohnhaft
„zu Flomersheim"
„welche beschuldigt sind"
„Erstens im Monat März 1815 dem Joseph
„Kreßler Posamentierer zu Frankenthal, bey welchem sie damals in Diensten
„stand"
„19 hänfene Handtücher
„2. werkene Handtücher
„3 flächsene Leintücher
„7. hänfene Leintücher

„1. werkenes Leintuch
„2. gebildete Tischtücher
„3. weiße Vorhänge
„3. Bett= und Kissenzügen
„1. silberne Uhr und
„18 bis 20 Pfund Garn
„entwendet zu haben, und
„Letztere drei
„an diesem Diebstahl dadurch Theil genommen zu
„haben, daß sie theils zu der Vollführung des=
„selben mitwirkten, theils von den entwen=
„deten Effekten, wohlwissend, daß sie von
„einem Diebstahl herrührten, verheimlicht
„haben."
„In Erwägung, daß diese That ein Verbrechen
„darstellt, welches nach Artikel 386 No. 3.
„59, 60 und 62 des Strafgesetzbuchs eine Leibesstrafe
„und entehrende Strafe nach sich zieht, und daß
„Gründe genug vorliegen, deshalb die Anklage
„gegen die Beschuldigten eintreten zu lassen."
„trägt darauf an, daß gegen die genannten
„Beschuldigten wegen dem vorgedachten Verbrechen
„Anklage erkannt und dieselben vor den
„Assisenhof verwiesen werden"
Kaiserslautern den 31. Mai 1816"
unterschrieben: L. Kocke"

Zugleich, da nun dem ersten Richter zu Kaiserslautern am 25 May d. J. erlassenen Leib-Verhafts-Befehl, des Inhalts:

Beherzigung, daß dieses Verbrechen durch die Artikel 386 No. 3. 59, 60 und 62 des peinlichen Gesetzbuchs vorgesehen ist, und eine Leibes- und entehrende Strafe nach sich zieht.

Erwägend, daß die Untersuchungsakten das Protokolle enthaltend das Corpus delicti und ein Verzeichniß der Untersuchungsstücke von dem Herrn General ~~advokaten~~ Staats=Prokurator am Appellationshofe abgeschickt werden damit alldo weiter verfügt werde was Rechtens.

Befiehlt demnach daß die Beschuldigten

1. Louise Walter, alt 20 Jahre, groß 1 Meter 52 Centimeter, Augen blau, Haare und Augenbraunen blond, Mund klein, Gesicht rund und blaß, Nase gewöhnlich, Kinn rund, gebürtig aus Hermersheim, zuletzt Magd im Dienste des Joseph Preßler, Posamentirer in Frankenthal

2. Philippine Albrecht 48 Jahre alt, groß 1 Meter 520 Millimeter, Haare und Augenbraunen grau und blond, Augen grau, Stirn und Nase mittelmäßig, Mund gewöhnlich, Gesicht und Kinn rund, gebürtig aus Neuleiningen, Wittib von Franz Wannert, Taglöhners, wohnhaft in Frankenthal;

3o. Anna Maria Wannert, 18 Jahre alt,

groß 1 Meter 320 Millimeter, Augen und Haare braun, Mund und Nase mittelmäßig, Kinn rund, gebürtig aus Frankenthal, zuletzt Arbeiterin in der Fabrik des Joseph Preßler, Posamentirer daselbst und Tochter der vorigen

4o/ Anna Maria Albrecht, nach ihrem Alter nicht, dem Aussehen nach 40 bis 45 Jahre alt, groß 1 Meter 600 Millimeter, Augen grau, Haare braun, Gesicht oval, dunkel gelb, Mund groß, Nase mittelmäßig, Kinn stumpf, gebürtig aus Neuleiningen, Ehefrau von Andreas Biehe, Taglöhners, wohnhaft zu Flomersheim —

in engern Verhaft genommen und in das von dem Appellationshofe zu bestimmende Justizhaus eingesetzt werden sollen.

Nach vorgegangener Berathschlagung

In Erwägung, daß aus den obenerwähnten Untersuchungsstücken hervorgehende Anzeigen und Beschwerden gegen Beschuldigte Louise Walter, Philippine Albrecht, Wittwe Wannert, Anna Maria Wannert, deren Tochter und Anna Maria Albrecht Ehefrau von Andreas Biehe hervorgehen, wonach dieselben beschuldigt sind, nämlich:

Sechstens
im Monat März 1815 dem Joseph Kroll Pastoratsverwalter zu Sonnenthal, bey welchem sie damals als Magd in Diensten stand,

19 hänfene Handtücher
2 wergene Handtücher
3 flächsene Leintücher
7 hänfene Leintücher
1 wergenes Leintuch
2 gebildete Tischtücher
3 weiße Vorhänge
3 Bett- und Kissen-Züge
1 silberne Uhr
18 bis 20 Pfund Garn

entwendet zu haben;
Letztere Drei an diesem Diebstahl dadurch Theil genommen zu haben, daß sie thätig zu der Vollführung desselben mitwirkten, Theile von den entwendeten Effekten, wissend, daß sie von einem Diebstahl herrührten, verheimlicht zu haben

In Erwägung, daß dieses Verbrechen durch die Artikel 386 N° 3. Art. 59, 60 und 62 des Strafgesetzbuchs vorhergesehen ist, und eine Leibes- und entehrende Strafe nach sich zieht

In Erwägung, daß aus der Untersuchung hinreichende Gründe zur Anklage gegen besagte Beschuldigte hervorgehen

Erklärt der Appellationshof, daß Anklage gegen besagte Luise Wendel, Philipp und Albrecht, Anna Maria Brunnert und Anna Maria Albrecht statt hat;

verweiset dieselben an den Assisenhof, um allda, dem Gesetze gemäß, gerichtet zu werden;
und soll demnach durch den H. General Advokaten eine Anklageakte gegen genannte Beschuldigte errichtet und der von dem ersten Richter am 25ten Mai dieses Jahres erlassene Leib-Verhafts-Befehl nach seinem ganzen Inhalte in Vollzug gesetzt werden.

Verordnet, daß gegenwärtiges Urtheil und der Anklageakt den Angeklagten zugestellt und ~~die von dem ersten~~ ihnen Abschrift davon gegeben, dieselben sodann, in den 24 Stunden nach geschehener Zustellung, in das bey besagtem Assisenhof befindliche Justizhaus eingebracht werden sollen.

Die Ausstreichung von fünf Worten gutgeh. [illegible]
Lehmann

Alles obige in Gemäßheit der Artikel 231. 233. 241. 242 und 243 des Gesetzbuchs über das Verfahren in peinlichen Sachen.

Also geschehen und geurtheilt zu Zweibrücken in dem Berathschlagungs-Zimmer am 31ten Mai 1816 in der Anklagekammer, durch die HH. Lehmann, Präsident, Duesberg, Geisweiler Räthe, welche nebst dem Obergerichtsschreiber unterschrieben haben.

Duesberg [illegible] Geisweiler

Lehmann

N.° 152 ... (88)

Sitzung vom 31. Mai 1816.

Zugegen die Herrn Hoheneck Präsident, Dünberg, Geißweiler, Klotz, Koch Gal Advt. Blessing Obergerichtsschreiber

Blessing

Der k. Kreis-Appellationshof zu Kaiserslautern, in seiner Anklagskammer, hat folgendes Urtheil erlassen:

Hingesehen die durch den Untersuchungsrichter des Kreisgerichts zu Kaiserslautern eingeleitete Verhandlungen gegen Johann Kreiser gebürtig vom Schweixer-Kreuz, zuletzt Knecht zu Zweibrücken, wegen Diebstahl zur Nachtzeit und mittelst Einsteigen beschuldigt;

Nach Anhörung des von dem Herrn Koch General Advokaten, am Appellationshofe gemachten Berichts; nachdem in dessen Gegenwart alle zu diesem Prozeß gehörigen Aktenstücke verlesen worden, und nachdem sich derselbe, nebst dem Obergerichtsschreiber zurückgezogen hatte.

Hingesehen insbesondere

Erstens: den von der Staatsbehörde abgegebenen und den Prozeß-Schriften beigeschlossenen schriftlichen Antrag, dessen Inhalt lautet wie folgt:

„Nach Einsicht der Untersuchungsakten gegen
„Johann Kreiser, 18 Jahr alt, gebürtig auf dem
„Schweixer-Kreuz bei Zweibrücken, zuletzt als Knecht
„in Diensten bei Christian Kellermann zu Zweibrücken
„welcher beschuldigt ist"
„in der Nacht vom 28.ten auf den 29.ten April

89

„dieses Jahrs dem Karl Schmitt, Schneider zu
„Zweibrücken, mittelst Einsteigen, in der an
„dessen Schlafzimmer stoßenden Wohnstube
„aus dem nicht verschlossenen Kleiderschranke
„ein Schächtelchen enthaltend ein Zwanzig
„Franken-Stück an Geld, zwei Fünf Franken
„Thaler, zwei Oesterreichische Kronenthaler
„und eine Oestreichische Viertelskrone entwendet
„zu haben"

„In Erwägung, daß dieses Verbrechen nach
„Art. 384. 381 N.° 4. 386 N.° 1. und 397 des
„Strafgesetzbuchs eine Leibesstrafe und ent-
„ehrende Strafe nach sich zieht und daß
„hinreichende Beschwerden zur Anklage
„gegen den Beschuldigten vorhanden sind,"

„trägt darauf an, daß gegen den ge-"
„nannten Johann Kreiser Anklage er-
„kannt und derselbe vor den Assisenhof
„verwiesen werde"

„Kaiserslautern den 31. Mai 1816
„unterschrieben: L. Koch

Zweitens den von dem ersten Richter am 25.ten May d. J. erlassenen Leibs-Verhafts-befehl des Inhalts:

„ In Erwägung, daß dieses Verbrechen durch
„ die Art. 384. 390. und 397 des peinlichen Ge-
„ setzbuchs vorgesehen ist, somit eine Leib-
„ und entehrende Strafe nach sich zieht „

„ beschließt daß die Prozeßschriften, das Pro-
„ tokoll, das den Thatbestand beurkundet,
„ an den Herrn General-Staats-Procurator
„ am Appellationshofe zu Kaiserslautern abge-
„ sendet werden, damit alldort verfügt werde
„ was Rechtens. „

„ daß demnach der Beschuldigte Johannes
„ Kreiser, 18 Jahre alt 1 Meter 680 Milli-
„ meter groß, Haare und Augenbraunen blond,
„ Augen grau, Stirne mittelmäßig, Mund klein,
„ Gesicht oval, keine Spitz gebürtig aus dem
„ obengenannten Johannis-Kreuz wohnhaft bey Tripp-
„ stadt, zuletzt Knecht bey Christian Kattenr-
„ ring, Ackersmann in Trippstadt
„ in engeren Verhaft genommen und in
„ das von dem Appellationshofe zu bestimmende
„ Justizhaus eingesetzt werden soll. „

Nach vorgegangener Berathschlagung:

In Erwägung daß aus den obenberührten

Untersuchungsschriften hinreichende Anzeigen und Be-
schwerden gegen besagten Johann Kreiser her-
vorgehen, vermöge welcher derselbe beschuldigt
ist: in der Nacht vom 28.ten auf den 29.ten April
dieses Jahrs, dem Karl Schmitt, Schneider
zu Trippstadt, mittelst Einsteigen, in der
an dessen Schlafzimmer stoßenden Werkstätte
aus dem nicht verschlossenen Kleiderschranke
ein Schnupftuch enthaltend ein zwanzig-
Frankenstück in Gold, zwey fünf-Franken
Thaler, zwey österreichische Kronenthaler,
und eine österreichische Viertelkrone
entwendet zu haben.

In Erwägung, daß dieser Verbrechen
durch die Artikel 384. 381 N.o 4. 386 N.o 1
und 397 des Strafgesetzbuchs vorgesehen ist,
und eine körperliche und entehrende
Strafe nach sich zieht.

In Erwägung, daß aus der Unter-
suchung hinreichende Gründe zur Anklage
gegen besagten Beschuldigten hervorgehen

erklärt der Appel.hof daß die Anklage
gegen genannten Johann Kreiser statt
hat; verweiset daher denselben, in Gefolge
dessen, vor den Assisenhof von derselben,

3

dem Gesetze gemäß gänzlich null zu werden;
und, soll zu dem Ende durch den K. General-
Advokaten am Appellhofe gegen besagten
Johann Kreischer verhaftet und der von dem
ersten Richter am 25. März d. J. erlassene
Leibesverhafts befehl nach seinem ganzen In-
halte in Vollzug gesetzt werden.

Verordnet daß gegenwärtiges Urtheil auf den
Appellhof dem Angeklagten zugestellt, und der-
selbe in den 24 Stunden nach geschehener Zu-
stellung in das bey gegenwärtigem Appellhof er-
richtete Justizhaus eingebracht werden soll.

Alles obiges in Gefolge der Art. 231. 233. 241.
242 und 243 des Gesetzbuchs über das peinliche Ver-
fahren.

Also geschehen, gesprochen und geurtheilt
zu Kaiserslautern den 31. Juni 1816 in dem
Berathschlagungs Zimmer der Appellations kammer
durch die Herren Rebmann Präsident, Düns-
berg, Geisweiler Räthe, welche nebst dem Ober-
gerichtsschreiber unterschrieben haben.

Dünsberg Rebmann Geisweiler

Blessmann

No. 151. [illegible]

Sitzung vom 31. Mai 1816

Zugegen die Herren Rebmann Präsident, Dünsberg, Geisweiler Räthe, Kölsch, Kgl. Gen. Advokat, Blessmann Obergerichtsschreiber

Blessmann

Der k. Bairische Appellationshof zu
Kaiserslautern, in seiner Appellations kammer,
hat folgendes Urtheil erlassen:

Eingesehen die durch den Untersuchungs-
richter beim Kreisgerichte zu Kaiserslautern
eingeleiteten Verhandlungen gegen Peter
Schilcher, den Weinküfer, von Ettsweiler
unseres Brand- und Mordstiftung
durch in verschiedenen Mühlen oder andern
Gebäuden beschuldigt.

Nach angehörtem Berichte des Herrn
Kön. General Advokaten als Appel-
lationsfiscale; nachdem in dessen Gegenwart
alle zu diesem Prozesse gehörigen Akten-
stücke verlesen worden, und nachdem sich
derselbe nebst dem Obergerichtsschreiber zurück
gezogen hatte.

Eingesehen insbesondere

Erstens: den von der Anklage Behörde
abgegebenen und den Prozeßakten
beigefügten schriftlichen Erklärung, dessen
Inhalt lautet wie folgt.

„Nach Einsicht der Untersuchung gegen
„Peter Schilcher den Weinküfer, 38 Jahr
„alt, gebürtig und wohnhaft in Ettsweiler

3

„Ziegelöfen, welcher beschuldigt ist"

„1. im Herbst des Jahrs 1815 zur Nachtzeit
„in dem beschlossenen Hause des Peter Schmitt
„des Jüngern von Schweiler einen Sack
„mit einem Malter Weizenkorn aus
„dem Speicher entwendet zu haben"

„2. in verwichenem Winter aus der
Mühle des Andreas Weber von Schweiler
welche mit dessen Wohnhause zusammen-
hängt, einen dem Johann Weisinger
„von Rothselberg zugehörigen mit Korn
„angefüllten Sack nächtlicher Weile ent-
„wendet zu haben"

„3. in der Nacht vom 9ten auf den 10ten
„April d. J. aus der Mühle der Wittwe
„des verlebten Reinhold Streit von
„Oberweiler, welche zu deren Wohn-
„hause gehört und damit verbunden ist,
„mittelst äußerem Einbruch und Einsteigen,
„einen dem Peter Walther von der
„zugehörigen Sack angefüllt Namzig
„Pfund Mehl enthaltend entwendet zu
„haben."

„In Erwägung daß diese Diebstähle
„nach Art. 384. 381 N.° 4 und 386 N.° 1

„des Strafgesetzbuchs eine körperliche und ent-
„ehrende Strafe nach sich ziehen und daß
„hinlängliche Gründe zur Anklage vorliegen;"

„Verordnet daran, daß gegen den ge-
nannten Peter Gelfer Anklage erkannt
und derselbe vor den Assisenhof verwiesen
werde. „Kaiserslautern den 31. Mai 1816.
„unterschrieben: L. Koch

Zeugniß: Daß von dem ersten Richter am
17. März 1816 erlassene Haftbefehl
Urtheil, das besagt:

„In Erwägung, daß diese Verbrechen
„durch die Art. 386 N.° 1. 384 des peinl.
„Gesetzbuchs vorgesehen sind, und eine
„Leibes= und entehrende Strafe nach sich
„ziehen;"

„Verordnet, daß die Prozeßakten, das
„Protokoll enthaltend das Corpus delicti
„und das Verzeichniß der Über-
„führungsstücke an den H. General-Staats-
„procurator am Appellationshofe zu
„Kaiserslautern abgeschickt werden, damit
„aldort weiter verfügt werde was
„Rechtens ist."

„Dieß demnach der Beschuldigte Peter Gilson
„der 1te, 38 Jahre alt 1 Meter 700 Millimeter
„groß, Haare und Augenbraunen blond, Augen
„grau, Stirn und Nase mittelmäßig, Mund
„gewöhnlich, Gesicht oval, Bart blond, kein
„[illegible] Tagelöhner gebürtig und wohnhaft zu
„Eschweiler, in neuere Verhaft genommen
„und in das von dem Appelhofe zu bestim-
„mende Justizhaus eingesetzt werden solle."

Nach vorhergegangener Berathschlagung;

In Erwägung, daß aus den obenerwähnten Untersuchungsstücken hinreichende Anzeigen und Beschwerden hervorgehen gegen genannten Peter Gilson, vermöge welcher derselbe beschuldigt ist:

1. im Herbst des Jahrs 1815 zur Nachtzeit in dem bewohnten Hause des Peter Schmidt des Jüngern von Eschweiler einen Sack mit einem Malter Weizenkorn aus dem Gang entwendet zu haben;

2° in vorigem Winter aus der Mühle des Adam Weber von Eschweiler, welche mit dessen Wohnhaus zusammenhängt, einen dem Johann Dieschinger von

[illegible] zugehörigen mit Korn angefüllten Sack widerrechtlicherweise entwendet zu haben.

3. in der Nacht vom 9n auf den 10n April d. J. aus der Mühle der Wittwe des verlebten Christofel Merck von Eschweiler, welche zu deren Wohnhaus gehört und damit verbunden ist, mittelst äußern Einbruchs und Einsteigens, einen dem Peter Welther von Eschweiler zugehörigen Sack ungefähr 90 Pfund Mehl enthaltend entwendet zu haben.

In Erwägung, daß diese Diebstähle durch die Artikel 384. 381 N°4 und 386 N°1 des Strafgesetzbuchs vorgesehen sind, und eine Leibes- und entehrende Strafe nach sich ziehen.

In Erwägung daß aus der Untersuchung hinreichende Gründe zur Anklage gegen besagten Gilson hervorgehen

Erklärt der Appell. Hof daß Anklage gegen genannten Peter Gilson statt hat; verweiset daher denselben in Gefolge dessen, vor den Assisenhof, um allda geurtheilt zu werden; und soll demnach durch den General Advokaten

98

zum Anklagestatt verweiset und der von
dem Herrn Richter erlassene Leib-verhafts-
befehl nach seinem ganzen Inhalte in
Vollzug gesetzt werden.

Verordnet daß gegenwärtiges Urtheil an
den Anklagestatt, dem Angeklagten zu-
gestellt und ihm Abschrift davon gegeben,
sodann derselbe in den 24 Stunden nach ge-
schehener Zustellung in das beym Hof des Assisen-
hofs befindliche Justizhaus eingebracht
werden soll

Alles Obige in Gemäßheit der Art. 231. 232.
233. 241. 242 und 243 des Gesetzbuchs
über das Verfahren in peinl. Sachen

Also geschehen und geurtheilt zu Kaisers-
lautern am 31ten Mai 1816 in dem Be-
rathungszimmer der Anklagekammer,
durch die Herren Kabaum Präsident, Duesberg
Geisweiler Räthe, welche nebst dem Ober-
gerichtsschreiber unterschrieben haben.

Duesberg [Kabaum] Geisweiler

Blessmann

99

Zugegen die Herren
Kabaum Präsident,
Duesberg, Geisweiler
Räthe, dann [illegible]
Obergerichtsschreiber

Kabaum

Blessmann

Sitzung vom 4 Juny 1816

Der K. B. Appellhof zu Kaiserslautern
in seiner Anklagekammer hat folgenden Beschluß
erlassen.

Eingesehen die durch den Untersuchungsrichter
am Kreisgericht zu Kaiserslautern eingeleiteten
Verhandlungen gegen

1. Johann Friedrich Dietz, 15 Jahr alt, Sohn der
Wittwe Dietz und

2. Johann Valentin Veil, 13 Jahr alt, Sohn von
Christina Dietz;

Beide wohnhaft bei ihren Eltern auf dem Stift
berg, und beide beschuldigt mittelst Einbruch
und Einsteigen verübten Diebstahls schuldig.

Nach angehörtem Berichte des K. B. Gen. Prokurators
Adwokaten vom Appel-Hofe, nachdem in dessen
Gegenwart alle zu diesem Prozesse gehörigen
Prozeßschriften verlesen worden, und welcher
sich derselben nebst dem Obergerichtsschreiber zurück
gezogen hatte.

Eingesehen insbesondere

Erstens: den, von der Staatsbehörde abgegebenen
und den Prozeßschriften beygefügten schriftlichen
Antrag, dessen Inhalt lautet wie folgt:

Man sieht die Untersuchungsakten gegen
1. Johann Friedrich Dietz, 15 jahr alt, bei
seiner Mutter der Wittib ~~Dietz~~ des verlebten

Joseph Dietz auf dem Stallberg erzogen und da-
selbst gebürtig;

2. Johann Valentin Veil, 13 Jahr alt bei seinem
Vater Christian Veil erzogen und gebürtig daselbst.

welche beschuldigt sind, in der Nacht vom 5.ten auf den
6. April 1816 dem Burg[illegible] Zimmermann
auf dem Stallberg aus der in dem unbewohnten
und [illegible] stehenden Rathhaus der Gemeinde-
schaft befindlichen Schreibpulte, gemeinschaftlich
sechs Gulden 58 kr. mittelst äußerem Einbruch und
Einsteigen entwendet zu haben.

In Erwägung, daß dieses Verbrechen nach
Art. 384. 381 N.º 4. 393. 391 und 397 des Straf-
gesetzbuchs mit körperlicher und entehrender Strafe
nach sich zieht, und daß hinreichende Beschwerden
und Anzeigen gegen dieselben vorhanden
sind, Trägt darauf an, daß gegen die ge-
nannten Beschuldigten Anklage erkannt und
dieselben vor den Assisenhof verwiesen werden

Kaiserslautern den 4. Juni 1816

unterschrieben: L. Koch

Zweitens: der von dem nächsten Richter am 25.
[illegible] 1816 erlassene Leib- und Verhafts-Befehl
dessen Inhalt lautet wie folgt.

In Erwägung, daß dieses Verbrechen durch
die Artikel 384. 393. 395 und 397 des Str. ges.

gesetzbuchs vorgesehen ist, und eine Leibes- und
entehrende Strafe nach sich zieht

In Erwägung, daß die Akten der Untersuchung
das Protokoll enthaltend den Corpus delicti,
nebst einem Verzeichniß der Überführungsstücke
von dem Herrn General Staats Procurator
am Appellationshofe zu Kaiserslautern abge-
sandt worden, damit alldort weiter verfügt
werde, und Befehl;

daß demnach die Beschuldigten nämlich
1. Friedrich Dietz, 15 Jahr alt, 1 Meter 570 Milli-
meter groß, Haare und Augenbraunen blond,
Augen braun, Stirn, Nase und Mund ge-
wöhnlich, Gesicht und Kinn oval, ohne Bart,
Sohn von Joseph Dietz Wittib, gebürtig und wohn-
haft zu Stallberg.

2. Valentin Veil, 14 Jahr alt, 1 Meter 350
Millimeter groß, Haare und Augenbraunen blond,
Augen blau, Stirn hoch, Nase mittelmäßig, Mund
klein, Gesicht oval, Kinn rund, Sohn von Christian
Veil gebürtig und wohnhaft zu Stallberg,

in [illegible] Verhaft genommen und in das
von dem Appellationshofe zu bestimmende Justizhaus
eingebracht werden sollen;

Auf vorgegangene Berathschlagung

In Erwägung, daß aus den obenangeführten
Untersuchungsschritten hinreichende Anzeigen und

Beschwerden gegen genannten Johann Friedrich
Dietz und Johann Valentin Veil hervorgehen
vermöge welcher dieselben beschuldigt seien:
in der Nacht vom fünften auf den sechsten
April 1816 dem Burgermeister Zimmer=
mann, auf dem Weilburg und der in dem
unbewohnten und einzeln stehenden Back-
hause der Herrschaft befindlichen Schreib-
stube, gemeinschaftlich Neun Gulden acht und
zwanzig Kreuzer mittelst äusseren Einbruchs
und Einsteigens entwendet zu haben
In Erwägung, daß dieses Verbrechen durch
die Art. 384. 381. No 4. 393. 395 und 397
des Strafgesetzbuchs vorgesehen ist, und
eine körperliche und entehrende Strafe nach
sich zieht
In Erwägung daß aus der Untersuchung
hinreichende Gründe zur Anklage gegen die
genannten Beschuldigten hervorgehen.
Erklärt der Appellationshof daß die An=
klage gegen besagte Johann Friedrich Dietz
und Johann Valentin Veil statt hat; ver=
weist daher dieselben an den Assisenhof
um allda, dem Gesetze gemäß geurtheilt
zu werden; und soll durch den H. General
Advokaten ein Anklagsakt gegen gedachte
Beschuldigten errichtet und demselben dem

ersten Absatz, vom 25. März d. J. erlassene
Leibs=Verhafts Befehl nach seinem ganzen
Inhalte in Vollzug gesetzt werden soll
Verordnet, daß gegenwärtiges Urtheil und der
Anklagsakt den Angeklagten zugestellt
und ihnen Abschrift davon gegeben, sodann
dieselben in den 24 Stunden nach geschehener
Zustellung in das bei besagtem Assisenhof
befindliche Justizhaus eingebracht werden sollen.
Alles übrigens in Gemäßheit der Art. 231. 233.
241. 242 und 243 des Gesetzbuchs über das
peinliche Verfahren
Also geurtheilt und zu Zweibrücken
am 5t Juny 1816 in dem Rathsversammlungs Zimmer
der Anklagskammer durch die Herren
Nehmann, Fischbach, Dürrberg, Geisweiler
Riehle, welche nebst dem Obergerichtsschreiber
unterschrieben haben.

Nehmann Geisweiler
Dürrberg

Blessmann

Sitzung vom 11. Juni 1816

Zugegen die Herren Rebmann Präsident, Hoffmann, [illegible] Räthe, Hof General Ad-vokat, und Ober-gerichtsschreiber Klein

Rebmann

Der Appellationshof zu Kaiserslautern, in seiner Anklage Kammer, hat folgendes Urtheil erlassen.

Eingesehen die Untersuchungsakten gegen Anton Joseph Dittmayer 50 Jahr alt gebürtig aus Mainz, Friedensrichter des Kantons Oberingelheim verhaftet zu Niederingelheim ver-schiedener Verbrechen und Vergehen beschuldigt.

Nach Anhörung des vom Herrn Hof General-Ad-vokaten vom Appellationshofe gemachten Vortrags; welchem in dessen Gegenwart alle zu diesem Pro-zesse gehörige Aktenstücke verlesen wurden, und nachdem sich derselbe nebst dem Obergerichtsschreiber zurück gezogen hatte.

Eingesehen insbesondere, den von der Staats-behörde abgegebenen und den Prozeßakten bey-gefügten schriftlichen Antrag, dessen Inhalt lautet wie folgt:

"Nach Einsicht der gegen Anton Joseph Ditt-mayer, 50 Jahr alt, gebürtig zu Mainz, Friedens-richter des Kantons Oberingelheim verhaftet zu Niederingelheim eingeleiteten Untersuchung, woraus erhellt, daß demselben folgende Beschuldigungen zur Last gelegt werden:

"1°) am 21 Juni 1815 durch Johann Dressel, Ackersmann von Niederingelheim ein Geschenk von sechs großen Thaler angenommen und in Gefolge dieses Geschenkes gesucht zu haben, eine gerichtliche Untersuchung gegen Friedrich Wetzel von Oberingelheim in Betreff einer Mißhandlung zu unterdrücken."

"2° im Sommer des Jahres 1815 von Anton Reis, Sohn des Maurers Anton Reis von Freiweinheim ein Geschenk von einem Kronen Thaler [illegible] bekommen, em-pfangen, und vermittelst dieses Geschenkes unterlassen zu haben, eine Untersuchung gegen gedachten Anton Reis wegen einer verübten Mißhandlung ein-zu leiten."

"3°) im Frühjahr 1815 von Christina Kloß, Wittwe des Andreas Kloß von Oberingelheim zwei Gulden erhalten und vermög dieses Ge-schenkes ein wegen Feldfrevel gegen die-selbe von dem damaligen Feldschützen Diehl von ihr aufgesetztes Anzeigeprotokoll unter-drückt zu haben."

"4°) Im Jahre 1813 ein wegen Nachtwanderung von dem damaligen Feldschützen Odernheimer von Oberingelheim gegen Gregor Gästel und Lorenz Lindesheimer von da errichtetes Anzeigeprotokoll unterschlagen zu haben.

"5°) im Monat November 1813 nach dem Ab-sterben des Philipp Ludwig von Oberingelheim allein und ohne Zuziehung des Gerichtsschreibers

„die Siegel auf die Urkunden angelegt, und von
„der Sache für seinen Schwager eine größere
„Summe gefordert und erhalten zu haben, als
„das Gesetz bewilligt."

„6/ im Juni oder Juli 1815 in einem Prozeß zwischen
„Joseph Oppenheimer und Markus Berger von
„Oberingelheim, nachdem er in der öffentl. Sitzung
„den Letzteren in die Prozeßkosten verurtheilt hatte,
„eine halbe Stunde nach der Sitzung dem Gerichts-
„schreiber befohlen zu haben, in das Urtheil ein-
„zutragen daß die Kosten kompensirt seyen."

„7/ Im Jahr 1813 in einem Prozeß zwischen
„der Wittib des Samuel Ullmann von Ober-
„ingelheim und dem Geschwister Braun von
„Sprendlingen mittelst Bestechung eines
„Pferdes zu Gunsten der Letzteren erlassen zu
„haben."

„8. im November des Jahres 1814 den Karl
„Bauer, Wirth in Niederingelheim genöthigt
„zu haben, ihm fünf große Thaler, welche derselbe
„von David Goldschmidt von Mainz für die
„Rückerstattung einer verlohrnen, Gegen-
„stände von beträchtlichem Werth enthaltenden
„Brieftasche als Belohnung bei erhalten hatte,
„unter dem Vorwand zuzustellen, als gebühre
„demselben dieses Geld nicht und müsse es

„an den genannten David Goldschmidt wieder zurück-
„gegeben werden;"

„9/ im Monat März 1815 von der Wittwe des Samuel
„Ullmann von Oberingelheim eine Kommode und ein
„Küchenschrank zum Geschenk erhalten zu haben,
„und in den Geschäften, welche dieselbe bei dem Friedens-
„gericht zu betreiben hatte, günstige Entscheidungen zu
„erlassen;"

„10. im Monat April 1814 von einer Summe Geldes
„welche die Wittib des Samuel Ullmann von Ober-
„ingelheim ihm übergeben hat, um sie an ihren
„Rechtsanwalt nach Kreuznach zu schicken, sich
„einen Theil zugeeignet und zu seinem Vortheil unter-
„schlagen zu haben;"

„11. im Monat September 1815 in einer Injurien-
„Polizei-Sache zwischen Philipp Weil von Appenheim
„und Jacob Schittmann von da, von Letzterem einen
„großen Thaler angenommen und mittelst dieses
„Geschenks ein für Letztern günstiges Urtheil
„Urtheil erlassen zu haben."

„12. im Laufe des Jahres 1813 von Peter
„Ruppert, Ackermann zu Oberingelheim einen großen
„Thaler angenommen und vermög dieses Geschenks
„in einer Polizeisache eine für denselben günstige Entschei-
„dung gegeben zu haben"

„13. im August 1814 von Johann Nicolaus Kuhn von
„Bubenheim fünf Laubthaler angenommen und vermittelst
„dieses Geschenks die Untersuchung gegen denselben in Betreff

„einer Mißhandlung zuerst ganz zu unterdrücken
„und dann erst eine einfache Polizeystrafe erkannt
„gesucht zu haben.“

„14. im Monat Februar 1815 mehrere Körbe voll
„Fische und Kraut von Johann Klee und Georg Ihren(?)
„von Freiweinheim angenommen und in Gefolg dieses
„Geschenks unterlassen zu haben, eine gerichtliche Unter-
„suchung gegen erstere, wegen verübter Mißhandlung
„einzuleiten.“

„15. im Juni 1815 von Wilhelm Kaller(?), Ackersmann
„zu Appenheim, ein Louisdor angenommen und ver-
„mittelst dieses Geschenkes eine der Natur der
„Sache nach vor den Zuchtpolizeygerichtshof ge-
„hörige Sache vor das einfache Polizeygericht
„gebracht und mit einer geringen Geldstrafe ab-
„gethan zu haben.“

„16. In der Prozeßsache, welche der Bürger-
„meister Peter Schmitt von Niederhilbersheim
„mit seiner Frau und mit Friedrich Lauchard(?)
„von da hatte, sechs Gescheid(?) Haber angenommen
„zu haben und letztere zu begünstigen.“

„17. Im Februar oder März 1814 eine Be-
„stechung angenommen zu haben, um eine Unter-
„suchung gegen den Apotheker Herrn Ferdinand
„Mohr(?) von Oberingelheim zu unterdrücken.“

„18. im Februar 1815 von Johann Eppstein(?)

„Wirth in Nonnbach(?) Fische angenommen und mittelst
„dieses Geschenks gegen denselben in einer einfachen
„Polizeisache ein günstiges Urtheil erlassen zu haben.“

„19. im September 1815 von Jacob Schmitt, Ackersmann
„in Freiweinheim, drei Stück Fische
„angenommen zu haben, um zu dessen Gunsten eine
„Entscheidung zu geben.“

„20. im Februar 1815 von der Anna Maria
„Hobar(?), Frau von Philipp Dechard(?) von Nieder-
„Hilbersheim einige Pfund Butter erhalten
„und in Gefolge dieses Geschenks ein Friedens-
„richterliches Urtheil zu deren Vortheil ge-
„fällt zu haben.“

„21. im Juli 1815 von Friedrich Michel von
„Oberingelheim einen Gulden und von Jacob Kuß(?)
„von Niederingelheim einen Kuchen angenommen
„und dieselben mittelst dieser Bestechung von dem
„einfachen Polizeigericht freigesprochen zu haben.“

„22. im Anfange des Jahrs 1812, mit einigen
„Bouteillen Wein bestochen worden zu seyn,
„und mittelst dieser Bestechung eine Untersuchung
„wegen verübter Mißhandlung gegen Valentin
„Schmoranna(?), Metzger von Sauerschwabenheim
„unterdrückt zu haben.“

„23. am 25 Februar 1814 seine Amts-
„gewalt überschritten und den Heinrich Schmitt
„von Sauerschwabenheim wegen Diebstahl
„eines Hemmdes und eines Schlosses von

„von dem einfachen Polizeigericht gezogen, wegen Letztere hereingebrochen, wegen ersterer aber blos in eine unerhebliche Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt zu haben."

„24. am 15ten März 1814 einen gleichen Mißbrauch seiner Amtsgewalt sich erlaubt zu haben, indem er den Valentin Rockenbach von Lebenheim(?) wegen verübter Mißhandlung vor das einfache Polizeigericht gezogen und zu einer Strafe(?) Schadenersatz und zu den Kosten verurtheilt hat."

„25. im Anfang des Jahres 1814 auf wahrem(?) von Schützen aufgenommenen und ihm von dem Adjunkten von Wickenheim(?) zugeschickten Anzeigprotokolle über in einem Privatwalde begangenen Waldfrevel gegen die Frevler keine Verfolgung und Abwandlung vorgenommen zu haben;"

„26. im Monat März 1814 auf einen ihm zugestellten von dem Waldschützen Conrad Ulrich von Oberingelheim gegen Jacob Jost und dessen Ehefrau von ihm verfaßten Rapport über einen in einem Privatwalde verübten Holzfrevel keine Verfolgung noch irgend eine Entscheidung eintreten gelassen zu haben,"

„27. im Monat November 1814 auf einen ihm zugestellten Anzeigprotokolle über einen

„von Philipp Schmitt junior in Frauensteinheim(?) verübten Jagdfrevel keine Verfolgung vorgenommen, und denselben unterdrückt zu haben."

„28. im Monat Februar 1815 eine Untersuchung gegen Johann Drumdistel(?) von Niederingelheim wegen Beschimpfung des Bürgermeisters unterlassen zu haben."

„29. im September 1814 die [illegible] von Oberingelheim, welche wegen Forstunterredung(?) und Ehrenfrevel vor das einfache Polizeigericht gestellt wurde, trotz der klarsten Beweise freigesprochen und darüber kein Urtheil förmlich abgefaßt zu haben,"

„30. im Februar 1815 eine Untersuchung gegen Johann Drumdistel von Niederingelheim in Betreff einer verübten Mißhandlung unterdrückt zu haben,"

„31. im Anfang des Jahres 1815 eine Untersuchung gegen Gabriel Hattenberger(?) von Frauensteinheim(?) der Mißhandlung gegen seinen Vater beschuldigt mittelst erhaltener Bestechung unterdrückt zu haben;"

„32. im Jahr 1815 eine Anzeige gegen die Ehefrau des Peter(?) Ullmann von Oberingelheim, eines Diebstahls beschuldigt, ohne Folge gelassen und unterdrückt zu haben;"

„33. im Sommer 1815 eine Untersuchung gegen Johann Gerstmann(?) von Oberingelheim wegen verübter Mißhandlung auf die ihm geschehenen Anzeigen einzuleiten unterlassen und die Sache unterdrückt zu haben."

„34. im July 1815 auf die erhaltene Anzeige

"daß Wagner Eckhard von Niederingelheim neun
"fremde Schafe gestohlen zu haben, keine Unter=
"suchung eingeleitet, sondern die Sache unterdrückt
"zu haben."

"35. im Monat August 1813 bei einer
"Untersuchung in Betreff einer vermutheten
"Vergiftung des Philipp Ludwig von Ober in-
"gelheim, das Weinschöpfchen (Weinschoppen) /
"den vergeblich vergifteten Wein enthaltend,
"auf die Seite gebracht und unterschlagen zu
"haben;"

"36. im Anfang des Jahres 1814 auf die ge-
"schehene Anzeige, die Plünderung der Mühle
"des Herrn Merlinze von Mainz, zu Heidesheim
"betreffend, keine Untersuchung einge-
"leitet zu haben;"

"37. im Monat Januar 1814 auf die er=
"haltene Anzeige wegen der Plünderung des
"Wackernheimer Hofes keine Untersuchung vor=
"genommen zu haben;"

"38. im Monat Juli 1815 in Betreff der
"durch Jacob Weitzel von Oberingelheim gegen
"Adam Alsenz von da verübten Mißhandlung
"auf die geschehene Anzeige zwar eine Unter-
"suchung angefangen, aber dieselbe ohne weitere
"Folge gelassen zu haben;"

"39. im Juli 1815 wegen einem dem
"Peter Bayer von Heidesheim zu Last

"gelegten Diebstahl keine Untersuchung gemacht zu
"haben;"

"40. im August 1815 auf die geschehene Anzeige
"in Betreff eines Traubendiebstahls gegen den
"desselben beschuldigten Heinrich Kolb von Ober-
"ingelheim keine Untersuchung vorgenommen zu haben."

"41. am 3ten März 1815 mittelst einer Bestechung
"von elf Gulden einen Prozeß zu Gunsten des
"Johann Bernhard Müller des 2ten von Algesheim
"entschieden zu haben."

"42. am 8ten September 1815 mittelst Bestechung ein
"günstiges Urtheil in einem Civil-Prozeß zum
"Vortheil des Friedrich Beck, Metzger von Bingen
"gestellt zu haben."

"43. im Anfang des Monats September
"1815 ein Anzeigeprotokoll gegen Christian
"Salomon, Metzger bei Joseph Oppenheimer
"zu Oberingelheim wegen einem Holzfrevel
"vorgefallener ohne Folge gelassen und die Sache
"unterdrückt zu haben."

"44. im September 1815 vom Johann Conradt,
"Becker zu Niederingelheim wegen einer Recht-
"beschleunigung in einem Civil-Prozeß die Summe
"von fünfzehn Gulden begehrt und angenommen
"zu haben, während ihm nur ungefähr den
"fünften Theil gesetzlich zu beziehen;"

"45. am 25ten September 1814 von Friedrich Hag=
"zert von Lebenheim sich die Summe von
"7 fr. 50 Centimes zahlen gelassen zu haben
"für die Anlegung von Siegel, welche nicht statt
"hatte;"
"46. im Februar 1814 von Bartholome
"Schwab, Vormund der Waisen Zimmerischen
"Kinder von Niederingelheim die Summe von
"18 Franken für Anlegung und Abnehmen
"der Gerichtssiegel und für eine Familien=
"versammlung wegen Güterversteigerung sich
"zahlen gelassen zu haben, ohne bei der Anlegung
"der Siegel gegenwärtig gewesen zu seyn;"
"47. im Monat Januar 1814 von Christoph
"Zimmer von Niederingelheim für Ver=
"schließung eines Vormunds und Beivormunds
"5 fr. 43 C. genommen zu haben, während
"ihm das Gesetz doch höchstens nur 5 Franken
"zuerkannt;"
"48. Am 29ten Januar 1814 von Friedrich Schweizer
"von Oberingelheim für Anlegung der Siegel
"an die Verlassenschaft des Andreas Rupprecht von da
"zwei Gulden 30 Kreuzer sich zahlen gelassen zu
"haben, ohne daß diese Siegelanlegung unter
"Beiziehung des Gerichtsschreibers geschehen und
"darüber ein Akt errichtet worden;"

"49. im Januar 1815 von Michel Lauster, Müller, von
"Niederingelheim sich in einem Civil=Prozeß Sechs
"Franken für Kosten zahlen gelassen zu haben,
"während nach dem Urtheil diese Kosten sich nicht höher
"als auf 8 Franken 18 Centimes beliefen;"
"50. im Laufe des Jahres 1813 die Gerichts-
"boten Peter Schaller wohnhaft zu Algesheim
"und Wilhelm Werner wohnhaft zu Niederin-
"gelheim genöthigt zu haben, ihm vierteljährig von
"jeder Ladung 50 Centimes, und ersterer weiter
"75 Centimes abzugeben;"
"51. im Jahr 1813 den Gehalt als Friedens-
"richter für zwei Monat bezogen zu haben
"während welchen der Ergänzungsrichter
"Carl Joseph Taurella von Heidesheim
"den Dienst versehe;"
"52. im Jahr 1815 von Valentin Ott
"von Niederingelheim eine Bestechung von
"einer Louisdor in einer Rechtssache ei-
"nes Dritten erhalten zu haben;"
"53. im Jahr 1815 sich geweigert zu
"haben, seine Unterschrift unter 51 von ihm
"ausgesprochenen Urtheile zu setzen, als sie
"ihm von dem Gerichtsschreiber vorgelegt wurden,
"wodurch diese Urkunden unvollständig
"und ohne Wirksamkeit blieben;"

„54. im Laufe des Jahres 1815 von Arm Meyer
„von Bitzenhain in einer Kneipe zwischen
„demselben und Adam Merel von da sich
„für Consultations=Gebühren Zehn [illegible]
„gezahlt gelassen zu haben.“

„55. im Januar 1815 einen ihm von der
„Fastnachtsgesellschaft übergebenen von dem Kreis-
„[illegible] gewissenhaften Schalk unterschrieben
„ärztlichen Bericht unterschlagen zu haben;“

„56. am 7. Juli 1815 ein friedensge-
„richtliches Urtheil zwischen Nikolaus Zimmer
„und Michael Wetzler von Algesheim er-
„lassen zu haben, wodurch er ein früheres
„in der nämlichen Sache kontradiktorisch
„ergangenes+ nichtig erklärt, und dadurch
„eine ganz entgegengesetzte Entscheidung
„gegeben hat;“

„57. ansehnliche Lücken in seinem Vor-
„ladungsregister gelassen und keine
„Berichte vom 11. Juli 1814 bis 2. August 1815
„darin eingetragen zu haben;“

„58. Im Jahre [illegible] von Martin [illegible]
„Hallenmeister zu Algesheim in einer
„gerichtlichen Untersuchung eine Verstattung
„von einer Kreuzer erhalten zu haben.“

[Margin note: + Urtheil wieder aufgehoben / [illegible] / [illegible] / [signature]]

1. Punkt

„Dafür zeugt, daß in Betreff des ersten Beschuldigungspunktes
„aus den Untersuchungsakten hervorgeht, daß am 19. Juni
„1815 des Abends Johann Weitzel der Junge [illegible]
„zu Oberingelheim von Friedrich Weitzel von da
„durch einen heftigen Stoß so auf das Pflaster ge-
„worfen wurde, daß er eine bedeutende Be-
„schädigung davon trug;“

„daß der Bürgermeister von da noch am näm-
„lichen Abend herbeigerufen wurde, und über die
„That ein Protokoll aufnahm, welches am 20.
„Juni, den Tag darauf geschlossen und dem Frie-
„densrichter Dittmar nach Niederingelheim ge-
„schickt wurde;“

„daß am 21. Juni der genannte Friedensrichter
„nach Oberingelheim kam, und daselbst den Be-
„schädigten Johann Weitzel und verschiedene Zeugen
„abhörte;“

„daß am nämlichen 21. Juni, nach beiliegenden
„Verhandlungen und nach [illegible] und [illegible]
„des Arztes Jäger, welche von dem Bürgermeister
„mit der Besichtigung der Verwundeten und der
„Konstatirung der Verletzung [illegible] beauftragt
„waren, ein Vergleich zu Stande kam, der in
„Abschrift den Akten beiliegt und vom 21. Juni
„datirt ist, wodurch Friedrich Weitzel sich
„verbindlich machte, dem Johann Weitzel

[Margin note: [illegible]]

„drei Louisdor, so wie die Cur= und übrigen
„Kosten zu bezahlen; daß außerdem Friedrich
„Wetzel sich verpflichtete den Aerzten drei Louis-
„dor für die Cur zu bezahlen;“

„daß nach dem geschlossenen Vergleich am er=
„wähnten 21. Juni Friedrich Wetzel und Philipp
„Schätzel von Oberingelheim sich nach Niederingelheim
„begeben, um zu vermitteln, daß gegen einen
„Belohnung der Friedensrichter Dittmar der
„angefangenen Untersuchung keine Folge geben
„und die Sache liegen lassen möge;“

„daß diese begeben sich zu Johann Van-
„distel von da, mit dem man schon den Tag
„vorher deshalb gesprochen hatte, verfügten, und
„ihm im Wirthshause das Wirthshaus zum Hirsch
„sechs große Thaler einhändigten, um sie in der
„gewöhnlichen Absicht dem Friedensrichter zu bringen;“

„daß Johann Vandistel sogleich zu dem
„Friedensrichter Dittmar ging und diesem sagte,
„daß er den Auftrag habe, ihm von Friedrich
„Wetzel sechs große Thaler zu übergeben;“

„daß Dittmar hierauf erwiederte: er
„wolle ihr Vandistel mit diesen sechs großen
„Thalern ein Geschenk machen, worauf dieser
„ihm bemerkte, die sechs großen Thaler seyen

„ja nicht für ihn, sondern er habe sie für den Herrn
„Friedensrichter bekommen; daß während dieser Unterredung
„Vandistel das Geld neben auf den Tisch, wovon
Dittmar sah, legte und dann weg ging, wobei
„ihn Dittmar noch bis an die Thür begleitete.“

„daß darauf Vandistel sich in das Wirthshaus
„zum Hirsch zurück begab, und Friedrich Wetzel und
„Philipp Schätzel benachrichtigte, daß er dem Friedens-
„richter das Geld gebracht habe und daß wenn die
„Sache noch einige Folge haben sollte, er doch
„und mit einiger folgewichtigen Sage könnte;
„daß Friedrich Wetzel auf diese Nachricht dem
„Vandistel für seine Bemühung einen kleinen
„Thaler gab.“

„daß scheinbar die Sache ohne weitere
„Folge blieb; daß zwar noch den 24. Juni
„noch einige Zeugen vorgeladen waren,
„die wegen Verhinderung des Gerichtsschreibers
„nicht vernommen wurden, diese aber nicht
„mehr aufs neue vorgeladen, und endlich
„die Protokolle an den Staatsprokurator
„am Kreisgericht zu Mainz geschickt, ohne
„demselben Kenntniß von der Sache ge-
„geben worden.“

„daß der Bürgermeister von Oberingelheim

welches das erste Protokoll aufgesetzt und dem
Bürgermeister Dittmayer zugeschickt hatte, aber
in Erfahrung brachte, daß mittelst einer sich beträcht-
lichen Geldsumme die Partheien sich verglichen
hätten und die Untersuchung nicht fortgesetzt würde,
dem Staats-Prokurator zu Mainz davon direkt die
Anzeige machte und ihm vorstellte, welche üblen
Eindrücke es auf die öffentliche Sicherheit hervor-
bringen würde, wenn die Sache liegen bliebe;

Daß in Gefolg dieser Anzeige der Staatspro-
kurator von dem Bürgermeister Dittmayer die
Einschickung der Akten verlangte, welche er
jedoch erst nach 3 bis 4 maliger schriftlicher Auf-
forderung beibringen konnte;

Daß am 17ten Juli, fast einen Monat nach
der That der Bürgermeister Dittmayer endlich
die Akten an den Staatsprokurator zu Mainz
abschickte, nachdem er am 15ten Juli noch einige
Zeugen vernommen hatte; daß alsdann die
weitere Untersuchung wirklich eintratt und
der Beschuldigte Friedrich Weitzel vor das
Kreißgericht gebracht und mit der gesetzlichen
Strafe belegt wurde;

Daß in Beziehung auf die erwähnte dem
Bürgermeister Dittmayer zu Last gelegte Be-

stechung dieser in seiner von ihm selber ge-
schriebenen ersten Erklärung vom 10ten Oktober
1815 die Sache auf folgende Art erzählte:
eines Abend sey Johann Daudistell zu ihm
gekommen, und habe ihm im Namen des alten
Weitzel von Oberingelheim Geld angeboten
und auf den Tisch gelegt, um sich für dessen
Sohn Friedrich Weitzel zu verwenden, daß
derselbe am Zuchtpolizey-Gericht zu Mainz
nicht so hart gestraft ~~hatte~~ würde; er habe dem
Daudistell erklärt, die Papiere seyen
schon an den Herrn Staatsprokurator zu Mainz ge-
schickt und er könne nichts machen, Daudistell
solle also sein Geld zurücknehmen, er wolle
ihm ein Geschenk damit machen; er sey darauf
aus dem Zimmer gegangen und habe ihn stehen
lassen. Daudistel sey darauf fortgegangen;
nachher habe er gefunden, daß derselbe vier
große Thaler, nämlich drei brabänder und
einen französischen hätte liegen lassen. Den
folgenden Tag sey Andreas Weitzel Bruder
des Friedrich Weitzel zu ihm gekommen
und habe ihn gebeten, ihn wegen seines Bruders
zu retten, was er thun müßte. Er habe dem-
selben gesagt, daß sein Bruder sich einen
Advokaten in Mainz annehmen ~~müßte~~ müßte, der ihn

„vertheidigen solle; er wolle ihm ein mémoire
„aufsetzen und ihm ein Empfehlungsschreiben
„an den Herrn Doktor Melchior geben,
„daß er aber das Geld, daß ihm der schlechte Dau-
„distel den Tag zuvor auf den Tisch gelegt hätte,
„wieder zurücknehmen solle. Andreas Weitzel
„habe ihn versichert, daß das Geld nicht von
„seinem Bruder, sondern von seinem Vater
„wäre. Da die Papiere von Friedrich Weit-
„zel schon eingeschickt gewesen, seine Ver-
„richtungen als Friedensrichter und als
„Hülfspolizeibeamter hier aufgehört
„hätten, so habe er dem Friedrich Weitzel
„auch ein kleines mémoire und ein Schreiben
„an den Herrn Melchior aufgesetzt, und sich
„dafür bezahlen lassen, weil das Gesetz dem
„Friedensrichter nur gerade verbiete, daß er
„keine Nebengeschäfte treiben dürfe, so-
„bald sie nicht mit seinem Amte im Wider-
„spruch stehen. Friedrich Weitzel sey
„nicht gekommen, das mémoire und den
„Brief abzuholen, und deswegen habe er
1 Daud „auch seinem Vater Daudistel sein Geld
„wieder lassen. Er habe also nicht als Frie-
„densrichter hier eine Bestechung, sondern
„als Privatmann und Consolenten von einer

„Parthie eine Bezahlung für geleistete Arbeit
„erhalten, welches ihm um so mehr erlaubt
„seyn würde, da der Gehalt von 800 Fran-
„ken gering genug sey, und ihm sein Neben-
„verdienst durch Vakationen von seinem Gericht-
„schreiber zurückbehalten und geschmälert
„würden."

„Daß in seinen spätern Erklärungen
„und Verhören der Friedensrichter Ditt-
„meyer auf dieser Angabe beharrte, mit
„der Behauptung, daß er erst am 24ten
„Juli gewesen, als ihm Daudistell die
„vier großen Thaler auf den Tisch gelegt
„habe, zu welcher Zeit die Untersuchungs-
„akten sich schon zu Mainz befunden hätten;
„daß Dittmeyer noch zu seiner Entschul-
„digung anführt, daß, wenn er dieses Geld
„als Bestechung am 20ten Juni erhalten
„hätte, er nicht am 21ten Juni noch mehre-
„re Zeugen abgehört und dann auf den
„24ten desselben Monats auf neue bestellt
„haben; daß endlich Dittmeyer vorgegeben
„hat, Daudistel sey sein Feind und habe
„aus Haß gegen ihn eine falsche Aussage
„gemacht, welches zu beweisen, er ver-
„schiedene Zeugen angab;

„In Erwägung, daß die Art, wie der
„Friedensrichter Villinger die Sache zu
„erklären und zu beschönigen sucht, im of-
„fenen Widerspruch mit den Aussagen
„mehrerer Zeugen steht; daß die Aussage
„des Johann Sandpital durch die des Heinrich
„Weitzel und Philipp Schätzel unter-
„stützt ist; daß Andreas Weitzel durchaus
„in Abrede stellt, daß von dem Aufsetzen eines
„mémoire und von einem Empfehlungsschreiben
„für seinen Bruder Heinrich Weitzel
„die Sprache gewesen sei, und er dafür dem
„Villinger die vier großen Thaler für
„seine Bemühung gelassen habe; daß keiner
„der Zeugen davon etwas weiß, daß damals
„der Friedensrichter Villinger diese vier
„große Thaler habe zurückgeben wollen,
„die er heute noch in seinen Händen hat,
„und, wenn es sein Ernst und seine Absicht
„gewesen, sie zurückzugeben, gar leicht
„dem alten Weitzel hätte überschicken
„können;"

„In Erwägung, daß die angebliche Ver-
„fertigung eines mémoire und eines Empfeh-
„lungsschreibens in einer Untersuchung,
„worin der genannte Villinger die Ver-

„richtungen eines Hilfspolizeibeamten versehe,
„wenn man auch gegen die klaren und bestimmten
„Erklärungen der Zeugen dieselbe als wahr
„annehmen wollte, einen Beweis der höchsten
„Indelicatesse und Pflichtvergessenheit, und
„eine offenbare Zuwiderhandlung gegen
„den Artikel 86 des Gesetzbuchs über das
„Verfahren in bürgerlichen Sachen, begründen
„würde, da einer Seits die Verrichtungen
„des Friedensrichters durch die Absendung
„der Untersuchungsakten an den Staatspro-
„kurator noch nicht als geschlossen angese-
„hen werden können, indem er durch den
„Instruktionsrichter ja noch mit der Abhörung
„neuer Zeugen in der nämlichen Sache beauftragt
„werden kann, auf der andern Seite das Gesetz
„jeder richterlichen Person verbietet, die Ver-
„theidigung irgend einer Parthie, auch unter dem
„Titel einer bloßen Consultation unentgelt-
„lich zu übernehmen, um so viel weniger sich
„etwas dafür bezahlen zu lassen; daß endlich
„die Ausflucht, als habe er keine Entstehung
„können am 20ten Juni erhalten haben,
„will er denn gewiß nicht am 21ten Juni
„würden Zeugen abgehört und neue bestellt haben,
„an und für sich wenig Rücksicht verdient, und hier

"um so weniger in Anschlag gebracht werden
"kann, weil sich aus den Verhandlungen er-
"giebt, daß nicht am 20ten Juni, sondern
"am folgenden Tag, den 21ten Juni, nach
"dem geschlossenen Vergleich ihm das Geld
"von Vandistel zugestellt worden; daß die
"Zeugen, wodurch Dillmayer den Beweiß vor-
"thun wollte, daß Vandistel sein Freund sei,
"in dieser Hinsicht nicht zu wissen erklärt
"haben;"

"In Erwägung, daß zu Folg der angeführten
"Umständen der erste Beschuldigungspunkt
"das Verbrechen der Bestechung darbietet,
"welches nach Artikel 177 des Strafgesetz-
"buchs eine entehrende Strafe nach sich zieht;
"und daß hinlängliche Beschwerden vor-
"handen sind, deßhalb gegen den genannten
"Friedensrichter Dillmayer die An-
"klage zu erkennen;"

2ten Punkt

"In Erwägung; daß, was den zweiten Be-
"schuldigungspunkt anlangt, aus der
"Untersuchung sich ergiebt, daß im Sommer
"des Jahrs 1815 der junge Anton Knieb

"von Freinsheim mit Jakob Adam Haub
"von der Arbeit betraffen und denselben durch einen
"Peitschenhieb einen so heftigen Schlag versetzte,
"daß er eine Schramme davon erhielt und blutete;
"Daß Jakob Adam Haub darüber von
"dem Sekretär der Bürgermeisterei eine
"Beschwerde aufsetzen ließ und den Friedens-
"richter Dillmayer nach Niederingelheim
"brachte, der ihm erklärte, er werde die Sache
"auf den nächsten Audienztag laden lassen;
"Daß inzwischen die Parthien sich mit einander
"verglichen, indem der Vater des Anton Knieb
"dem Jakob Adam Haub zwei große Thaler
"und ein halb Viertel Wein bezahlte; daß
"nach geschlossenem Vergleich der Vater des
"Anton Knieb und Jakob Adam Haub zu dem
"Friedensrichter Dillmayer gingen und ihm
"vorstellten: die Sache sei verglichen und
"sie wollten deßhalb keinen Prozeß haben;
"daß, auf die Frage des Vaters des Anton
"Knieb, was er für die Bemühung des Frie-
"densrichters schuldig sei dieser antwortete:
"es koste ein Frank 50 Centimes wegen
"dem Einschreiben; daß dieses Geld nachher
"dem Friedensrichter Dillmayer wirklich
"durch den jungen Anton Knieb überbracht

„würde, worauf alle weitere gerichtliche Ver-
„folgung unterblieben ist;"
„Daß in seiner ersten Erklärung der Friedens-
„richter Dittmayer behauptete, er habe den 1 Fran-
„ken 50 Centimen für den Polizeysergenten von
„Freinsheim und den Bothen zahlen lassen,
„und das Geld gelegenheitlich dem Bürger-
„meister von Freinsheim gegeben;"
„Daß in seiner späteren Erklärung er
„aber vorgab, das von ihm dem nemlichen
„Bürgermeister für den Polizeysergenten
„und den Bothen gegebene Geld betreffe eine
„andere Sache; und daß er bestimmt wisse,
„daß ihn der Sohn des Kreib kein Geld ge-
„bracht habe;"
„Daß übrigens Dittmayer eingesteht, in
„dieser Sache keine Untersuchung eingeleitet
„und ihr keine Folge gegeben zu haben,
„weil der Vater des geschlagenen Knaben zu
„ihm gekommen sei, und ihm erklärt habe,
„daß das Ganze nichts als bloße Bubenstreiche
„seyen;"
„In Erwägung, die willkührliche Sistirung
„der Untersuchung eines angezeigten Vergehens,
„welches dem Gesetze nach immer ex officio
„verfolgt und dem kompetenten Richter zur
„Entscheidung vorgelegt werden muß,

„offenbar den Pflichten des Friedensrichters zuwider-
„läuft, und daß, wenn ein Friedensrichter sich
„dafür etwas bezahlen läßt, derselbe sich des
„Verbrechens der Concussion schuldig macht;"
„In Erwägung, daß kein Gesetz dem Friedens-
„richter erlaubt, für oder wegen Einschreiben
„einer ihm übergegebenen Anzeige irgend eine
„Gebühr zu verlangen; daß die Geringfügig-
„keit der Summe auf die Natur eines Verbrechens
„keinen Einfluß hat;"
„In Erwägung, daß nach Artikel 174 des
„Strafgesetzbuchs die Concussion eines öffentlichen
„Beamten ein Verbrechen konstituirt, welches
„eine körperliche und entehrende Strafe nach
„sich zieht; und daß hinlängliche Erschwe-
„rungen vorliegen, gegen den Friedensrichter
„Dittmayer wegen dieses Beschuldigungs-
„punkts die Anklage zu erklären;"

3ter Punkt.

„In Erwägung, daß hinsichtlich dieses
„Punktes aus den Verhandlungen erhellt,
„daß im Frühjahr 1815 die Christina Kloß
„Dienstbothe des Andreas Mohr von Ober-
„ingelheim von dem damaligen Feldschützen
„Georg Diehl von da verführt wurde, als

„sie auf dem Felde Ähren entwendete;"
„Daß der Feldschütz darüber ein Anzeig-
„protokoll gegen sie aufsetzte und es dem
„Friedensrichter Villinger übergab;"
„Daß die Mutter des Mädchens darauf
„dem Feldschützen durch die Frau des
„Balthasar Arnold einen großen Thaler
„anbieten ließ, wenn er die Sache wolle auf
„sich beruhen lassen;"
„Daß auf erhaltene Nachricht, das Proto-
„koll sei schon eingegeben, die Mutter des
„Mädchens selber zu dem Schützen ging und
„ihr Anerbieten wiederholte; daß jedoch
„dieser kein Geld annahm;"
„Daß alsdann das Mädchen sich zu dem
„Friedensrichter Villinger verfügte und
„ihn bat, er möchte doch die Sache ungestraft
„hingehen lassen, aber eine abschlägige
„Antwort erhielt;"
„Daß dieselbe, nachdem sie zwei Gulden
„bei Margaretha Ettenheimer Tochter des
„Peter Ettenheimer geliehen hatte, den
„folgenden Tag nochmals zum Friedensrich-
„ter Villinger ging und seine Bitte aufs
„neue vorbrachte;"
„Daß Villinger anfänglich dem Mädchen
„kein geneigtes Gehör verlieh, sondern sie mit

„der Erklärung abwies, die Sache müsse be-
„straft werden; daß das Mädchen nun die in ein
„Papier eingewickelten zwei Gulden auf ein Brett-
„chen neben der Thüre legte, ohne zu bemer-
„ken, ob Villinger es wahrgenommen habe;
„daß indessen dieser auf ihr fortgesetztes An-
„halten, dem Mädchen darauf sagte: sie
„solle hingehen, er wolle es gut sein lassen;
„Daß das Mädchen auf der Stelle zu der
„Margaretha Ettenheimer ging und ihr den
„ganzen Hergang der Sache erzählte;"
„Daß Villinger wirklich das Anzeigepro-
„tokoll des Feldschützen hierauf unterdrückte
„und keine weitere Verfolgung gegen das be-
„sagte Mädchen eintreten ließ;"
„Daß der Friedensrichter Villinger in
„seinen Erklärungen und Verhören einge-
„stand, daß er auf das inständige Bitten des
„Mädchens das Anzeigprotokoll des Feldschüt-
„zen wegen Geringfügigkeit des Gegenstandes
„und weil das Mädchen nicht als eine Feld-
„diebin bekannt sei, ohne Folge gelassen
„und das Mädchen mit einem Verweiß und einer
„Warnung fortgeschickt habe; derselbe läugnet
„aber durchaus, daß ihm von dem Mädchen Geld
„gebracht worden, so wie auch, daß das Mädchen
„mehr als einmal wegen dieser Sache bei ihm gewesen
sei;

"In Erwägung, daß die eingestandener=
"maßen, statt gehabter Nachverfolgung
"eines Anzeigprotokolls der Feldschützen
"eine höchst willkürliche und pflichtvergessene
"Handlung begreift; daß sich aus allen
"Umständen zu ergeben scheint, daß die-
"se anfänglich streng abgewiesene Be-
"günstigung erst dann bewilligt wurde,
"als das Mädchen ihre Bitte durch die
"hingelegten zwey Gulden Nachdruck ver=
"schaffte;"

"In Erwägung, daß diese Handlung
"von Seiten des Friedensrichters Villmayer's
"offenbar das Verbrechen der Bestechung
"und Unterschlagung einer ihm in seinem Amte
"anvertrauten Akte darbietet, welches
"nach Artikel 173 und 177 des Strafge=
"setzbuchs eine körperliche und entehrende
"Strafe nach sich zieht, und daß hinlängliche
"Beschwerden aus der Untersuchung hervor-
"gehen, deshalb die Anklage gegen Vill=
"mayer zu erkennen.

4ter Punkt.

"In Erwägung, daß, was diesen Punkt betrifft,
"aus den Untersuchungsakten sich ergibt,
"daß im Jahr 1813 der damalige Feldschütz

"Peter Ackerheimer von Oberingelheim die
"Söhne von Jakob Hessel, Adam Leiber Hei-
"mer und Consorten auf dem Felde antraf,
"als sie Nüsse entwendeten; daß derselbe
"darüber ein Anzeigprotokoll aufsetzte,
"welches dem Friedensrichter Villmayer durch
"den Oberbürgermeister von da zugeschickt
"wurde; daß jedoch diese Sache unterdrückt
"wurde und nie bei Gericht vorkam; daß
"der Friedensrichter Villmayer in seinem
"Verhöre erklärte, sich durchaus dieser Sache
"nicht zu entsinnen;"

"In Erwägung, daß es zwar außer Zwei=
"fel zu seyn scheint, daß Villmayer das
"fragliche Anzeigprotokoll auf eine willkür-
"liche und pflichtwidrige Weise ohne alle ge-
"richtliche Folge ließ, und dieses die Vermu=
"thung veranlaßt, daß derselbe eine solche
"Begünstigung nicht ohne persönliches Interes-
"se werde bewilligt haben; daß jedoch keine
"Ereignisse vorhanden sind, eine wirkliche Be-
"stechung anzunehmen und wegen diesem Punk-
"te eine Anklage zu erkennen, daß aber in
"Ansehung der Unterschlagung des Anzeigproto=
"kolls der Feldschützen, dieses nach Artikel
"173 des Strafgesetzbuchs ein Verbrechen consti-
"tuirt, daß eine körperliche und entehrende Strafe

"nach sich zieht, und zur Anklage geeignet ist;"

5ter Punkt

"In Erwägung, daß rücksichtlich dieses Beschuldigungspunktes weder aus der Untersuchung hinlänglich hervorgeht, daß der Friedensrichter Villmayer die Siegelanlegung und Siegelabnehmung an der Verlassenschaft des Philipp Ludwig von Oberingelheim ohne Zuziehung des Gerichtschreibers vorgenommen, noch daß er höhere Gebühren angerechnet und empfangen hat, als das Gesetz bewilligt;"

6ter und 7ter Punkt.

"In Erwägung, daß, in Ansehung dieser beiden Punkte, keine Ereignisse vorliegen, daß der Friedensrichter Villmayer eine Bestechung erhalten, noch daß er hinsichtlich des erstern dieser Punkte sich einer Fälschung habe zu Schulden kommen lassen;"

8ter Punkt.

"In Erwägung, daß, was diesen Punkt

anlangt, kein Ereigniß vorhanden ist, daß der Friedensrichter Villmayer die Absicht hatte, die dem Carl Orth abgenommenen fünf großen Thaler zu seinem Vortheil zu unterschlagen und sich zuzueignen; daß indessen auch hier desselben Hang zu willkührlichem und formlosen Verfahren nicht zu verkennen ist;"

9ter Punkt.

"In Erwägung, daß es zwar auffällt und Verdacht erregt, warum die Wittib Ullmann dem Fuhrmann verboten hat, zu irgend Jemand zu sagen, daß die Kommode und das Tischchen Canapee von Mainz zu dem Friedensrichter Villmayer nach Niederingelheim gefahren wurde; daß aber doch kein hinlänglicher Grund vorliegt, anzunehmen, daß diese Gegenstände demselben als Bestechung von der besagten Wittib sind gegeben worden;"

10ter Punkt.

"In Erwägung, was diesen Punkt anlangt, aus der Untersuchung erhellt, daß im Frühjahr von 1814 die Wittib des Samuel Ullmann von Oberingelheim einen Prozeß mit Wilhelm Braun

„von Sergweinheim und Johann Müller von
„Niederingelheim vor dem Friedensrichter
„Dittmeyer anhängig gemacht und gewonnen;
„daß, als deren Gegner die Berufung ein-
„legte, diese Wittfrau zu dem genannten
„Friedensrichter ging und ihn wegen ihrer
„Sache um Rath fragte;"
„daß Dittmeyer von derselben hundert
„Franken verlangte mit der Erklärung,
„der Advokat von Kaiserslautern, wohin
„damals die Appellation ging, habe soviel
„begehrt;"
„daß, auf die Vorstellung der besagten
„Wittwe, daß sie unmöglich hundert Fran-
„ken zahlen könne, sich Dittmeyer mit einer
„Napoleondor begnügte, die sie ihm in
„Gold auszahlte, welches Geld er dem Advo-
„katen zu Kaiserslautern zuzuschicken vor-
„gab;"
„daß in der Folge, als die Festung Mainz auf-
„ging und die Appellsachen des Mainzer Krei-
„ses von dem Kreisgericht zu Kaiserslau-
„tern vor das zu Mainz gebracht werden
„mußten, die Papiere der Wittib Ull-
„mann von Kaiserslautern nach Mainz ge-
„schickt wurden und bei dieser Gelegenheit
„der Friedensrichter Dittmeyer der genann-

„ten Wittwe von dem bezahlten achtzig Franken
„nur ein bis zwei Franken unter der Bezeich-
„nung zurückgab, das übrige Geld sei in
„Lautern geblieben;"
„daß aber aus einer bei den Akten be-
„findlichen Berechnung des Advokaten Lizzet
„von Kaiserslautern, Sachwalter der Wittib
„Ullmann, sich ergiebt, daß der Friedens-
„richter Dittmeyer demselben nicht mehr
„als sechzig Franken geschickt hat und
„daß überhaupt die ganze Summe, welche
„dieselbe zu zahlen hatte, nur 48 Franken
„17 Centimen betrug;"
„daß indessen nach dieser Berechnung der
„Friedensrichter Dittmeyer selbst auch 20
„Franken 26 Centimen für seine eigene
„Rechnung schuldig war, und durch die überschickten
„60 Franken davon 11 Franken 83 Centimen
„abtrug, mithin im ganzen von den bezahlten
„achtzig Franken 31 Franken 83 Centimen
„unterschlagen und sich zugeeignet hat;"
„In Erwägung, daß die Wittib Ullmann
„die besagten 80 Franken dem Friedens-
„richter Dittmeyer in keiner andern Absicht
„übergab, als um sie dem Advokaten Lizzet
„zu Kaiserslautern zu überschicken; daß

"folglich die Zueignung eines Theils dieser Summe eine offenbare Unterschlagung von anvertrauten Geldern begründet, welches ein Vergehen darbietet, das nach Artikel 408 des Strafgesetzbuchs mit einer korrektionellen Strafe belegt wird, indem der Friedensrichter Vittmayer, obgleich anfänglich mit der Sache befaßt, doch nachher nicht mehr in seinen Amtsverrichtungen handelte;"

"In Erwägung, daß nach Artikel 479 des Gesetzbuchs über das Verfahren in peinlichen Sachen nur von dem Appellationshof über die von den Friedensrichter außer ihren amtlichen Funktionen verübten korrektionellen Vergehen erkannt werden kann; demnach hier der Fall eintritt, den genannten Friedensrichter Vittmayer wegen diesem Punkt vor den Appellationshof zu verweisen;

11^ter^ Punkt.

"In Erwägung, daß in Betreff des 11ten Beschuldigungspunkts aus den Untersuchungsakten sich ergiebt, daß im

Monat September des Jahrs 1815 in einer Injuriensache, welche Philipp Schmid, Schmitt von Appenheim mit Jakob Schiffmann, Ackermann von da hatte, letzterer vor das einfache Polizeigericht des Kantons Oberingelheim geladen wurde;"

"Daß ehe die Sache vor kam, Jakob Schiffmann in Erfahrung brachte, daß, um bei dem Friedensrichter Vittmayer eine günstige Entscheidung zu erzielen, es nöthig sei, denselben etwas zu spendiren;"

"Daß Schiffmann daher bei der Ehefrau des Joseph Appenheimer von Oberingelheim einen großen Thaler lieh, damit zu dem Friedensrichter Vittmayer ging und ihm ihn mit der erhaltenen Ladung überreichte;"

"daß derselbe ihm zwar die Ladung abnahm, aber ihm dabei erklärte, er solle sein Geld wieder zu sich nehmen, indem er der Mann nicht sei, der etwas spendirt nehme;"

"daß Schiffmann den großen Thaler zurücknahm und ihn auf den Tisch neben Vittmayer auf daliegende Papier legte;"

"daß, als hierauf Jemand in das Zimmer trat, Schiffmann fortging und das Geld liegen ließ; daß beim Weggehen ihm Vittmayer sagte:"

„er solle nur in Gottes Namen hingehen, die
„Sache werde sich bei der Sitzung entscheiden;"
„daß, da das Geld offen auf den Tisch
„neben den Friedensrichter Dittmayer
„gelegt wurde, dieser nothwendig es hin-
„legen gesehen oder doch gleich nachher
„gefunden haben muß;"

„daß einige Tage darauf die Sache in der
„Sitzung vorkam und Schiffmann wirklich eine
„Entscheidung zu seinem Vortheil erhielt;"

„daß der Friedensrichter Dittmayer in
„seinem Verhöre erklärt hat: er habe in
„dieser Sache nach den Gesetzen und nach seiner
„Ueberzeugung das Urtheil gefällt; Schiff-
„mann habe ihm weder einen großen Thaler
„gegeben noch auf den Tisch gelegt; als der-
„selbe ihm mit der Ladung habe Geld
„überreichen wollen, habe er ihm gesagt,
„wenn er sein Geld nicht weg und alsbald
„in den Sack stecke, so würde er ihn zur
„Thüre hinaus werfen;"

„In Erwägung, daß aus allen diesen
„Umständen hinlängliche Beschwerden er-
„folgen, daß der Friedensrichter Dittmayer
„sich von Israel Schiffmann hat bestechen
„lassen; daß es gleichviel ist, ob Schiffmann

„ihm das Geld in die Hand gegeben oder auf seinen
„Tisch gelegt hat, wo er es nothwendig gleich da-
„rauf finden mußte, im Fall er es auch nicht
„gegen alle Wahrscheinlichkeit, sollte hinlegen
„gesehen haben; daß es überhaupt die Praxis
„des Dittmayer gewesen zu seyn scheint, sich
„nicht gerade zu das Geld in die Hand drücken,
„sondern es nebenher beibringen zu lassen,
„wodurch er noch einen gewissen Schein behaupten
„zu können glauben mochte, als wenn er
„dieses nicht für eine wirkliche Bestechung
„ansehe;"

„In Erwägung, daß nach Artikel 177 des
„Strafgesetzbuchs die Bestechung eine entehrende
„Strafe bewirkt und daß hinlängliche Grün-
„de zur Anklage wegen diesem Punkt ge-
„gen Dittmayer vorliegen."

12ter Punkt.

„In Erwägung, daß keine Beweise vor-
„handen sind, daß in Ansehung des 12ten Punkts
„der Friedensrichter Dittmayer wirklich sey
„bestochen worden."

13ter Punkt.

„In Erwägung, daß auch in Betreff die-
„ses Punktes kein Beweis aus der Untersu-

„suchung hervorgeht, daß Bestechung hier
„statt hatte; daß zwar der andere Frie-
„densrichter eine offenbare Zuchtpolizey=
„sache vor das einfache Polizeygericht zieht,
„derselbe allerdings ein willkührliches
„und pflichtwidriges Verfahren sich zu
„Schulden kommen läßt, welches unter
„den Umständen, worin sich der Frie=
„densrichter Villmayer befindet, immer
„zu einigem Verdacht Anlaß giebt; daß
„daraus aber noch kein Ereigniß einer wirk=
„lich geschehenen Bestechung erfolgt, „

14ter Punkt.

„In Erwägung, daß, was den 14ten Be-
„schuldigungspunkt anlangt, aus der Unter-
„suchung erhellt, daß im Monat Februar
„1843 der Maurer Anton Kunkel von Lanz=
„weinheim von Johann Klos gerade so miß=
„handelt wurde, daß derselbe mehrere Wochen
„nicht arbeiten konnte;"

„daß auf die deßfalls geschehene Anzei=
„ge der dortige Bürgermeister ein Proto-
„koll darüber aufsetzte und es dem Friedens=
„richter Villmayer zur Untersuchung zu-
„schickte, worauf dieser auch wirklich die Zeugen
„durch den Polizeysergeanten vor sich bescheiden ließ,

„daß, als die Parteien sich unterdessen ver-
„glichen und den Friedensrichter davon be-
„nachrichtigt haben, dieser die Zeugen wieder
„nach Hause gehen ließ, ohne ihre Erklärung
„aufzunehmen, und keine weitere Verfolgung
„in der Sache vornahm, wodurch demnach das
„fragliche Vergehen unterdrückt wurde
„und unbestraft blieb;"

„daß der Friedensrichter Villmayer in
„seinem Verhöre nicht in Abrede stellen
„konnte, der ihm gemachten Anzeige keine ge-
„richtliche Folge gegeben zu haben, aber zu
„seiner Entschuldigung anführt, die Leute
„hätten in der Besoffenheit gehandelt, und
„seyen zu arm, die Gerichtskosten zu bezahlen,
„dieses habe ihn bewogen, die Sache bei einem
„bloßen Verweise bewenden zu lassen;"

„In Erwägung, daß wenn gleich keine
„hinlängliche Beweisgründe vorhanden sind, eine
„Bestechung zu begründen, immer ein großer
„Verdacht, unter den obwaltenden Umstän-
„den, gegen Villmayer übrig bleibt, der
„nicht gewohnt gewesen zu seyn scheint,
„eine so offenbare Pflichtverletzung ohne
„persönliches Interesse, sich zu Schulden kom-
„men gelassen zu haben;"

„daß übrigens in Ansehung der Unterschlagung

„der ihm von dem Bürgermeister zugekommene
„Anzeigeprotokoll dieses das im Artikel
„173 des Strafgesetzbuchs vorgesehene Ver-
„brechen konstituirt, und zu einer Anklage geeig-
„net ist;"

15ter Punkt.

„In Ergänzung, daß hinsichtlich dieses
„Punktes aus den Untersuchungsakten sich er-
„gibt, daß im Juni 1819 die Wittwe des
„Georg Koller von Ozenheim, ihr Sohn Georg
„und ihre Tochter Katharina von ihrem Sohn Wil-
„helm Koller von da, so mißhandelt und geschla-
„gen wurden, daß erstere die Hand aufschlug und
„sie einige Zeit die Finger nicht gebrauchen
„konnte;"

„Daß die Wittwe Koller vor dem Frie-
„densrichter Dittmayer die Anzeige machte,
„welcher statt eine gerichtliche Untersuchung
„einzuleiten und vor den competenten Richter
„zu bringen, die Sache am einfachen Polizei-
„gericht abthat;"

„Daß in der von dem Gerichtsboten am
„20ten Juni dem Georg Koller zugestellten
„bei den Akten befindlichen Ladung, dieser
„als Zeuge gegen Wilhelm Koller, beschuldigt,
„*seine Mutter und Schwester mißhandelt zu*
„*haben*, vorbeschieden wurde;"

„Daß am 23ten Juni 1819 Dittmayer ein Urtheil
„erließ, wodurch er Wilhelm und Georg Koller je-
„den zu einer Geldstrafe von drei Franken ver-
„urtheilte;"

„Daß in den Motiven des ebenfalls in Abschrift
„den Akten beigefügten Urtheils ausdrücklich
„gesagt ist, daß *die Mißhandlung gegen die*
„*Mutter* nicht erwiesen sei, sich aber aus den
„Verhandlungen ergebe, daß Wilhelm und Georg
„Koller sich *gerauft* und geschimpft hätten;"

„In Ergänzung, daß mehrere Leute, welche in
„der Sitzung gegenwärtig waren, ihr Erstaunen
„nicht bergen konnten, als der Friedensrichter
„dieses Urtheil aussprach, und daß auf der Stelle
„das Gerücht sich verbreitete, derselbe sei besto-
„chen worden; daß die Tochter der Wittib Koller
„sogar dem Friedensrichter öfters ins Gesicht sag-
„te: wer bei ihm gut schmiere, habe auch gut,
„und hätte sie zuerst Butter getragen, so würde
„sie gewonnen haben;"

„Daß die Beurtheilung der statt gehabten Be-
„stechung noch dadurch unterstützt wird, daß, als
„Wilhelm Koller vor Aburtheilung der Sache
„dem Philipp Ozenheimer von Weinigel-
„heim begegnete und ihm erzählte: er wolle
„zum Friedensrichter gehen und sich dort den Koll
„erholen, dieser zu ihm sagte: das solle er thun,
„*der Mann lasse mit sich reden*, worauf Koller er-

„vermuthete: der Bergen wolle er auch ein-
„mal zu ihm gehen;"

„In Erwägung, daß wenn auch dieser
„Verdacht nicht hinlänglich begründet ist,
„um darauf eine Anklage wegen Bestechung
„zu bauen, dennoch die offenbare Willkür
„und Pflichtvergessenheit des Dittmaier am
„Tage liegt, indem er sich erlaubte, eine
„vor den peinlichen Gerichtshof geeignete
„Sache am einfachen Polizeygericht abzu-
„thun." 16ter Punkt und 17 Punkt.

„In Erwägung, daß in Ansehung dieser
„beiden Punkten durchaus kein Ereigniß
„vorhanden ist;"

18ter Punkt.

„In Erwägung, was diesen Punkt anlangt,
„daß allerdings aus der Untersuchung
„hervorgeht, daß der Friedensrichter
„Dittmaier von Johann Gerstein von
„Mombach Fische erhielt, zu einer Zeit,
„als dieser Mann in eine einfache Polizey-
„sache verwickelt war; und daß Gerstein
„darauf auch wirklich von Dittmaier
„freygesprochen wurde;"
„In Erwägung, daß, obgleich der Werth der

„Fische von keinem großen Belang gewesen,
„und auch nicht genug vorhanden gewesen zu seyn
„scheint, daß dieselbe als Bestechung in der
„fraglichen Sache übergeben wurden, den-
„noch einiger Verdacht übrig bleibt, und nicht
„zu verkennen ist, daß Dittmaier diese alle
„delikate Sache behandelte; daß übrigens nicht
„Gründe genug vorhanden sind, hierüber eine
„Anklage aufzustellen."

19ter Punkt.

„In Erwägung, daß in Betreff dieses
„Punktes aus den Untersuchungsakten er-
„hellt, daß im September von 1819 Ehe
„Bräuner von Bretzenheim mit Jakob
„Schnell von da einen Prozeß bei dem Frie-
„densrichter Dittmaier anhängig hatte;"
„daß vor Entscheidung der Sache letzterer
„drei Pfund Fische zu dem genannten
„Friedensrichter brachte und sie dessen
„Magd in der Küche einhändigte; daß zwar
„nicht bestimmt dargethan zu seyn scheint,
„daß Dittmaier selber von der Erhaltung
„dieser Fische Kenntniß gehabt habe, es
„jedoch sehr wahrscheinlich ist, daß er es
„müßte erfahren haben, indem bei
„durchaus unbestechlichen Beamten der

3

„Gesinde schon vorher die nöthige An-
„weisung bekommen nichts ohne Erlaub-
„niß und ohne Vorwissen der Dienstherr-
„schaft anzunehmen; daß demnach in jedem
„Falle die Sache höchst verdächtig bleibt, aber
„nicht hinlängliche Beschwerden vorliegen, um
„Anklage darauf zu stützen."

20ter Punkt

„Befriedigung, daß hinsichtlich dieses
Punkts aus der Untersuchung erfolgt, daß
„im Februar 1815 die Frau des Schiffs [illegible]
„von Lieder eigentlichen Streitigkeiten mit den
„Übrigens forderen, den Verwandten ihres ersten
„Mannes hatte; daß diese Frau zum Friedens-
„richter Dittmeyer ging, ihn um Rath fragte
„und ihm einen Akt in Beziehung auf ihren
„Streit einsehen ließ; daß, da Dittmeyer
„für diese Gefälligkeit nichts annehmen wollte,
„dieselbe drei Stück Butter ihm überbrachte,
„und da er auch diese nicht abnehmen
„wollte, sie die Butter in dessen Küche
„abgab, daß darauf, als die Sache zum
„Spruch kam, das Urtheil zum Vortheil
„der besagten Frau ausfiel."

„Befriedigung, daß es mit diesem Punkt die
„nämliche Bewandtniß hat, wie mit dem vorher-
„gehenden; daß es immer höchst verdächtig bleibt,
„daß das Gesinde des Friedensrichters Dittmeyer
„zum Vortheil der Dienstherrschaft Geschenke
„annehmen durfte, und es schwer zu
„begreifen ist, wie dieses, besonders da es
„öfters geschehen, ohne Vorwissen des
„Friedensrichters statt haben konnte, daß
„übrigens demungeachtet der obenerwähnte
„Verdacht nicht genügt, eine Anklage zu
„erkennen."

21ter und 22ter Punkt

„Befriedigung, daß in Ansehung dieser
„beiden Punkte bemerkenswerth
„ist, daß der Friedensrichter Dittmeyer
„sich [illegible] Kosten, und daß die
„nicht gesetzliche Verfolgung des in
„letzterem Punkt erwähnten Vergehens
„schwerlich dadurch einiger Maßen ent-
„schuldigt werden zu können, daß die
„Sache höchst unbedeutend war."

23ter Punkt

„Befriedigung, daß was diesen Punkt
„anlangt, erst einem in [illegible]

"Abschrift bei den Akten befindlichen Ur=
"theil sich ergiebt, daß am 25ten Februar
"1814 der Friedensrichter Dittmarz den
"Heinrich Schmitt von Sauerschwabenheim
"wegen Entwendung eines Schlosses an den Gebäu-
"den der Zuckerfabrik und wegen Entwen=
"dung eines Hammers vor das einfache Polizei
"gericht gezogen, und wegen ersteren Diebstahls
"denselben freigesprochen, wegen letzteren
"aber zu drei Tage Gefangenschaft und zu den
"Kosten verurtheilt;"

"In Erwägung, daß es wahrhaft unbe=
"greiflich ist, wie der Friedensrichter Dittmarz
"einen so starken und augenscheinlich außer
"der Competenz des einfachen Polizeigerichts
"liegenden Fall auf eine so gesetzwidrige
"Art behandeln konnte; daß dazu ein solcher
"Grad von Willkühr, eine absichtliche Verach=
"tung aller durch die Gesetze vorgeschriebenen
"Gränzlinien in den Attributionen der ver=
"schiedenen Justizbehörden gehört, die sich
"kaum ohne persönliche Rücksichten und
ge- ~~daß ein~~ eigensüchtige Interessen denken lassen;
"daß die Ausflucht des Dittmarz in An=
"sehung der Sperrung der Festung Mainz
"und der damaligen Unterbrechung der
"wirklichen Verhältnisse mit den dortigen

"Gerichten, zu keiner Entschuldigung dienen
"kann, weil er sich wohl einbilden konnte,
"daß der Gang der Justiz ohne Verzug herge=
"stellt würde, wie denn auch wirklich schon
"durch eine Verordnung vom 24ten Februar
"1814 das Kreisgericht zu Kaiserslautern
"mit der einstweiligen Besorgung der Justiz=
"sachen für den Kreis Mainz beauftragt wurde;
"daß indessen, da kein Ereigniß von einer
"Bestechung vorhanden ist, hier keine Ankla=
"ge stattfindet."

24ten Juli.

"In Erwägung, daß aus einem andern
"ebenfalls den Untersuchungsakten in
"gültiger Abschrift beigefügten Urtheil
"hervorgeht, daß am 18ten März 1814
"der Friedensrichter Dittmarz wieder
"ein Vergehen vor dem einfachen Polizeige=
"richt abgethan hat, das seiner Natur
"nach geeignet war, wenigstens eine Zucht=
"Polizeistrafe nach sich zu ziehen, wie
"sogar aus den im Entscheidungsgründen
"Motiven erfolgt, wo es also heißt:
"In Betracht, daß Beschuldigter ein=
"gesteht am 5ten Januar letzthin gegen
"den Kläger sich Mißhandlungen erlaubt
"und denselben blutrünstig geschlagen zu haben;

„Ueberzeugung, daß hier die nämlichen Be-
„merkungen statt finden, wie bei dem
„vorhergehenden Punkt, in dem hier offen-
„baren Willkühr, Mißbrauch der Ge-
„walt und Überschreitung der Amts-
„befugnisse am Tag liegen, und die Ent-
„schuldigung in betreff der Sperrung der Markt-
„Meiring um so weniger Rücksicht verdient, als
„zur Zeit des französischen Herrschaft das Kreisgericht
„von Kaiserslautern mit den Justizangelegenheiten
„des Meisenheimer Kreises längst beschäftigt war; daß
„jedoch auch hier kein Beweis von einer statt ge-
„habten Bestechung vorliegt."

25.ter Punkt

„Ueberzeugung, daß zwar in Hinsicht auf diesen Be-
„schuldigungspunkt kein Beweis einer Bestechung-
„existirt, sondern dem Friedensrichter Dittmann
„blos Nachlässigkeit und Unterlassung der ihm auf-
„erlegten Pflichten zur Last fällt, indem die Forst-
„frevel in Privat und Gemeinde Waldungen
„auch nach der französischen Gesetzgebung
„ausschließlich in die Competenz der einfachen
„Polizeigerichte gehörte, und wenn dieses auch nicht
„gewesen wäre, Dittmann die Anzeigprotokolle
„dennoch nicht hätte unterdrücken, sondern an
„die competente Behörde einschicken sollen; daß
„demnach dieser Punkt als Unterschlagung."

„amtlich zugestellten Akten nach Art. 173 des Strafgesetz-
„buchs zu einer Anklage geeignet ist."

26.te Punkt.

„Ueberzeugung, daß in Ansehung dieses Punktes
„ebenfalls kein Beweis von einer Bestechung vor-
„liegt, und die nämlichen Bemerkungen Platz
„greifen, wie bei dem vorhergehenden Punkt;
„daß die Nachlässigkeit des Friedensrichters Ditt-
„mann um so verdächtiger ist, als zur Zeit des
„Anzeigeprotokolls des Feldschützen, welches bei den
„Akten liegt, nämlich vom 16.n März 1814 das
„Kreisgericht zu Kaiserslautern die Justizsachen
„des Meisenheimer Kreises schon zu besorgen hatte."

27.te Punkt.

„Ueberzeugung, daß auch in betreff dieses Punktes
„keine Bestechung bewiesen ist; daß zwar aus
„der Erklärung des Bürgermeisters Bonnetti
„erhellt, daß dem Friedensrichter Dittmann
„das Anzeigprotokoll zugestellt wurde und
„welches nicht mehr zum Vorschein kam, jedoch
„kein hinlänglicher Grund vorliegt, eine Anklage
„aufzustellen."

28.te Punkt

„Ueberzeugung, daß dieser Punkt keineswegs
„erwiesen ist."

29.ter Punkt

„Ueberzeugung, daß allerdings erhellt, daß der

"Friedensrichter Dittmayer diese Sache vor das
"weltliche Polizeigericht zog und zur grossen
"Verwunderung aller Anwesenden die völlig
"überwiesenen Beschuldigten freisprach, und daß
"unter den Urtheilen des Friedensgerichts
"sich kein Urtheil über diese Sache vorfindet;
"Inerwägung, daß das Benehmen des
"Friedensrichters Dittmayer um so mehr
"zu einigem Verdacht Anlaß gibt, als der
"Bruder des Beschuldigten vor der Sitzung
"zu dem Feldschützen sagte: ihr mögt machen
"was ihr wollt, ihr werdet doch nichts aus-
"richten, die Sache ist schon in Ordnung."
"Inerwägung, daß die Entschuldigung des
"Friedensrichters, als sei es die Sache des
"Gerichtschreibers das Urtheil aufzusetzen,
"nicht alle Schuld von ihm abwälzen kann,
"weil er ja die Urtheile unterschreiben und
"über deren schleunige Redaction wachen
"muß;"
"Inerwägung, daß der vorhandene
"Verdacht nicht genug unterstützt ist, um
"eine Verfolgung zu begründen und eine
"Anklage zu erkennen."

30. Punkt

"Inerwägung, daß in Ansehung dieses Punktes
"kein Beweis vorhanden ist."

31. Punkt

"Inerwägung, daß aus den Untersuchungs-
"akten hervorgeht, daß im Anfang des Jahrs
"1815 Heinrich Gutzenberger von Neuen-
"schwanden bei dem Bürgermeister daselbst
"die Anzeige machte, daß er von seinem
"Sohn sei mißhandelt worden und daß
"dieser die Pistole gegen ihn abgedrückt
"habe; daß der Bürgermeister darüber ein
"Protokoll aufsetzte, sogleich den jungen Ga-
"briel Gutzenberger verhaften und mit dem
"Protokoll dem Friedensrichter Dittmayer
"überliefern ließ."
"daß am 3. Januar der Vater des jungen
"Menschen vor dem Friedensrichter erschien,
"die vor dem Bürgermeister gemachte An-
"zeige zurücknahm mit der Erklärung, sein
"Sohn sei betrunken gewesen, und habe sich
"in diesem Zustand Ausschweifungen er-
"laubt, die er nüchtern nicht begangen haben
"würde;"
"daß der Friedensrichter über diese Erklä-
"rung ein Protokoll aufsetzte und den Sohn in
"Freiheit ließ, nachdem er dem Richter und
"dem Polizeidiener jeder drei Franken
"ausgezahlt hatte;"

"daß das Protokoll des Friedensrichters bei
"den Akten befindlich ist, während jenes des
"Bürgermeisters nicht mehr zum Vorschein kam;"
"daß in dieser Versammlung der Friedens-
"richter Dittmayer wieder eine verdächtige
"Rolle spielte, die um so mehr Verdacht
"erregt, als der junge Hetzenberger an-
"fänglich erklärte, Dittmayer habe drei Bür-
"[illegible] auch für seine Bemühung
"erhalten;"

"In Erwägung, daß wenn auch kein Beweis
"von wirklicher Bestechung und deshalb kein
"hinlänglicher Grund zu einer Anklage hier
"vorliegt, dennoch die gewöhnliche Willkühr
"und Unordnung nicht verkannt werden kann,
"indem der Friedensrichter in jedem Fall die
"Sache hätte näher untersuchen und die Akten
"an die kompetente Behörde hätte ein=
"schicken sollen, daß die Unterschlagung
"des Anzeigeprotokolls des Bürgermeisters
"übrigens das durch den Art 173 des Straf-
"gesetzbuchs vorgesehene Verbrechen kon-
"stituirt und zur Anklage geeignet ist."

32r Punkt

"In Erwägung, daß laut der Untersuchung|der

3

"untersuchung|erhellt, daß im Jahre 1815 die [illegible]
"des Simon Ullmann, Jüdin von Oberingelheim
"in das Haus des Bäckers Theodor Weiß von der [illegible]
"kam um etwas zu bestellen; daß bei dieser
"Gelegenheit die Magd des Bäckers bemerkte,
"daß die Jüdin ein Laib Brod entwendete
"und mitnahm; daß die Magd der Jüdin nach-
"lief und sie zurückführen wollte, diese sich aber
"nicht dazu verstand; daß die Magd sogleich
"ihren Herrn davon in Kenntniß setzte;"
"Daß die Jüdin darauf eine Anzeige bei
"dem Bürgermeister wegen Verläumdung gegen
"die besagte Magd vorbrachte, worauf der
"Bürgermeister die Magd kommen ließ
"und sie zur Rede stellte;"
"daß auf die bestimmte Erklärung der Magd,
"die Jüdin habe wirklich den Laib Brod
"gestohlen, der Bürgermeister wegen dem Diebstahl
"ein Protokoll aufsetzte und es dem Friedens-
"richter Dittmayer zuschickte;"
"daß der Friedensrichter aber die Sache
"liegen ließ, ohne irgend eine Untersuchung vor-
"zunehmen, und daraus das Protokoll des
"Bürgermeisters verschwunden ist, ohne je
"wieder zum Vorschein zu kommen"

3

„Befremdung, daß zwar kein Beweis von
„einer Bestechung und deshalb kein hinreichender
„Grund zu einer Anklage vorhanden ist; allein
„das gewissenlose, pflichtwidrige und unordentliche
„Verfahren des Friedensrichters Dittmeyer auch
„hier offenbar am Tage liegt; auch die Unter=
„schlagung des Anzeigprotokolls des Bürgermeisters
„nach Art 173 des Verfahrungsbuchs eine Anklage
„in dieser Beziehung begründet."

33ten Punkt

„Befremdung, daß aus den Untersuchungsakten
„sich ergiebt, daß im Sommer des Jahrs 1815
„Gottfried Mosbach von Niederingelheim von
„Johann Hartmann von Oberingelheim miß=
„handelt wurde; daß derselbe deshalb die An=
„zeige bei dem Bürgermeister machte, welcher
„dem Friedensrichter Dittmeyer davon Kenntniß
„gab; daß Dittmeyer darauf die Partheien
„vor sich laden ließ;"

„Daß unter der Hand ein Vergleich
„zwischen den Partheien zu Stand kam, wo=
„nach der Geschlagene sich mit 5 Gulden 30 kr.
„abfinden ließ; daß man den Friedensrichter
„durch die Wittib Ullmann von dem Ver=
„gleich benachrichtigte, worauf alle weitere

„Verfolgung unterblieb, und keine fernere Untersuchung
„vorgenommen wurde;"

„Befremdung, daß zwar hier abermals
„kein Beweis von einer Bestechung und keine
„hinlängliche Beschwerden zu einer Anklage vor=
„handen sind, daß aber die mehr erwähnte Will=
„kühr und Pflichtverletzung in die Augen springt,
„auch der Umstand, daß die Wittib Ullmann hier
„ein Spiel getrieben, zu einigem Verdacht zu
„berechtigen scheint."

34ten Punkt.

„Befremdung, daß aus der Untersuchung erhellt,
„daß am 14ten Juli 1815 dem Johann Lorenster
„von Niederingelheim ein Paar Schafe in
„seinem Weinberge geschossen wurden; daß
„man welcher diese Schafe bey Bergherrn
„Kochart von der Hand, der ursprünglich vor=
„gab, sie von einem fremden Manne gekauft,
„welcher, sie im Weinberge gefunden zu haben;
„daß die Partheien sich dahin verglichen
„daß Kochart dem Lorenster ein Viertel
„Wein bezahlte; daß ungeachtet der Friedens=
„richter Dittmeyer eine Anzeige wegen diesem
„Diebstahl erhielt, er dennoch die Sache unter=
„drückte, und weder eine Untersuchung noch

„Verfolgung gegen den Beschuldigten vor-
„nehme;"

„Erwägung, daß wenn gleich hier wieder
„keine Bestechung bewiesen ist, und keine
„Anklage statt findet, dennoch erscheint die
„höchst pflichtwidrige und willkürliche
„Handhabung des Friedensrichters Ditt-
„mayer dadurch eine neue Bestätigung
„erhält;"

„35. 36, 37. 38, 39, 40, 41 und
„42ten Punkt"

„Erwägung, daß in Betreff dieser Punkten
„kein Beweis vorhanden ist, daß sich [illegible]
„der Friedensrichter Dittmayer habe be-
„stechen lassen, und daß auch in anderer
„Hinsicht keine bestimmten Beschwerden gegen
„denselben sich herausgestellt haben."

43ter Punkt

„Erwägung, daß aus der Untersuchung
„hervorgeht, daß im Anfang September
„1815 der Polizeysergeant von Oberingelheim
„ein Anzeigeprotokoll gegen den Vogt des
„Joseph Oppenheimer von der ...
„und es dem Friedensrichter Dittmayer

„Erwägung übergab, der auf Ansehen des Verdachts
„die Sache auf sich beruhen ließ und nicht bei dem Poli-
„zeygericht vorbrachte;"

„Erwägung, daß keine Anklage hier statt
„findet, indem kein Beweis einer Bestechung vor-
„liegt, und die bloße willkürliche Begünstigung kein
„eigentliches Verbrechen constituirt, auch eine
„Unterschlagung eines Akts nicht genug dargethan
„ist;"

44ter Punkt

„Erwägung, daß keineswegs dargethan
„ist, daß der Friedensrichter Dittmayer sich
„habe Geschenke geben lassen, wie das Gesetz
„verlangt, daß im Gegentheil die daßfallsige
„Beschuldigung bloß durch einen Verhören
„veranlaßt worden zu seyn scheint;"

45ter Punkt

„Erwägung, daß aus den Untersuchungs-
„akten erhellt, daß am 25ten September 1814
„der Friedensrichter Dittmayer zu Friedrich
„Ruppert zu Bubenheim kam, um die Siegel
„auf die Verlassenschaft von dessen Schwiegermutter
„zu legen, aber von dem Gerichtsschreiber be-
„gleitet zu seyn;"

„Daß Ruppert ihm Vorstellung machte
„diese Versiegelung nicht vorzunehmen, indem
„sie sich unter den obwaltenden Umständen
„nicht füglich bewerkstelligen ließe."

„Daß Dittmayer, obgleich ... Akten
„intervenirt waren, wo der Versiegelung ab-
„stand, jedoch für seine Gebühren ursprünglich 12 oder
„13 Gulden verlangte, endlich sich aber mit
„7 Gulden 30 Kreuzer begnügte, und darüber
„Quittung ausstellte, die den Akten beige-
„fügt ist;"

„In Erwägung, daß Dittmayer, wenn er
„seine Pflicht hätte erfüllen wollen, nicht
„hätte unterlassen können, mit Zuziehung des
„Gerichtsschreibers die Siegel anzulegen und
„darüber einen Akt aufzusetzen; daß dem-
„selben, da er dieses nicht gethan hat, und
„sich doch dafür die von dem Gesetz für die
„wirkliche Operation festgesetzten Gebühren
„zahlen ließ, das Verbrechen der Concussion
„zu Last fällt, welches nach Art. 174 des
„Strafgesetzbuchs eine körperliche und entehrende
„Strafe nach sich zieht;"

„In Erwägung, daß wegen diesem Punkte
„hinlängliche Beschwerden zur Anklage vor-
„liegen."

46r Punkt

„In Erwägung, daß was diesen Punkt
„anlangt, aus der Untersuchung hervor-

ge

die Siegel auf
die Verlassen-
schaft des

„daß im Monat Januar 1814 (oder Februar) ...
„Zimmermann(?) von Niederingelheim gelegt worden
„seyn sollen; daß ungeachtet der Friedensrichter Ditt-
„mayer im nämlichen Ort wohnt, er weder selbst
„noch durch seinen Ergänzungsrichter dieses Geschäft
„vorgenommen, sondern ohne Zuziehung des Gericht-
„schreibers es durch den Johann ...
„Schöffen von der ... besorgen ließ, der im
„Namen des Friedensrichters die Siegel anlegte,
„ohne daß ein Akt über diese Siegelanlegung
„aufgesetzt wurde;"

„Daß aber den 4ten Februar 1814 der
„Friedensrichter Dittmayer eine Quittung
„über 18 Gulden ausstellte, die ihm von
„dem Vormund der ... Zimmermann'schen
„Kinder ausbezahlt wurden, worunter auch
„die Gebühren für die persönliche Anlegung
„der Siegel verrechnet und begriffen sind;"

„In Erwägung, daß das Einstreichen von
„Gebühren für eine geschehene(?) Verrichtung
„und äußerst willkürlichen Handlung, wobei
„Dittmayer nicht einmal selbst gegen-
„wärtig war, den Charakter einer förm-
„lichen Concussion an sich trägt, die nach
„Art 174 des Strafgesetzbuchs eine kör-
„perliche und entehrende Strafe bewirkt;"

Ge

164

"daß in Ansehung dieses Punktes hin-
"längliche Beschwerden zur Anklage gegen
"Dittmayer vorhanden sind;"

17 Punkt

"Inerwägung, daß nach einer von dem
"Friedensrichter Dittmayer am 20ten Jenner
"1814 ausgestellten Quittung, derselbe
"fünf Franken 43 Centimen für die Ver-
"siegelung nach Vormund und Beivormund
"von Joseph Zimmer von Niederingelheim
"erhalten hat, ungeachtet er nach Art.
"4. des Dekrets vom 16t Februar 1807
"höchstens nur 5 Franken nehmen durfte;"

"Inerwägung; daß obgleich das Zu-
"viel erhobene nur von geringem
"Betrag ist, diese Handlung dennoch den
"Karakter einer Konkussion darbietet,
"und mit hinlänglichen Gründen zur Anklage
"unterstützt ist, besonders da in Ver-
"bindung mit den übrigen Punkten, dieser
"geringe Posten mehr Bedeutung bekommt
"und dadurch alle Vermuthung wegfällt, als
"sei hier ein bloßer Irrthum unterlaufen."

165

18t Punkt

"Inerwägung, daß aus den Untersuchungsakten
"sich ergiebt, daß im Monat Jenner 1814 der
"Friedensrichter Dittmayer an die Verlassenschaft
"des Adam Ruppert von Oberingelheim die
"Siegel anlegte, ohne den Gerichtsschreiber zuzu-
"ziehen, daß er sich dafür vom Vormund
"Weitzel von ihm zwey Gulden 30 xr zahlen
"ließ und eine Quittung für diese Summe aus-
"stellte; daß aber diese Siegelanlegung aber
"weder ein Aktstück erfolgt, noch dieselbe in
"das Repertorium des Gerichtsschreibers ein-
"getragen wurde;"

"Inerwägung, daß der der Friedens-
"richter Dittmayer sich für sein will-
"kührliches und ungesetzliches Verfahren die
"Gebühren zahlen ließ, die das Gesetz nur
"für eine ordnungsmäßige Siegelanlegung
"und deren Konstatirung durch einen ge-
"richtlichen Akt bewilligt, hierin abermals
"eine Konkussion vorliegt, die nach Art.
"174 des Strafgesetzbuchs eine bürgerliche
"und entehrende Strafe nach sich zieht;
"daß übrigens hinlängliche Beschwerden zur
"Anklage gegen Dittmayer in
"dieser Hinsicht vorhanden sind."

49 Punkt

„Beschwerung, daß aus den Untersuchungs-
„akten erhellt, daß im Jenner 1815 der
„Friedensrichter Dittmayer von [illegible]
„Baumstark, Senior von Niederingelheim die
„Zehn [illegible] für Kosten eines zu dessen
„Vortheil erlassenen Urtheils begehren
„ließ, ungeachtet nach dem Urtheil selbst
„diese Kosten nicht mehr als 8 fr. 18 Centim
„betrugen; daß außerdem Dittmayer von
„diesem Manne noch 4 fr 45 Centimen für die
„Ausfertigung des Urtheils verlangte, die sich
„nicht höher als auf 3 fr 25 Centimen belaufen."

„Beschwerung, daß im Allgemeinen sich
„der Friedensrichter mit der Erhebung der
„Kosten gar nicht zu befassen hat und daß
„wenn er dafür die Partheien mehr zahlen
„ließ, als sie dem Gesetze nach schuldig sind
„ihm das Verbrechen der Concussion
„zur Last fällt -7-"

„Beschwerung, daß hinreichende Gründe
„zur Anklage in dieser Beziehung gegen
„Dittmayer vorliegen."

3

50 Punkt.

„Beschwerung, daß aus der Untersuchung erhellet
„daß der Gerichtsbote Peter Schaller ~~von [illegible]~~ und
„Wilhelm Mann von Niederingelheim im Laufe des
„Jahres 1813 dem Friedensrichter Dittmayer von jeder
„Ladung ursprünglich 50 Cent. und nachher [illegible]
„75 Centimen abgeben mußten;"
„daß wenn gleich der Friedensrichter Ditt-
„mayer diese Beschuldigung läugnet, doch in Ver-
„bindung mit den übrigen Punkten Gründe genug
„vorliegen, die Anklage zu erkennen, wobei das so-
„genannte und [illegible] von [illegible], die das Ge-
„setz nicht bewilligt, als Concussion angesehen
„werden muß;"

51 Punkt.

„Beschwerung, daß dieser Punkt kein Ver-
„brechen darbietet, weil Dittmayer zu der Zeit
„als er den von Herrn Louvelle angesprochenen
„Gehalt bezog, schon seine Ernennung als Frie-
„densrichter hatte, und dieser, wenn er gültige
„Ansprüche darauf zu haben glaubte, sie auf
„dem gesetzlichen Weg muß geltend machen."

7 52 Punkt

Beschwerung, daß in
„Betracht dieses Punktes
„nicht der mindeste
„Beweis von einer
„Bestechung [illegible]
„Thatbestand gebe."

[illegible]
[illegible]

53 Punkt

„Beschwerung, daß ~~in [illegible]~~ dieser Punkt
„kein bestimmtes Verbrechen darbietet, daß
„er jedoch beweist, in welcher grenzenlo-
„sen Unordnung sich das Friedensgericht
„unter der Amtsführung von Dittmayer befand,

3

„indem dieser geweigert, die von ihm ausgesprochene Urtheile zu unterschreiben und diesen Urkunden dadurch allen gesetzlichen Werth und Wirkung entzog; daß seine Entschuldigung, als habe der Gerichtsschreiber sie nicht so aufgesetzt, wie er sie ausgesprochen habe, wenig Rücksicht verdient, weil er in diesem Fall schon Orts die Anzeige machen mußte, damit die geeigneten Mängel hätten ergänzt werden können;"

54 u. 55. Punkt

„In Erwägung, daß hinsichtlich dieser beiden Punkten kein Ergebniß vorhanden ist;"

56ten Punkt.

„In Erwägung, daß hierüber ebenfalls keine Entlastung bewiesen ist, daß aber eine offenbar willkührliche und gesetzwidrige Verfahrungsart von Seiten des Friedensrichters Dittmayer am Tage liegt;"

57ten Punkt.

„In Erwägung, daß dieser Punkt kein Verbrechen darbietet, sondern bloß Unordnung und Nachlässigkeit daraus hervorgeht, die allem Anschein nach nicht ohne Absicht statt hatte, um zu verhindern, daß man nicht sehen konnte, welche Untersuchungen und zu welchen Zwecken sie abgeschickt wurden;"

58ten Punkt.

„In Erwägung, daß in Beziehung auf diesen Punkt durchaus nichts bewiesen ist;"

„In Erwägung, daß der Friedensrichter Dittmayer in seiner Vertheidigungsschrift vom 6ten März dieses Jahres und in seinen verschiedenen Erklärungen keineswegs die oben aufgestellten zur Anklage und weitern Verfolgung geeigneten Beschuldigungspunkte entkräftet hat; daß es im Gegentheil unter den vorliegenden Umständen nöthig und dringend ist, mit aller Strenge und ohne Rücksicht gegen einen Beamten zu verfahren, der, den vorhandenen Beschwerden zu Folge, die ersten und heiligsten Pflichten seines Amtes: eine unpartheiische, unbestechliche und uneigennützige Justizpflege auszuüben, so oft außer Acht gelassen und verletzt hatte;"

„In Erwägung, daß bei der Menge der vorgebrachten und mehr oder weniger durch Beweise bekräftigten Thatsachen, man unmöglich annehmen kann, daß alle angeführten Beschuldigungen bloß die Folge eines geheimen und planmäßigen Zusammenwirkens der Feinde des Dittmayer, in der Absicht, ihn zu Grunde zu richten, sei; daß ein solches Vorgeben um so weniger die bestehenden Beschwerden be-

„beseitigen kann, als dieselbe einen Theils durch
„nichts dargethan ist, anderen Theils mehrere
„Punkte sogar durch eigene Erkenntnisse, durch
„Urkunden und eigenhändige Quittungen un-
„terstützt sind; daß übrigens die Zulänglich-
„keit oder Unzulänglichkeit der aufgestellten
„Zeugnissen erst bei den öffentlichen Ver-
„handlungen gehörig gewürdigt zu werden
„vermag, und es vorerst genügt, daß die Be-
„schwerden auf solche Gründe gebaut sind,
„die zu einer vorläufigen Überzeugung der
„Schuld des Anzuklagenden hinlänglich be-
„rechtigen;"

„In Erwägung, daß wenn auch die meisten
„der angeführten Beschuldigungen nicht den
„Charakter eines bestimmten Verbrechens an
„sich tragen, sie nichts destoweniger sehr berück-
„sichtigt zu werden und die Aufmerksamkeit
„der Regierung verdienen, indem sie im Allge-
„meinen die willkührliche und gesetzwidrige
„Handlungsweise des Beschuldigten Dittmayer
„darthun, und zu beurkunden scheinen, daß der-
„selbe die Stelle eines öffentlichen Beamten
„zu begleiten unwürdig ist;"

„Nach Einsicht endlich der Artikel 93, 96,
„134, 259, 479, 483 und 484 des Gesetzbuchs
„über das peinliche Verfahren;

„Trägt aus diesen Gründen darauf an, daß, nachdem
„von dem Herrn Präsidenten des Appellationshofes
„ein Verhaftbefehl gegen den Beschuldigten Anton
„Joseph Dittmayer erlassen worden, die Anklag-
„kammer des Appellationshofes erklären wolle,
„daß gegen den genannten Beschuldigten in Be-
„treff der oben unter No 1, 2, 3, 4, 11, 14,
„25, 31, 32, 45, 46, 47, 48, 49, und 50 ange-
„gebenen Punkten Anklage statt finde, demnach
„derselbe vor den Assisenhof des Administrations-
„bezirks verwiesen und durch das nämliche Urtheil
„ein Leibesverhaftsbefehl gegen ihn erkannt werde;

„daß ferner in Beziehung der unter No 5, 6,
„7, 8, 9, 12, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24,
„26, 27, 28, 29, 30, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40,
„41, 42, 43, 44, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57 und
„58 angeführten Beschuldigungen die Anklag-
„kammer erkläre, daß keine weiteren Verfolgungen
„statt finden, es müßte denn seyn, daß in der Folge
„sich noch nähere Beweise auffinden ließen;"

„Der Unterzeichnete General-Advokat be-
„hält sich in Gemäßheit des Artikels 479 des
„Gesetzbuchs über das peinliche Verfahren bevor,
„im Fall der Freisprechung des Beschuldigten
„vor dem Assisenhofe, denselben wegen dem unter
„No 10 erwähnten korrektionellen Vergehen
„direkt vor den Appellationshof zu weiteren
„gesetzlichen Verfügung laden zu lassen."

„Kaiserslautern den 1ten April
„1816. L. Koch. „

Nach vorgegangener Berathschlagung

In Erwägung, so viel den Ersten Punkt
betrift, daß einerseits der Weg, an welchem der
beschuldigte Friedensrichter die sämtlichen ~~[illegible]~~ gerügten
Fehler ausgehen, um so ungewisser wird, als die
Aussagen der Zeugen, besonders des Zeugen Vandistel
durchaus verdächtig und widersprechend sind, auch nicht
urkundlicher Verdacht vorliegt, daß der Friedensrichter
die Untersuchung habe aufgeben = und den dessen Beschwe=
renen Urtheil begünstigen wollen, in dem ~~[illegible]~~ in der
That die Fortsetzung derselben am 24 Junius gerade
durch die Schuld des Angebers Schalk verhindert
worden zu seyn scheint.

Daß, wenn das freiwillige Zugeständniß
des Friedensrichters, diese ~~[illegible]~~ gerügten Fehler angefan-
gen und angenommen zu haben ~~[illegible]~~ für Weitzel
ein Vertheidigungsschrift und einen Empfehlungsbrief zu
fertigen, nachdem seine Untersuchung geschlossen ge-
wesen [ein Zugeständniß, welches den einzigen Be-
weis der Thatsache liefert, da den Friedensrichter
im Fall des Läugnens nur die höchst verdächtige
Aussage des Vandistel beschwerte] zwar
einerseits durch den Widerspruch von Peter Weitzel

(f. Wein= Streichung ~~[illegible]~~ zwei Worte ad Vordersatz gebilligt)
Ostheim
Messer

z

zweydeutig wird, andererseits aber ein höchst unde-
licates und unwürdiges Benehmen des Friedens-
richters unwidersprechlich beweiset, doch dieser
Umstand allein bei den übrigens nicht Rücksicht
verdienenden ostensibel geschäftigen Aussagen,
nicht hinreichende Anzeigen einer Bestechung dar-
bietet, um Anklage zu erkennen, welche nur
auf genugsamen Verdacht eines Verbrechens, nicht
aber wegen einer bloß unwürdigen Vergessen-
heit aller Schicklichkeit und der Amtspflicht statt
finden mag.

In Erwägung, so viel den Zweiten Punkt be-
trifft, daß die Ursache, weshalb dem Friedens-
richter für Arrest 50 Gulden bezahlt worden
ist, wenigstens zweydeutig bleibt, da die Aussage des
Grab auf einem bloßen angeblichen "Versehen"
beruht, die Friedensrichter aber einen andern
rechtlichen Grund der Bezahlung angiebt; daß
ferner der Zeuge Vandistel seine frühere
Angabe einer auch in dieser Sache statt ge-
habten Bestechung selbst als falsch erklärt,
so daß also auch hier nicht genugsamer Ver-
dacht zur Anklage vorliegt.

In Erwägung, in Ansehung des Dritten
Punktes, daß aus den unbestimmten und
ostensibel widersprechenden Angaben einer
Zeugin, welche bald auf den Tisch bald auf

z

das Geständniß von der Ihm zwey Gulden
geschenkt haben will, ohne beschwören zu können,
ob der Friedensrichter solche gesehen, kein
hinreichender Verdacht der Bestechung hervor=
gehen könne.

Daß, wenn der Friedensrichter in diesem
Fall, so wie in vielen andern die vorge=
schriebenen Prozeduren [illegible], und sogar
die ersten Akten sich nicht vorfinden, der seine
Pflicht verletzt hätte, in Fällen, wo er
keine weitere Verfolgung zweckmäßig fand,
der oberen Behörde zu berichten, oder we=
nigstens die Akten mit Bemerkung der Gründe
der unterlassenen Verfolgung einzusenden,
diese Unregelmäßigkeit zwar eine unverant=
liche und willkürliche Amtsführung beweisd,
aber an sich, und solange sich nicht hin=
reichender Verdacht der Bestechung dazu
gesellt, keinen Grund zur Anklage dar=
bietet.

In Erwägung auch des Vierten Punkts,
daß eben deshalb auch dieser wegfällt.

In Erwägung, in Ansehung des Fünften
Sechsten, Siebenten, Achten und Neunten
Punktes, daß aus den von der Staats=
behörde entwickelten Gründen keine

Vermuthung deshalb statt finden könne.

In Erwägung, was den Zehnten Punkt an=
belangt, daß hier kein Inquisition, welche eben
ein Mandat statt gefunden hat, daß dessen
weniger oder mehr gewissenhafte Erfüllung
wohl zu einer Civilklage, nicht aber zu einer
peinlichen Verfolgung Anlaß geben könne.

Daß die auch in diesem Falle wahrscheinliche
auffallende Fahrlässigkeit des beschuldigten
keine peinliche Anklage begründet.

In Erwägung auch des Elften Punkts,
daß auch hier wieder das von einem
Zeugen beschworne Einlegen eines großen
Thalers auf den Tisch, um dadurch einen
Prozeß zu gewinnen, durch das Scheine=
kunde in den Aussagen des Zeugen,
und die Widersprüche derselben nicht
Berücksichtigung genug verdient, um
darauf eine peinliche Anklage zu gründen.

In Erwägung, rücksichtlich der
Zwölften und Dreizehnten Punkts,
daß durchaus hierüber keine Anzeige
einer Bestechung vorliegen, und die
Staatsbehörde damit einverstanden ist;

In Erwägung daß, rücksichtlich des
Vierzehnten Punkts, nicht so wohl hier

die Unterschlagung eines Aktenstücks, der vielmehr für die unterlassenen Verfolgung eines Vergehens Anzeigen vorliegen, dieses aber, was den Bezug des 3.ten Punktes angegangenen Gründen, nicht hinreichend sind, gegen den Friedensrichter eine Anklage zu erkennen;

In Erwägung, was den fünfzehnten Punkt betrifft, daß der Friedensrichter hier nur seine Competenz zur Ungebühr überschritten und verkannte, welches also kein Verbrechen constituirt;

In Erwägung, daß auch der von der Staatsbehörde über die Punkten 16.17.18.19 20, 21, 22 23 und 24 angeführten Gründen gegen den Friedensrichter keine Anklage statt haben kann;

In Erwägung rücksichtlich des 25.ten Punktes, daß auch hier die nämlichen Ursachen vorliegen, welche, nach den Gründen über den 3t Punkt, die Anklage gegen den Friedensrichter um so mehr untersagen, als die Behörde an welche allenfalls der Verbalprozeß hätte eingesendet werden müssen, auch nicht organisirt war;

In Erwägung, auf den 26. 27. 28. 29 und 30t Punkt, daß theils kein Verdacht der Bestechung vorliegt, theils dieser Verdacht

z

durch hinreichende Anzeigen nicht unterstützt wird, mithin auch hier keine Anklage statt finden kann;

In Erwägung, was den 31ten und 32ten Punkt betrifft, daß die über den 14ten Punkt angegebenen Gründe auch hier Platz greifen, und daher nicht zur Anklage ermächtigen.

In Erwägung, was den 33ten Punkt betrifft, daß auch den von der Staatsbehörde angeführten Gründen kein hinlänglicher Beschwerden zu einer Anklage dargethan sind.

In Erwägung, rücksichtlich der 34 und folgenden Punkten bis 42. einschließlich, daß die von der Staatsbehörde angeführten Gründe die hierüber genommenen Bemerkungen hinreichend begründen, daß über jene Gegenstände keine Anklage statt haben kann.

In Erwägung, rücksichtlich des 43ten Punkts, daß, wenn auch der Friedensrichter, wenigstens gesetzlich nicht berechtigt war, sich für seine Reise und Versäumniß Gebühren zahlen zu lassen, hier jedoch der eigenthümliche Charakter des Verbrechens der Concussion gänzlich fehlt, weil die Assignation auf Begehren der Parthei, und wie diese und der Friedensrichter vorgeben, im Interesse der Minderjährigen, unterblieb.

Es

Erwägung, was den 26. Punkt angeht, daß die von dem Friedensrichter angeführten Ursachen entschuldigend erkennen, daß er die Versiegelung der Effekten dem Schultheiß nicht auftrug, und nicht selbst vornahm, übrigens die angesprochenen 18 francs nicht blos dafür, sondern auch für die von ihm selbst bewirkten Siegel-Abnahmen und andere Geschäfte waren, folglich auch hier die Merkmale des Verbrechens der Concussion ~~fehlen~~ abgehen;

Erwägung auf den 47. Punkt daß schon der Gegenstand des angeblichen Verbrechens, eine Summe von 45 Centimen, die der Beschuldigte über den gesetzlichen Tax erhoben haben soll, den Verdacht des Vorsatzes ausschließt, und höchstens ein Irthum hiebey statt gefunden haben mag;

Erwägung auf den 48. Punkt, daß auch der vom Beschuldigten angegebenen Erläuterung das fehlende Protokoll der Versiegelung auf keinen Grund abgeben können, denselben des Verbrechens der Concussion anzuklagen;

Erwägung, den 49. Punkt betreffend, daß, obgleich in der That der Friedensrichter

die Auslagen des Gerichtsschreibers, die Kosten, wovon die Rede ist, angefordert hatte, jedoch, wenn er selbige über den gesetzlichen Tarif, und über die Summe, wie sie der Gerichtsschreiber berechnet haben mag, gefordert haben sollte, worüber ein zwischen kein Beweis vorliegt, der angebliche Zurück auch keine Vollziehung erhalten hatte, indem bey ermangelter Zahlung von Seiten des Schuldners der Friedensrichter dem Gerichtsschreiber die eigene Erhebung der Gebühren wieder überlassen hatte, jener also nicht in Hinsicht nahm; daß also die Thatsache, so weit sie als gegründet angesehen werden könnte, dennoch keinen Verdacht einer beabsichtigten Concussion darlegt;

Erwägung, rücksichtlich des 50. Punkts daß, wenn man auch die aufgestellten Beschwerden als wahr annehmen wollte, welches unter den vorliegenden Umständen nicht ohne Zweifel statt findet, hierin keine Concussion, sondern ein undelikates Benehmen des Gerichtsbeamten, daß sie füglich [illegible] zu finden wäre, diese Anforderungen mithin keine Anklage begründen können.

Erwägung rücksichtlich der übrigen Punkte unter Nummer 51 bis [illegible] 58 einschließlich, daß die von der Staatsbehörde

angeführten Gründe vollkommen gerecht-
fertigt worden, woraus die beschuldigten
Handlungen theils kein Verbrechen oder Ver-
gehen qualifiziren, theils von den verläum-
derischen Anzeigen und Beweisen entblößt
sind, welche in keiner Rücksicht Ursache zur
Anklage statt findet;

In Erwägung, daß sich im Allge=
meinen aus den Untersuchungs Akten ergibt,
daß der Friedensrichter Dittmeyer nicht selten
die einem Richter und Polizey= Beamten
vorzüglich obliegende Pflicht, selbst den ent=
ferntesten Verdacht der Bestechlichkeit, we=
nigstens des Eigennutzes, zu vermeiden,
mehr oder minder außer Acht ließ,
und mehr noch, daß er seine Amtspflichten
nicht immer mit der gehörigen Vorsicht,
mit Eifer und mit genauer Abstrahirung
seiner Eingebung aus der der höheren
Gerichtsstellen erfüllte; daß gleichwohl
bei Weitem die meisten der gegen ihn
angebrachten Thatsachen ohne Beweise
sind, einige so gar nicht aus der reinsten
Quelle geflossen seyn mögen, überall
aber keine hinreichende Gründe zur
peinlichen Anklage des genannten Frie-
densrichters vorliegen;

Aus diesen Gründen, ~~und in gemäßheit des Art. 229 des Criminalgesetzbuchs über das peinliche Verfahren~~:
erklärt der Appellationshof, daß gegen den genannten
Anton Joseph Dittmeyer, 50 Jahr alt, gebürtig zu Mainz,
bisheriger Friedensrichter des Kantons Oberingelheim, wohn-
haft zu Niederingelheim, keine Anklage
statt habe, und verordnet, daß auf Betreiben des
Herrn General Advokaten, dieser Beschluß denjenigen
zugestellt werde, welche davon in Kenntniß
gesetzt werden müssen, um seinem Inhalte
nach vollzogen zu werden.

Also geschehen und geurtheilt zu Kreuz-
nach am 11ten Juni 1816 in dem Berathschla-
gungs Zimmer der Anklags Kammer durch die
Herren Rahmann Präsident, *Hoffmann
~~Geiß~~ ~~Conradi~~ Räthe, welche nebst dem Ober-
gerichtsschreiber unterschrieben haben.

*F. Kärberg [paraph]

Rahmann

Hoffmann Geissler

Blessmann

Sitzung vom 17ten July 1818

Zugegen die HH. Kalemann Präsident, Dünberg, Geißendörfer Räthe, Koch kgl. GA. adj. Ehrsam Obergerichtsschreiber

[Unterschrift]

1.C/

Der Appellationshof zu Zweibrücken in seiner Anklagskammer hat folgendes erkannt

Hinsichtlich der durch den Untersuchungsrichter des Landgerichts zu St. Wendel eingeleiteten Verhandlungen gegen Anna Maria Kaller, 35 Jahr alt, ledigen Standes, ohne Gewerbe, wohnhaft zu Freisen, des Kindsmords beschuldigt.

Nach angehörtem Berichte des Herrn Koch General Advokat am Appellationshofe und nach Einsicht des, dem Prozeßverfahren beygefügten schriftlichen Antrags, dessen Inhalt lautet wie folgt:

„Nach Einsicht der Untersuchungsakten gegen „Anna Maria Kaller 35 Jahr alt, ledigen „Standes, ohne Gewerbe, wohnhaft in Freisen — „des Kindsmords beschuldigt.

„In Erwägung, daß in der Untersuchung „Erwähnung geschehen ist, daß die Beschuldigte „schon einmal früherhin schwanger gewesen „und ihre Leibesfrucht abgetrieben oder auf „der Geburt auf die Seite geschafft habe, daß „jedoch die Zeugen über diesen Punkt nicht „befragt und keine Information darüber „eingezogen wurden, ungeachtet der

„vom Landgerichte zu St. Wendel in seinen Konklu„sionen vom 5ten dieses förmlich darauf angetragen hat;

„In Erwägung, daß ebenfalls in den Akten „angedeutet ist, als sei die Beschuldigte mit einer „Verstandesschwäche behaftet; daß man aber „unterlassen hat, auf irgend eine Art zu kon„statiren, worin diese angebliche Verstandes„schwäche eigentlich bestehe, ob es eine fort„dauernde oder periodische Geisteszerrüttung, „oder bloß ein etwas geringerer Grad von „Verstandeskräften sei, oder gar als eine „Verstellung angesehen werden müsse; daß „über diesen Punkt die Zeugen ebenfalls hätten „abgehört werden sollen, um sich zu überzeugen „daß die Beschuldigte zur Zeit des Verbrechens „ihrer Sinnen mächtig war und sich in „keinem Zustand von Geisteszerrüttung „befand.

„In Erwägung, daß es nöthig ist, diese „Lücken in der Prozedur durch eine neue „Information auszufüllen;

„Nach Einsicht der Art. 228. 235. 236 und 237 „des Gesetzbuchs über das Verfahren in peinlichen „Sachen;

„Trägt darauf an, daß, ehe über die „Zulässigkeit der Anklage gegen die Beschuldigte

„erkannt werde, die Anklagekammer ein
„Glied aus ihrer Mitte ernennen wolle, um
„über obenerwähnte Punkte eine neue In-
„formation einzuleiten."
„Kaiserslautern den 15 Juni 1816.
„unterschrieben: L. Koch."

Nach vorgegangener Berathschlagung

Der Hof, indem er die, in dem schriftlichen Antrage des Herrn General Advokaten Koch, enthaltenen Gründe in ihrem ganzen Umfang annimmt;

In Erwägung daß die gegen Anna Maria Kalter von Kreischen, neun Landwards beschuldigt, durch die Untersuchungsrichter am Kreisgerichte zu Kusel und St. Wendel eingeleitete Untersuchung unvollständig und unzureichend ist, hierdurch der Fall eintritt, durch eine weitere Instruktion das Fehlende zu ergänzen, also mit der Anwendung der Art. 228. 235. 236 und 237 des Gesetzbuchs über das peinl. Verfahren hier statt findet

Ernennt den Hr. Rath Dürberg um, nach Anleitung des erwähnten 237ten Artikels des gesagten Gesetzbuchs

so wie dem geschehenen Antrage der Staatsbehörde zur weiteren Untersuchung der in dem Antrage des Hr. General Advokaten enthaltenen beyden Thatsachen sowohl einer früher geschehenen Abtreibung als auch die angebliche Verstandes Schwäche der Beschuldigten betreffend, zu schreiten, und weiters zu verordnen was nöthig seyn möge.

Geschehen und geurtheilt zu Kaiserslautern den 17ten July 1816 in dem Berathschlagungszimmer der Anklagekammer durch die Herrn Rebmann, Präsident, Dürberg Geißweiler Räthe, welche nebst dem Obergerichtsschreiber unterschrieben haben.

Rebmann
Dürberg geisweiler

Blessmann

Sitzung vom 17.ten July 1816

Zugegen die Herren Präsident Dünkelberg, Geheimrath ... Rath, Hofgerichtsrath Blessmann Obergerichts Schreiber
Blessmann

Der Appellationshof zu Zweibrücken hat in seiner Anklagskammer, folgendes Urtheil erlassen

Eingesehen die durch den Untersuchungsrichter vom Bezirksgerichte zu Kaiserslautern eingeleiteten Verhandlungen gegen

1° Friedrich Dünkelberg, Schloßhüter gebürtig und wohnhaft zu [illegible]

2°) Johann Schäfer, Revierförster gebürtig und wohnhaft zu Eisenberg beide der Mißhandlungen und tödtlichen Verwundung beschuldigt.

Nach angehörtem Berichte des Herrn General Advokat am Appellationshof; nachdem ihm die dessen Gegenstand alle zu diesem Prozesse gehörigen Aktenstücke überlassen worden, und nachdem sich derselbe anlest dem Obergerichtsschreiber zurück gegeben hatte.

Eingesehen insbesondere

Erstens: den von der Staatsbehörde abgegebenen, den Prozeßschriften beygefügten Antrag, dessen Inhalt lautet wie folgt:

zu

„Nach Einsicht der vom Untersuchungsrichter eingeleiteten
„Untersuchung gegen
„1) Friedrich Dünkelberg, 33 Jahr alt, Schloßhüter
„gebürtig und wohnhaft zu [illegible]
„2) Johann Schäfer, 37 Jahr alt, Revierförster
„gebürtig und wohnhaft zu Eisenberg.
„welche beschuldigt sind
„daß sie zusammen am 13.ten November 1815 den
„Philipp Hochstädter, Wagner, wohnhaft zu Eisenberg
„in dem Wirthshause des Georg Adam Heilmann
„daselbst freiwillig mißhandelt und dergestalt
„verwundet haben, daß derselbe eine halbe
„Viertelstunde darauf an den Folgen der er-
„haltenen Wunde gestorben ist;
„daß ferner unmittelbar vor dieser
„Verwundung der genannte Johann Schäfer
„auf der Straße vor dem besagten Wirthshause
„gegen den Johann Hirsch von Hettenheim, Miß-
„handlungen verübt, und Friedrich Dünkelberg
„thätigen Antheil daran genommen hat, indem
„Letzterer an dem vorerwähnten Hirsch zuerst,
„und ihn seinen Hund unter dem Arm
„hervor gezogen, worauf Schäfer denselben
„mit der Flinte mehrere Stöße versetzte.
„In Erwägung, daß das gegen Philipp
„Hochstädter begangene Verbrechen

zu

den Charakter eines freywilligen Todt-
schlags an sich trägt, der zu Folge der
Art. 295. und 304 des Strafgesetzbuchs
eine langwierige und entehrende Strafe nach
sich zieht;

daß aber die gegen Johann Hesse ver-
übte Mißhandlung nur ein nächstes Ver-
gehen bildet, welches nach Artikel 311. 59
und 60 des Strafgesetzbuchs mit einer
blossen Zuchtpolizeistrafe belegt wird;

daß zwar beide Handlungen mit ein-
ander in einiger Verbindung stehen, indem
die andere veranlaßte und unmittelbar
auf einander folgten, daß sie jedoch wieder
geeignet sind zugleicher Zeit mit ein-
ander vor den Assisenhof gebracht zu
werden, da keine Connexität im Sinne
des Gesetzes zwischen diesen Handlungen
vorhanden ist, noch als aggravirender
Umstand in Ansehung des Mords be-
trachtet werden können, indem der
Art. 304 des Strafgesetzbuchs voraussetzt,
daß das Vergehen, welches bei dem Morde
eine Aggravation der Strafe bewirken
soll, gegen die nämlichen Personen

verübt wird, oder wenigstens mit dem Mord
in einer solchen Verbindung steht, daß die eine
Handlung sich zu der andern wie Mittel zum
Zweck verhält, welches hier nicht der Fall
ist; daß demnach in dieser Beziehung das
Kreisgericht von Kaiserslautern dem fragli-
chen Verbrechen eine irrige Qualification
gegeben hat;

In Erwägung, daß in Betreff des
freywilligen Todschlags hinlängliche Be-
schwerden zur Anklage gegen die beiden
Beschuldigten vorliegen;

trägt darauf an, daß gegen die genannten
Friedrich Dünkelberg und Johann Schäfer
wegen dem vorerwähnten Mord Anklage
erkannt und dieselben vor den Assisen-
hof verwiesen werden,

daß aber in Ansehung der gegen
Johann Hesse verübten Mißhandlung der
vom Kreisgericht zu Kaiserslautern
am 17ten v. Mon. gegebene Zucht-
polizeigerichtsbefehl [illegible]vernichtet und, dagegen
wegen dem freywilligen Mord ein neuer
Zuchtpolizeigerichtsbefehl erlassen werde

zu/

die Beschuldigten wegen der bloßen Miß-
handlung in Gemäßheit der Art. 230 und 231
des Gesetzbuchs über das peinl. Verfahren, vor ein
anderes von der Anklagskammer zu be-
zeichnendes Kreisgericht verwiesen werden,
und im Fall einer Freisprechung von dem
Assisenhof gegen sie das Verfahren auf dem
gesetzlichen Wege verfügt zu werden.

Kaiserslautern den 2ten Juli 1816.

Unterschrieben: L. Koch.

Zeugschaft: dem von dem ersten Richter am
17ten Merz abhin erlassenen Leibverhafts-
befehl, des Inhalts:

In Erwägung endlich, daß diese Ver-
brechen und Vergehen durch die Artikel 295,
304 und 311 des Strafgesetzbuchs vorgesehen sind
und mit einander verbunden eine Leibes- und
entehrende Strafe nach sich ziehen

Verordnet daß die Aktenstücke des Verfahrens,
das Protokoll, welches den Thatbestand beurkundet
nebst einem Verzeichniß der Ueberführungsstücke
an den K. General Staats Procurator am Appel-
lationshofe in Kaiserslautern abgesandt werde,
damit solche weiter verfügt werde über
Rechtens.

Verordnet daß die Beschuldigten fernerhin

Dürkelberg und Johann Schröder in engeren Verhaft ge-
bracht und in das von dem Appellationshofe zu be-
stimmende Justizhaus eingebracht werden sollen.

Nach vorangegangener Berathschlagung

Der Hof, indem er die von dem Herrn
General Advokaten in dessen oben erwähnten
schriftlichen Antrage enthaltenen Gründe
in ihrem ganzen Umfange annimmt;

In Erwägung, daß das von den
Beschuldigten an Philipp Hofstädter von
Eisenberg verübten Verbrechen den
Charakter eines freiwilligen Todschlags
an sich trägt, die gegen Johann Hesse
verübte Mißhandlung aber nur ein
einfaches Vergehen bildet, welches nach
Art. 311. 59 und 60 des Strafgesetzbuchs
mit einer blossen Zuchtpolizeystrafe
belegt wird

Daß zwar beide Handlungen mit
einander in einiger Verbindung stehen,
wie die andern Verumstandungen unmit-
telbar auf einander folgten,
daß sie jedoch weder geeignet sind
zu gleicher Zeit mit einander vor
den Assisenhof gebracht zu werden,

die keine Connexität im Sinne des Gesetzes
zwischen diesen Handlungen vorhanden ist, noch ein
erschwerender Umstand in Ansehung des
Mords betrachtet werden können, indem der
Art. 304 des Strafgesetzbuchs voraussetzt, daß
das Vergehen welches bei dem Morde eine
Aggravation der Strafe bewirken soll gegen
die nämliche Person verübt wird oder
wenigstens mit dem Mord in einer solchen
Verbindung steht, daß die eine Handlung
sich zu der andern gewissermaßen wie
Mittel zum Zweck verhält, welches hier
nicht der Fall ist, daß demnach, in dieser Be-
ziehung das Kreisgericht von Kaiserslautern
dem fraglichen Verbrechen eine irrige
Qualifikation gegeben hat, daher der von
diesem Gerichte am 17ten Aug [illegible] erlassene
Leibverhaftsbefehl vernichtet und wegen dem
freiwilligen Mord ein neuer erlassen werden
muß.

In Erwägung daß das Verbrechen
des freiwilligen Todtschlags durch die Art.
295 und 304 des Strafgesetzbuchs vorge-
sehen ist und eine körperliche und
entehrende Strafe nach sich zieht.

3

In Erwägung, daß in der Untersuchung hin-
reichende Gründe zur Anklage gegen die ge-
nannten Beschuldigten vorliegen.

Erklärt der Appellationshof daß die
Anklage gegen Friedrich Düttelberg und
Johann Schäfer statt hat, verweist daher
dieselben, in Gefolge dessen, an den Assisenhof
zu Zweibrücken, um alda dem Gesetze gemäß
gerichtet zu werden, verordnet daß durch
den Hrn General Procurator ein Anklageakt
gegen besagte Beschuldigte errichtet werden
solle.

Vernichtet zudem, kraft des 230 und
231ten Artikels des Gesetzbuchs über das peinl.
Verfahren, den von dem ersten Richter
am 17ten Aug d. J. erlassenen Leibverhafts-
befehl;

Verordnet demnach in Gemäßheit der
Art. 231. 233. 241. 242. und 243 desselben
Gesetzbuchs daß besagte Beschuldigte als
1. Friedrich Düttelberg, 33 Jahre alt
Groß 1 Meter 698 Millimeter, Haare blond
Augen grau, Stirn gewöhnlich, Nase etwas
breit, Mund gewöhnlich, Gesicht vollkommen
und starkknochig, Bart röthlich, Kinn
rund, gebürtig aus Ramsen, Schlagshüter
und daselbst wohnhaft;

2. Johann Schneider 37 Jahr alt, groß 1 Meter 720 Millimeter, Haare blond, Augen röthlich, Stirne oval, Nase und Mund gewöhnlich, Gesicht oval, Bart blond, Kinn rund, gebürtig und Hessenburg, Kassier Försters daselbst wohnhaft vorsorglich verhaftet und in das bey gedachtem Assisenhof befindliche Justizhaus eingebracht werden sollen.

Verordnet ferner, daß gegenwärtiges Urtheil und der Anklageakt den Angeklagten zugestellt und ihnen Abschrift davon gegeben, dieselben sodann in den 24 Stunden nach geschehener Zustellung in obenerwähntes Justizhaus eingeführt werden sollen.

Verordnet endlich, daß in Fall gemeldte Angeklagten wegen des freiwilligen Todtschlags von dem Assisenhofe los gesprochen werden sollten, dieselben wegen ebenerwähnter an Johann Hahn von Hof Hettenhausen verübten Mißhandlung vor das Zuchtpolizeygericht zu Zweybrücken gestellt werden sollen, um in Ansehung dieses Vergehens daselbst erkannt zu werden, was Rechtens.

Also geschehen und geurtheilt zu

Kaiserslautern den 17ten July 1816 in dem Berathschlagungszimmer der Anklagekammer durch die Herren Rebmann, Präsident, Dursberg, Geisweiler Räthe, welche nebst dem Obergerichtsschreiber unterschrieben haben.

Rebmann

Dursberg

Geisweiler

Blessmann

Zugegen die Herren Rebmann Präsident, Dursberg, Geisweiler Räthe, Müller Subst. d. G. St. P. und Blessmann Obergerichtsschreiber

Rebmann

Blessmann

Sitzung vom dreißigsten Juli eintausendachthundert und sechzehn.

Der Königlich baierische Appellationshof zu Kaiserslautern hat in seiner Anklagekammer folgendes Urtheil erlassen:

Eingesehen die durch den Untersuchungsrichter am Bezirksgericht zu Kaiserslautern eingeleiteten Verhandlungen gegen

1. Joseph Hoffmann Leinweber, und
2. Maria Margaretha Uhl dessen Ehefrau beide wohnhaft in Kirchheim, beschuldigt eines Diebstahls vermittelst Einsteigen und äußern und innern Einbruchs.

Nach angehörtem Berichte des Herrn Mathias Substitut des General Staatsprokurators;

nachdem in dessen Gegenwart sämtlichen
zu diesem Prozeß gehörigen Prozeßschriften
vorgelesen worden, und nachdem sich derselbe
bei dem Obergerichtsschreiber zurückge-
zogen hatte.

Eingesehen insbesondere,

Erstens: daß von der Staatsbehörde ab-
gegebene und den Prozeßschriften beyge-
fügte schriftliche Ansuchen, dessen Inhalt
lautet wie folgt:

„Nach Ansicht der Untersuchung gegen
„1. Joseph Hoffmann, Leinenweber, und
„2. Maria Margaretha Ochs dessen Ehefrau, beide
„wohnhaft in Lauterecken(?) und beschuldigt, ersterer
„in der Nacht vom achtzehnten auf den 19.ten Julÿ
„1815 in der Siamoise-Fabrik des Philipp Ziem(?)
„auf Kirchen(?) zu Kaiserslautern mittelst Einsteig-
„und Einbruch sowohl, als [illegible] Erbrechung einer
„Summe Geldes von 817. Gulden 24 kr. in ver-
„schiedenen Münzsorten gestohlen, letztere
„aber durch Verheimlichung zu Vollendung dieser
„That mitgewirkt zu haben.

„Nach Ansicht der Art. 59. 60. 62. 381 N.4 384. 393.
„394. 395. 396 u. 397 des Strafgesetzbuches, wo auf
„die That mit körperlicher und entehrender Strafe
„belegt wird.

„In Erwägung daß zwar die beschuldigte Ehefrau ein-
„gesteht, einige Zeit nach der That zu ihrem Erstaunen
„in der Lade(?) ihrer Kiste eine große Summe
„Geldes ohne zu wissen, woher sie gekommen,
„gefunden zu haben daß aber ihr Mann ihr
„gesagt, solche leihweise(?) aufgenommen zu haben, und
„ihr befohl, auf Befragen, den Leuten dies ungefähr
„zu antworten, welches sie auch gethan hätte;

„In Erwägung daß dieser Umstand einzig auf
„ihr Geständniß gegründet, daraus nicht als Ver-
„heimlichung angesehen werden kann weil der
„Gebrauch der Kiste beiden Eheleuten ge-
„meinschaftlich zustand, mithin wenn der
„Mann etwas darin versteckte solches keine
„Handlung der Frau war.

„In Erwägung daß wenn die Frau auch das
„Wort ihres Mannes nicht verwerflich(?)
„daß das Geld geliehen sey, sie das Vorgeben
„ihres Mannes mit treu und Glauben ohne
„strafbare Absicht angenommen haben kann,
„daß aber auch übrigens die Frau nicht schuldig
„war selbst wenn sie den wahren Ursprung
„des Geldes gewußt hätte, solches zu
„offenbaren und Angeberin ihres
„Mannes zu werden, daß also wesentlich
„ihr alle thätige Mitwirkung
„mithin auch die im Gesetze vor

„vorgedachten Theilnehmer ergibt.
„In Erwägung daß gegen Joseph Hoffmann hin-
„längliche Gründe zur Anklage vorliegen.
„Trägt darauf an, daß mit Anwendung des Art.
„229 der peinlichen Prozeß Ordnung Maria Mar-
„garetha Ehl in Freyheit gesetzt werde, wenn sie
„nicht anderer Ursachen wegen verhaftet ist, und
„vorbehaltlich der ferneren Verfolgung im Falle
„neue Beschwerden gegen sie entdeckt werden, daß
„aber gegen den beschuldigten Joseph Hoffmann
„die Anklage erkannt und derselbe vor den
„Assisenhof verwiesen werden, und ferner ver-
„ordnet werde wie in den Art. 231, 233, 241. 242. 243.
„der peinlichen Prozeß Ordnung vorgeschrieben
„ist. Kaiserslautern den 28ten Julius 1816.
„unterzeichnet: Meliter Substitut.

Zweitens den von dem ersten Richter am 29ten Juny 1816 erlassenen Vollziehungsbefehl des Inhalts:

„In Erwägung daß über dieses Verbrechen der Art.
„384. 381 No. 4. 393. 394. 395. 396. 397. 59. 60 und
„62 des Strafgesetzbuches verfügen, sonach eine
„Leibes und entehrende Strafe nach sich ziehen
„Verordnet daß die Prozeßschriften, das Pro-
„tokoll enthaltend das Corpus delicti und ein
„Verzeichniß der Überführungs Stücke an
„den Herrn General-Staats-Procurator

„am Appellationshofe zu Kaiserslautern abge-
„sendet werden, damit allda weiter erkannt werde
„nach Rechtens, befiehlt ferner demnach daß in Ge-
„mäßheit des 134ten Artikels der Criminal
„Prozeß-Ordnung der beschuldigten Joseph Hoffmann
„42 Jahr alt gebürtig und wohnhaft in [illegible]
„1 Meter 765 Millimeter groß, Haare, Stirne
„und Augenbraunen braun, Augen grau, Stirn
„gewöhnlich, Nase mittelmäßig, Mund klein
„aufgeschlossen, Gesicht länglich und blaß, Bart
„braun Kinn spitzig, Taglöhner wohnhaft in [illegible]
„und dessen Ehefrau Maria Margaretha
„Ehl, 1 Meter 560 Millimeter, groß, 36 Jahr
„alt, Haare, und Augenbraunen hellbraun
„Augen grau, Nase stumpf Kinn spitzig Ge-
„sicht oval, und blatternarbig wohnhaft in [illegible]
„in engeren Verhaft genommen, und in das
„von dem Appellationshof zu bestimmende
„Justizhaus eingesetzt werden sollen.

Nach geschehener Berathschlagung

Der Hof, indem er die in dem obenerwähnten schriftlichen Antrage der Staatsbehörde vom 28 Julius 1816 aufgestellten und entwickelten Gründe in ihrem ganzen Umfange annimmt.

In Erwägung, daß aus den oben er-gedachten Untersuchungsstücken hinreichende

Anzeigen und Beschwerden gegen den beklagten
Joseph Hoffmann hervorgehen, vermöge
welcher derselbe beschuldigt ist, in der Nacht
vom achtzehnten auf den neunzehnten
Julius 181. in der Baumwollfabrik des
Philipp Heinrich Kuchen zu Kaiserslautern
mittelst Einsteigen, und äusserem und
innerem Einbruch eine Summe Geldes
von acht hundert und siebenzehn Gulden
vier und zwanzig Kreuzer in verschiedenen
Münzsorten gestohlen zu haben.
In Erwägung daß diese That durch den
Art. 381 N° 4, 384, 393, 394, 395, 396 und
397 des Strafgesetzbuchs vorhergesehen ist
und eine körperliche und entehrende Strafe
nach sich zieht.
In Erwägung daß die Untersuchung gegen
gedachten Joseph Hoffmann beendet
erklärt der Appellationshof daß die An-
klage gegen gegen beklagten Joseph Hoff-
mann stattfinde, verweist ihn daher in Ge-
folge dessen an den Assisenhof zu Zwei-
brücken, um daselbst dem Gesetze ge-
mäß geurtheilt zu werden, und soll
demnach durch den General-Staats-
Prokurator, ein Anklageakt

Hinreichende Gründe zur Anklage

Ohm

Messner

gegen besagten Hoffmann errichtet und der vom
Untersuchungsrichter rücksichtlich dieses Beschuldigten erlassene
Leib Verhafts Befehl nach seinem ganzen
Inhalte in Vollzug gesetzt werden.
Verordnet daß gegenwärtiges Urtheil und der
Anklageakt dem Angeklagten zugestellt und
ihm Abschrift davon gegeben, sodann derselbe
in den 24 Stunden nach geschehener Zustellung
in das bey dem Assisenhofe errichtete Justiz-
haus eingebracht werden soll.
In Erwägung soviel die Maria Margaretha
Uhl Ehefrau des Angeklagten betrifft
daß auch die in dem Antrage der Staatsbehörde
enthaltenen Gründe zur Anklage gegen die
Maria Margaretha Uhl vorliegen, indem
wenn auch dieselbe nach dem Worte ihres Mannes
erklärte, daß das fragliche Geld geliehen sey,
sie das Vorgeben ihres Mannes mit Treue
und Glauben ohne strafbare Absicht unterhalten
haben konnte, daß aber auch übrigens die Frau
nicht schuldig war, selbst wenn sie den wahren
Ursprung des Geldes gewußt hätte, solches zu
offenbaren, und Angeber ihres Mannes
zu werden, desshalb rücksichtlich ihrer alle
thätige Mitwirkung, mithin auch die im Gesetze
vorgesehene Theilnahme wegfällt.
Erklärt der Hof daß da keine hinreichende
Anzeigen und Beschwerden,

Keine hinreichende Gründe

Ohm

Messner

unbeschadet des ferneren Verfahrens gegen
den beschuldigten [illegible] die An-
klage nicht statt hat, und verordnet daß
mit Anwendung des 229ten Art. des
Gesetzbuches über das peinliche Verfahren
die beklagte Maria Margaretha Lehr [?]
in Freiheit gesetzt werden soll, wenn sie
nicht anderer Ursachen wegen verhaftet ist.
Alles obigen in Gemäßheit der Art.
231. 230. 241. 242. 243. und 229 des Ge-
setzbuches über das Verfahren in peinlichen
Sachen.

Also geschehen und geurtheilt zu
Zweibrücken am 30ten Julius
ein tausend acht hundert und sechzehn
in dem Berathschlagungszimmer der
Anklagskammer, durch die Herren
Rebmann, Präsident, Durberg [?]
Geiweiler Räthe, welche nebst dem
Obergerichtsschreiber unterschrieben
haben. Rebmann

Durberg [?] Geiweiler

Meßmann [?]

Gegenwärtig [?] die Herren Rebmann Präsident, Geiweiler, Durberg [?] Räthe, [illegible] Obergerichtsschreiber.
Rebmann
Meßmann [?]

Sitzung vom 5 August 1816

Der k. b. Appellationshof zu Zweibrücken
in seiner Anklagskammer, hat folgendes Urtheil
erlassen:

Eingesehen die durch den Untersuchungsrichter
am Kreisgerichte zu Speyer eingeleitete Verfahren [?]
gegen Johann Steinberger, Müll-
knecht gebürtig zu Lindenfels [?] im Odenwald,
ohne bestimmten Wohnsitz, 36 Jahr alt,
eines Pferdediebstahls [?] [illegible]
und eines Zerbuch [?] [illegible] zu [illegible], und
[illegible] mit dem [illegible] des [illegible]
zusammenhängenden [?] Stelle [?] gestellt [?] zu haben
beschuldigt.

Nach Anhörung des von Herrn [illegible]
General-Advokat am Appellationshofe ge-
machten Berichts; nachdem in dessen Gegen-
wart alle zu dem Prozeß gehörigen
Aktenstücke [struck: und] dem Gerichtsschreiber vorge-
lesen worden, und nachdem sich derselbe
nebst diesen zurückgezogen hatte.

Eingesehen insbesondere
Erstens: den von der Staatsbehörde ab-
gegebenen und den Prozeßschriften beige-
fügten schriftlichen Antrag, dessen Inhalt
lautet, wie folgt:

Z

Nachdem auf die vom Landgerichte eingelei-
teten Untersuchung gegen Johann Steinberger
Müllerknecht gebürtig zu Leidingen in Böhmen
ohne bestimmten Wohnsitz, 36 Jahre alt, ver-
ehe beschuldigt ist:

in der Nacht vom 6ten auf den 7ten Juny
1816, dem Müller Franz Becker verschlossen
zu Hechenberg aus seinem mit dem Wohn=
hause zusammenhängenden Stall ein Pferd
samt Halfter, Zaum und Kummet, und
dessen Knecht Johann Habstock, einen grau-
en Ueberrock mit einer hölzernen mit
Kupfer beschlagenen Tabackspfeife aus
dem nämlichen Stall und zur nämlichen
Zeit gestohlen zu haben

In Erwägung, daß dieses Verbrechen
nach Art. 386 N.1 und 390 des Strafge-
setzbuches mit körperlicher und entehrende
Strafe nach sich zieht, und daß hinläng-
liche Verdachtsgründe zur Anklage gegen den
Beschuldigten vorliegen;

Trägt darauf an, daß gegen den
genannten Johann Steinberger Anklage
erkannt und daß derselbe vor
den Assisenhof verwiesen werde.

Kaiserslautern den 30ten Juni 1816. unterzeichnet
Dr Koch.

Herzogthum: Den von dem ersten Assistent am
19ten July 1816 erlassenen Leib: Verhaftsbefehl des
Inhalts:

In Erwägung, daß der Diebstahl dessen Inculpat
sich schuldig gemacht zu haben scheint, durch den
Art. 386. N.1 und 390 des Strafcodex vorge=
sehen ist und mit der Einsperrung bestraft wird

Verordnet daß in Gemäßheit der Art. 133
und 134 des Codex der Criminal=Untersuchung
die sämmtlichen Acten und Actenstücke des H. Staats=
procurators an den H. gal K. Procurator des
Appellationshofes nach Zweybrücken gesendet
werden.

Verordnet ferner, daß der gesuchte Johann
Steinberger aus Leidingen in Böhmen
gebürtig, 36 Jahr alt, 5 Fuß 6 Zoll groß,
von braunen Haaren und Augenbraunen, hoher
breiter Stirn, grauen Augen, gebogener
Nase, gewöhnlichem Mund, spitzigem Kinn,
ovalem Gesicht, schwarzem Bart, frischer
Gesichtsfarbe aus dem Arresthause von
Speyer, in das Gefängniß gebracht werden
soll, welches der gedachte Generalprocurator
bestimmen wird

Nach geschehener Berathschlagung

In Erwägung, daß aus den oben angeführten
Untersuchungsstücken, hinreichende Anzeigen und
Beschwerden hervorgehen gegen besagten

Jo

Johann Steinberger, wovon er welcher der=
selbe beschuldigt ist:

in der Nacht vom sechsten auf den sie=
benten Juni 1816 dem Müller Georg Becker
wohnhaft zu Hirschhaden(?), aus seinem mit dem
Wohnhause zusammen hängenden Stall, ein
Pferd sammt Halfter, Zaum und Kummet,
und dessen Knecht Johann Rubstock(?) einen
grünen Überrock und ein Halstuch(?) mit
kupfern beschlagenen Leibgurte(?) aus dem
nämlichen Stall und zur nächtl. Zeit gestohlen
zu haben

In Erwägung daß diese That nach
Art. 386. N° 1. und 390 des Strafgesetzbuchs
eine körperliche und entehrende Strafe nach
sich zieht. ~~und daß hinlängliche Beschwerden~~
~~zur Anklage gegen den Beschuldigten~~.

In Erwägung, daß in der Untersuchung
hinlängliche Gründe zur Anklage gegen
den besagten Beschuldigten vorliegen.

Erkennt der Appellationshof, daß
die Anklage gegen gesagten Johann
Steinberger statt hat, verweiset somit
denselben an den Assisenhof zu Zweibrücken
um allda, dem Gesetze gemäß ge=

Dreizehn(?) von diesen Worten gebilligt

Petersen(?)

Blessmann

urtheilt zu werden; und soll dieser durch den Ge
General Advokat eine Anklageakte gegen besagten
Beschuldigten verfaßt, und der von dem ersten
Richter am 19t July d. J. erlassene Leib ver-
haftsbefehl seinem ganzen Inhalte nach in
Vollzug gesetzt werden ~~[gestrichen]~~.

Verordnet daß gegenwärtiges Urtheil und
die Anklageakte, dem Angeklagten zugestellt, und
ihm Abschrift davon gegeben, sodann derselbe in den
24 Stunden nach geschehener Zustellung in das bey
erwähnten Assisenhof errichtete Justizhaus einge-
setzt werden solle.

Alles gemäß in Gemäßheit der Art. 231. 233. 241
242 und 243 des Gesetzbuchs über das Verfahren
in peinl. Sachen

Also geschehen und geurtheilt zu ~~[gestrichen]~~ Zweibrücken
am fünften August 1816 in dem Berathschlagungs
Zimmer der Anklagekammer durch die
Herren Rubenau(?), Präsident, Hoffmann, Geis-
weiler Kirsch, welche nebst dem Obergerichtsschreiber
unterschrieben haben.

Rubenau(?) Hoffmann

Geisweiler

Blessmann

Sitzung vom 5t August 1816

Zugegen die Herrn Rebmann, Präsident Hoffmann, großh. Rath Koch, 2ter Advok. Bessmann Obergerichtsschreiber.
Abz.
v Rebmann

Der K. B. Appellationshof zu Zweybrücken hat in seinem Anklagskammer folgendes Urtheil erlassen.

Eingesehen die durch den Untersuchungs-Richter am Kreisgerichte zu Landau eingeleiteten Verhandlungen gegen Konrad Zittel, Ackersmann gebürtig zu Waldsee wohnhaft in Mußbach einen Pferdediebstahl aus einem mit einem Wohnhause zusammenhängenden Stalle zur Nachtzeit und mittelst Einsteigen ~~geraubt~~ & ~~gestohlen~~ zu haben beschuldigt.

2 geraubt Breitenstein [illegible] gelesen!
Rebm.
v Rebmann

Nach angehörtem Berichte des H. Rath Gemünd Advokat am Appellationshofe, nachdem in dessen Gegenwart alle zu diesem Prozeß gehörigen Aktenstücke durch den Obergerichtsschreiber verlesen worden, und nachdem sich derselbe nebst diesem zurückgezogen hatte.

Eingesehen mit besonderer Hinsicht: den von der Staatsbehörde abgegebenen und den Prozeßschriften beigefügten schriftlichen Antrag, dessen Inhalt lautet wie folgt.

„In Hinsicht der von Amtswegen eingeleiteten Untersuchung gegen Konrad Zittel, 56 Jahr alt Ackersmann, gebürtig

3

zu Waldsee wohnhaft in Mußbach, keinen Langgaben, welcher beschuldigt ist:

in der Nacht vom Zweiten auf den dritten Mai 1816 dem Friedrich Adam Hoffmann, Lindner, wohnhaft zu Wallmersheim, aus dessen mit dem Wohnhause zusammenhängenden Stalle in einem ringsum von geschlossenen Hofgering gelegenen Stall mittelst Einsteigen ein Pferd gestohlen zu haben;

In Erwägung, daß dieses Verbrechen zu Folg art. 384. 381. N°4, 386 N°1. 390 und 397 des Strafgesetzbuchs eine peinliche Strafe nach sich zieht, und daß hinreichende Beschwerden zur Anklage gegen den Beschuldigten vorhanden sind

Trägt darauf an, daß gegen den genannten Konrad Zittel Anklage erkannt und daß derselbe vor den Assisenhof verwiesen werde.

Zweybrücken den 29t July 1816

unterzeichnet: L. Koch.

Eingesehen: Den, von dem ersten Richter am 16t July 1816 erlassenen Leibverhaftsbefehl, des Inhalts..

Erwägend daß sämtliche auf gegenwärtiges Verbrechen Bezug habende

3

Signalement nebst Verzeichniß der Akten und Überweisungsstücke dem Herrn General Staatsprokurator an dem königlichen Appellhofe auf dem linken Rheinufer übersandt, der Beschuldigte Konrad Zettel 26 Jahr alt, geboren zu Abtsdorfen, wohnhaft in Mannheim 1 Meter 70 Centimeter groß, mit schwarz grauen Haaren, niedrer Stirn, schwärzlichen und etwas heraustretenden Augenbraunen, kurze und etwas dicke Nase, großen Mund, schwarz kurzen Bart, runden Kinn, länglichten Gesicht, frischer Farbe und hinkend, aber in engere Verhaft gebracht und von da in das jenige Gefängniß, welches durch die geeignete Behörde wird bezeichnet werden, überbracht werden solle.

Nach vorgegangener Berathschlagung

In Erwägung, daß aus den oben angeführten Untersuchungsstücken hinreichende Anzeigen und Beschwerden gegen besagten Konrad Zittel hervorgehen, vermöge welcher derselbe beschuldigt ist:

in der Nacht vom zweiten auf den dritten Mai 1816, dem Friedrich Adam

Hoffmann, Ackerer, wohnhaft zu Ostellmertheim, und dessen mit dem Wohnhause zusammenhängenden in einem ringsum verschlossenen Hofgeringe gelegenen Stall mittelst Einsteigen ein Pferd gestohlen zu haben;

In Erwägung, daß dieses Verbrechen durch die Artikel 384. 381 N°4. 386 N°1. 390 und 397 des Strafgesetzbuchs vorgesehen ist und eine körperliche und entehrende Strafe nach sich zieht;

In Erwägung daß in der Untersuchung hinreichende Gründe zur Anklage gegen den besagten Beschuldigten vorliegen;

Erklärt der Appellationshof, daß die Anklage gegen den gedachten Konrad Zittel statt hat, verweiset somit denselben vor den Assisenhof, um allda, dem Gesetze gemäß geurtheilt zu werden, und soll daher durch den H. General Advokaten ein Anklageakt gegen besagten Beschuldigten verfaßt, und der von dem zweiten Richter am sechszehnten July dieses Jahrs erlassene Leib-verhaftsbefehl, nach seinem ganzen Inhalt in Vollzug gesetzt werden.

212

Verordnet, daß gegenwärtiges Urtheil mit der Anklageakte, dem Angeklagten zugestellt, und ihm Abschrift davon gegeben, sodann demselben in den 24 Stunden nach geschehener Zustellung in das von dem K. C. Appellationshof zu bestimmende Justizhaus eingebracht werden soll

Alles dieses in Gemäßheit der Art 231. 233. 241. 242 und 243 des Gesetzbuchs über das Strafverfahren in peinlichen Sachen

Also geschehen und geurtheilt zu Zweybrücken am Sechsten August ~~[illegible]~~ 1816 in dem Berathschlagungszimmer der Anklagekammer, durch die Herren Kabinets-Präsident, Hoffmann Geheimer Räthe welche nebst dem Obergerichtsschreiber unterschrieben haben.

Schmidt Hoffmann

Geisweiler

Blessmann

213

Zugegen die Herrn Kabinets-Präsident, Hoffmann, Geheime Räthe, Gen. Advkt. und Obergerichtsschreiber abgeschlossen

Schmidt

Blessmann

Sitzung vom 5ten August 1816.

Der Königl. Bayerische Appellationshof zu Zweybrücken hat in seiner Anklagekammer folgendes Urtheil erlassen

Nachdem die durch den Untersuchungsrichter am Kreisgerichte zu Speyer eingeleitete Untersuchung gegen Johann Scherer, Tagelöhner, und Johann Adam Scherer ebenfalls Tagelöhner, beide wohnhaft in Schweigenheim, des Straßenraubs und der Theilnahme daran beschuldigt.

nach angehörtem Berichte des Herrn Koch, General Advokat am Appellationshof, nachdem in dessen Gegenwart alle zu diesem Prozesse gehörigen Aktenstücke vorgelesen worden, und nachdem sich derselbe nebst dem Obergerichtsschreiber zurückgezogen hatte.

Nachdem insbesondere

Erstens: den von der Staatsbehörde übergegebenen und den Prozeßschriften beigefügten Antrag, dessen Inhalt lautet wie folgt:

Nach Einsicht der von Amtswegen eingeleiteten Untersuchung gegen

3

1) Johann Scherer 23 Jahr alt, Zieglöhner gebürtig und wohnhaft zu Rheinzabern
2) Johann Adam Scherer, 45 Jahr alt, Vater des Vorigen, ebenfalls Zieglöhner gebürtig und wohnhaft daselbst

welche beschuldigt sind

der Erste: am 30ten Mai 1816 zwischen sieben und acht Uhr des Abends auf der öffentlichen Land=straße ungefähr eine Viertelstunde von Rheinzabern nahe bey dem sogenannten Zittelbor-gelegen einen mit Kleidungsstücken und Weißzeug angefüllten und mittelst eines Vorlege-schlosses verschlossenen Koffer der hinten auf einer Chaise worin Herr Polizeikommissär Erhard von Speyer, dessen Gattin und dessen Schwägerin Madame Dournay geborene Köler von Westhofen nebst einem Kinde der letztern sich befanden, mit Stricken festgebunden war, und diesen Personen zugehörte, losgeschnitten und entwendet zu haben;

Der Zweyte: an diesem Diebstahl dadurch Theil genommen zu haben, daß er geholfen hat, den sorgfältig verschlossenen Koffer

er

erkennend, daß er von einem auf öffentlicher Landstraße verübten Diebstahl herrührte, in der Scheuer des Gartenhauses des Herrn Johann Peter Baumann von Rheinzabern zu verstecken, denselben am 31ten Mai mit seinem Sohne zu öffnen und die darin befindlichen Effekten zum Theil herauszunehmen und sie sich gemeinschaftlich zuzueignen.

In Erwägung, daß dieses Verbrechen nach Artikel 383, 59, 60, 62 und 63 des Straf-gesetzbuchs eine körperliche und entehrende Strafe nach sich zieht, und daß hinlängliche Beschwerden zur Anklage gegen die beiden Beschuldigten aus der Untersuchung hervorgehen;

Trägt darauf an, daß gegen die genannten Johann Scherer und Johann Adam Scherer Anklage erkannt, und daß dieselben vor den Assisenhof verwiesen werden.

Kaiserslautern den 28 July 1816. unterschrieben: L. Koch.

Zeugnis: den, von dem ersten Richter am 29ten Juni alhier erlassenen Leib-Verhaftsbefehl, des Inhalts:

In Erwägung, daß der Diebstahl, der auf öffentlichem Wege verübt worden ist,

z

und der Complicität durch die Artikel 379, 383, 59, 60 und 62 des Strafgesetzbuchs vorgesehen sind, wie körperliche und entehrende Strafe nach sich ziehen;

Verordnet, daß auf Betreiben des königlichen Prokurators die sämmtlichen Akten an den königlichen General Prokurator nach Zweibrücken geschickt werden.

Verordnet ferner daß in Gemäßheit des Artikels 134 des Codex der criminal Untersuchung Johann Scherer 23 Jahr alt Tagelöhner in Rheinzabern gebürtig und wohnhaft, 5 Fuß 3 Zoll groß, von braunen Haaren und Augenbraunen, gewöhnlicher Stirn, blauen Augen, spitziger Nase, gewöhnlichem Mund, kurzem Kinn und rundem Gesicht, und Johann Adam Scherer, 45 Jahr alt Vater des obgenannten Johann Scherer, ebenfalls Tagelöhner zu Rheinzabern gebürtig und wohnhaft, aus dem Arresthause von Speyer in das Gefängniß gebracht werden sollen, welches der gedachte Gerichtshof bestimmen wird.

Nach vorgegangener Berathschlagung:

In Erwägung, daß aus den obenangeführten Untersuchungsschriften hinlängliche Anzeigen und Beschwerden hervorgehen, gegen besagte Johann Scherer und Johann Adam Scherer, vermöge welcher dieselben beschuldigt sind der erste: am dreißigsten Mai 1816 zwischen sieben und acht Uhr des Abends auf der öffentlichen Landstraße, ungefähr eine Viertelstunde von Rheinzabern nahe bei dem sogenannten Titus Kapellchen, einen mit Kleidungsstücken und Weißzeug angefüllten und mittelst eines Zeugschlosses verschlossenen Kasten der hinten auf einer Chaise, worin Herr Substitut Hortus von Speyer dessen Gattin und dessen Schwägerin Madame Dournay geborene Rölar von Straßburg nebst einem Kinde der Letzteren sich befanden mit Stricken festgebunden war, und diesen Personen zugehörte, losgeschnitten und entwendet zu haben;

Z

Der Hof:

An diesem Diebstahl dadurch Theil genommen zu haben, daß er gehehlt hat, den fraglichen verstohlenen Kasten, wohl wissend, daß er von einem auf öffentlicher Landstraße verübten Diebstahl herrührte, auf dem Speicher des Gartenhauses des Herrn Johann Peter Brunner von Schwarzenborn zu verstecken, denselben am 31ten Mai mit seinem Sohn Johann zu öffnen und die darin befindlichen Effekten zum Theil heraus zu nehmen, und sie sich gemeinschaftlich zuzueignen.

In Erwägung daß dieses Verbrechen durch die Artikel 383. 59, 60, 62 und 63 des Strafgesetzbuchs vorgesehen ist, und eine körperliche und entehrende Strafe nach sich zieht.

In Erwägung, daß in der statt gehabten Untersuchung hinreichende Gründe zur Anklage gegen besagte beiden Beschuldigte vorliegen;

Erklärt der Hof, daß die Anklage gegen gedachten Johann Scherer und

Johann Adam Scherer statt hat; verordnet daß dieselben, in Gefolge dessen, an den Assisenhof zu Zweibrücken, um alldort, dem Gesetze nach, geurtheilt zu werden; und soll demnach durch den Herrn General Advokaten ein Anklageakt gegen besagte Beschuldigte errichtet und der erlassene Leibverhaft Befehl vom 29ten Juni letzthin, auch ferner gegen dieselben in Vollzug gesetzt werden.

Verordnet daß gegenwärtiges Urtheil und der Anklageakt, den beiden Angeklagten zugestellt und ihnen Abschrift davon gegeben werden, sodann dieselben in den 24 Stunden nach geschehener Zustellung in das bey besagtem Assisenhof befindliche Justizhaus eingebracht werden sollen.

Alles obige in Gemäßheit der Art. 231. 233. 241. 242 und 243 des Gesetzbuchs über das peinliche Verfahren

Abgesprochen und geurtheilt zu Zweibrücken am [illegible] August 1818 in dem Berathschlagungszimmer der Anklagekammer, durch die Herren Kobmann Präsident, Gestmann, Geisweiler Räthe, welche nebst dem Obergerichtsschreiber unterschrieben haben.

Kobmann Hoffmann

Geisweiler

[illegible]

Auszug vom 9t August 1816

Zugegen die HH. Rahmen(?) Präsident, Gerthmann(?), Quintzmüller(?), Räthe, Koch gen. adv. kt, Oberprokurator(?)

[illegible]

Der K. B. Appellationshof zu Zweibrücken, Zweite(?) Anklage Kammer hat folgendes Urtheil erlassen

Eingesehen die durch den Untersuchungsrichter am Kreisgericht zu Speyer eingeleitete Untersuchung gegen Mathias Eberhard Fuhrmann(?) wohnhaft zuletzt Taglöhner zu Neustadt eines Hausdiebstahls beschuldigt ist.

nach angehörtem Berichte des Herrn Koch General Advokaten am Appellationshofe; nachdem in dessen Gegenwart alle zu diesem Prozeß gehörigen Prozeßschriften durch den Gerichtsschreiber verlesen worden, und nachdem sich derselbe nebst dem Gerichtsschreiber zurückgezogen hatte.

Eingesehen insbesondere

Erstens: den von der Staatsbehörde abgegebenen und den Prozeßschriften beigefügten schriftlichen Antrag, dessen Inhalt lautet wie folgt.

"Nach Einsicht der von Amtswegen einge-
"leiteten Untersuchung gegen Mathias Eber-
"hard 36 Jahr alt, gebürtig zu Schwegen-
"heim bei Landau(?), Fuhrmann(?) seiner
"Profession, zuletzt Taglöhner zu Neustadt, welcher
"beschuldigt ist:
im Laufe der zwei verwichenen Jahren dem
Goldarbeiter Ludwig Kehler(?) zu Neustadt
aus der in dessen Wohnhause befindlichen
Werkstätte, während er bei demselben

[illegible]

um einen bestimmten Lohn in Arbeit stand
eine Quantität Silber gestohlen zu haben;

In Erwägung, daß dieses Verbrechen nach Art. 386. N°3 des Strafgesetzbuchs eine peinliche Strafe nach sich zieht und daß hinlängliche Beschwerden zur Anklage gegen den Beschuldigten vorhanden sind;

Trägt darauf an, daß gegen den genannten Mathias Eberhard Anklage erkannt und derselbe vor den Assisenhof verwiesen werde

Zweibrücken den 7n August 1816.

unterzeichnet: L. Koch.

Zweitens: den von dem ersten Richter am 9n July dieses Jahrs erlassenen Leib-Verhaftsbefehl des Inhalts:

In Erwägung, daß hinlängliche Anzeigen der Beschuldigung eines Hausdiebstahls gegen den besagten Mathias Eberhard begründen und daß dieses Verbrechen dem Art. 386 § 3 des Strafcodex zufolg eine peinliche Strafe nach sich zieht;

Verordnet, daß auf Betreiben des Herrn Staatsprocurators die sämmtlichen Akten an den Herrn General Staats-Procurator des Appellationshofes zu Kaiserslautern gesendet werden;

Verordnet ferner, daß in Gemäßheit des Art. 134 des Codex der Criminal-Untersuchung

der gefragte Mathias Eberhard, 34 Jahr alt, Bijoutier=
macher gebürtig von Schwarzenacker bei Homburg nach
Zweibrücken in Neustadt an der Haardt, 5 Fuß 8 Zoll
groß, von blonden Haaren und Augenbraunen, hoher
kahler Stirn, blauen Augen, großer Nase, kleinem
Mund, kurzem Kinn mit einem Grübchen, welcher
Bart nebst einer Warze auf der rechten Seite
der Nase und zwey Warzen auf dem rechten Backen
„und dem Arresthause von Tagen, in das Gefängniß
„gebracht werden soll, welches der gefragte Gerichtshof
„bestimmen werde.

Nach vorgegangener Berathschlagung.

In Erwägung daß aus den oben angeführten
Untersuchungsschriften hinreichende Anzeigen und
Beschwerden gegen besagten Mathias Eberhard
hervorgehen, vermöge welchen derselbe be-
schuldigt ist:

im Laufe der zwei verwichenen Jahre
dem Goldarbeiter Ludwig Köhler zu
Neustadt aus der in dessen Wohnhaus
befindlichen Werkstätte während er bei
demselben um einen bestimmten Lohn
in Arbeit stand, eine Quantität Silber ge-
stohlen zu haben

In Erwägung daß dieses Verbrechen durch
den Artikel 386 N.o 3 des Strafgesetzbuchs wegen=

gesetzt ist und eine Leibesstrafe und entehrende
Strafe nach sich zieht;

In Erwägung, daß in der Untersuchung hin-
reichende Gründe zur Anklage gegen den be-
sagten Mathias Eberhard vorliegen.

Erkennt der Appellationshof, daß die An-
klage gegen den gedachten Mathias
Eberhard statt hat, verweiset ihn mit den-
selben in Gefolge dieses, an den Assisenhof zu
Zweibrücken, um aldo, dem Gesetze gemäß,
gerichtet zu werden; und soll demnach durch
den H. General Prokurator Advokaten an
den Anklageakt gegen den gedachten Beschuldigten
verrichtet und der von dem ersten Richter
am 9.ten July abhin erlassene Leibverhafts-
befehl, nach seinem ganzen Inhalte in Voll-
zug gesetzt werden.

Verordnet daß gegenwärtiges Urtheil und
der Anklageakt, dem Angeklagten zugestellt, und
ihm Abschrift davon gegeben, sodann derselbe
in den 24 Stunden nach geschehener Zustellung
in das G[efängniß] ~~von dem h. L. Appellationshofe zu~~
~~bestimmende~~ Justizhaus eingebracht werden
soll.

Ich beg. besagter Abschrift befindliche Beischlag gutge[heißen] und das Wort von [illegible] gestrichen. [illegible]
Plesson

Alles obige zu Folge der Art. 231. 233
241. 242 und 243 des Gesetzbuchs über das
Verfahren in peinlichen Sachen

Also geschehen und geurtheilt zu Zweybrücken
am neunten August 1816 in dem Raths-

Urtheils=Zimmer der Anklage Kammer durch die Herren Rebmann, Präsident, Hoffmann, Geistweiler Räthe, welche nebst dem Obergerichts-schreiber unterschrieben haben. /:

Rebmann Geisweiler

J. Hoffmann

Weßmann

Sitzung vom 9ten August 1816

Zugegen die HH. Rebmann, Präsident, Hoffmann, Geistweiler Räthe, Koch General Advokat, Weßmann Obergerichtsschreiber
Rebmann
Weßmann

Der Königlich Bayerische Appellationshof in Zweybrücken hat in seiner Anklage Kammer folgendes Urtheil verkündet.

Eingesehen die durch die Untersuchungsrichter an den Kreisgerichten zu Landau und Speyer eingeleiteten Verhandlungen gegen Georg Wilhelm Schneider 31 Jahre alt Ackersmann zu Knittelsheim und gegen Georg Philipp Oberstler, 29 Jahre alt, Ackersmann zu Bellheim, eines qualifizirten Diebstahls beschuldigt.

Nach angehörtem Berichte des H. General Advokaten Koch; nach dem in dessen Gegenwart alle zu diesem Prozeß gehörigen Aktenstücke durch den Obergerichtsschreiber verlesen worden, und nachdem sich derselbe

nebst dem Obergerichtsschreiber zurückgezogen hatte

Eingesehen insbesondere

Erstens: den von der Staatsbehörde abgegebenen und den Prozeßakten beygebogenen schriftlichen Antrag, dessen Inhalt lautet wie folgt:

"Nach Einsicht der von Amts wegen eingeleiteten Untersuchung gegen

"1. Georg Wilhelm Schneider 31 Jahre alt, Ackersmann gebürtig und wohnhaft zu Knittelsheim

"Knecht bei Georg Büchler, Ackersmann zu Bellheim, G

[G [illegible] "2. Georg Philipp Oberstler 29 Jahr alt, gebürtig zu Knittelsheim, Knecht bey Georg Büchler Ackersmann zu Bellheim, — Randvermerk genehmigt. Weßmann]

", welche beschuldigt sind, in der Nacht vom zwanzigsten auf den ein- und zwanzigsten Dezember 1815 aus dem Speicher des Wohnhauses des Daniel Schott, Bürgermeister zu Knittelsheim, gemeinschaftlich und mittelst Einsteigen, der eine mit einer Mistgabel bewaffnet, womit er nach dem Knechte des genannten Königsmann verwundet einen Schlag führte, ohne ihn zu treffen

" ein Malter sechs Simmern Weizen
" zehn Malter Spelz und acht Malter
" fünf Simmern Korn gestohlen
" zu haben; "
" Heraushebung, daß dieses Ver-
" brechen zu Folg der Artikel
" 381. 397 und 401 des Strafgesetzbuchs
" eine peinliche Strafe nach sich
" zieht, und daß hinlängliche Be-
" schwerden zur Anklage gegen
" die beiden Beschuldigte aus der
" Untersuchung hervorgehen; "
" Trägt darauf an, daß gegen
" die genannten Georg Wilhelm
" Schneider und Georg Philipp
" Berstler Anklage erkannt
" und daß dieselben vor den
" Assisenhof verwiesen werden.
" Zweibrücken den 8t August 1816
" unterschrieben: L. Koch. "

Gesehen: den, von dem ersten Richter am 23t Julius 1816, er-
lassenen Verhaftsbefehl

des Inhalts:
" Herausrügung, daß aus der gegen-
" wärtigen Verhandlung sich hinlängliche An-
" zeigen hervorstellen, daß dieser
" angeschuldigte Diebstahl von denen
" beiden Personen, von denen
" einer bewaffnet, bey nächtzeit,
" mit und geübter Gewaltthätigkeit,
" und mittelst Einsteigen be-
" gangen worden, somit von
" einem Verbrechen die Sprache
" ist, welches in dem Artikel
" 301 (381) des peinlichen Straf-
" gesetzbuchs vorgesehen, und der
" Kriminal=Verfolgung unter-
" worfen, an den königlichen
" Assisenhof verwiesen werden
" muß; "
" Verordnet, daß sämtliche
" auf gegenwärtiges Verfahren Bezug
" habende Papiere, nebst Ver-
" zeichniße der Akten und über-
" führungsstücken dem Herrn General

„Staats Procurator an dem Königl.
„Appellhof auf dem linken Rhein-
„ufer übersandt; die Beschuldigten
„1. Georg Wilhelm Schneider
„drei und dreißig Jahre alt,
„Ackersmann geboren und
„wohnhaft zu Kettenheim
„fünf Schuh fünf Zoll groß, graue
„Augen, etwas stumpfe Nase, kleinen
„Mund, ovales Gesicht, hellbraune
„Haare, frische Gesichtsfarbe und
„ohne besondere Kennzeichen; dann
„2. Georg Philipp Bernsler,
„neun und zwanzig Jahre alt,
„geboren zu Kettenheim,
„Knecht bey Georg Bechler,
„Ackersmann in Dalsheim,
„fünf Schuh sechs Zoll groß,
„graue Augen, dicke Nase,
„etwas aufgeworfene Lippen,
„ovales Gesicht, hellbraune Haare

„und keine besonderen Kennzeichen,
„in einem königlichen Ver-
„wahr gebracht, um von da
„in dasjenige Gefängniß welches
„durch die geeignete Behörde
„wird bezeichnet werden, über-
„setzt zu werden; —
„und daß gegen die übrigen
„Beschuldigten aber, da keine
„Verdachtsgründe gegen selbe
„obwalten, keine weitere Ver-
„folgung statt haben soll.
„Abgeschlossen Tag, Monat und
Jahr wie oben.“

Nach vorgängiger Be-
rathschlagung

In Erwägung daß aus den
oben angeführten Untersuchungs-
schriften hinreichende Anzeigen und
Beschwerden hervorgehen, gegen
besagten Georg Wilhelm Schneider
und Georg Philipp Bernsler
vermöge welcher dieselben

beschuldigt sind:

in der Nacht vom Zwanzigsten auf den ein und zwanzigsten Dezember 1819 auf dem Speicher des bewohnten Hauses des Daniel Schott, Bürgermeister zu Kindelsheim gemeinschaftlich und mittelst Einsteigen, das man mit einem Mistkarren bewerkstelligt, womit er auch dem Knechte des genannten Bürgermeisters einen Schlag dachte, ohne ihn zu treffen, ein Malter acht Simmern Weizen, zehn Malter Spelz und acht Malter fünf Simmern Korn gestohlen zu haben.

In Erwägung daß dieses Verbrechen durch die Artikel 381. 397. und 401 des Strafgesetzbuchs

vorgesehen ist und eine körperliche und entehrende Strafe nach sich zieht.

In Erwägung, daß in der Untersuchung hinlängliche Gründe zur Anklage gegen die besagten Beschuldigten vorliegen.

Erklärt der Hof daß die Anklage gegen besagte Georg Wilhelm Schneider und Georg Philipp Kessler statt hat, verweiset daher dieselben in Gefolge dieses vor den Assisenhof in Zweibrücken, um allda, dem Gesetze gemäß, geurtheilt zu werden; und soll durch den Herrn General Advokaten ein Anklageakt gegen gedachte Beschuldigte errichtet und der vom 23. Julius [illegible] von dem ersten Richter erlassene Leibesverhaftsbefehl nach seinem ganzen Inhalt in Vollzug gesetzt werden.

Verordnet, daß gegenwärtiges Urtheil und der Anklageakt den Angeklagten zugestellt und ihnen Abschrift davon gegeben, sodann dieselben

in den 24 Stunden nach geschehener Zustellung in das bey vorerwähnten Assisenhof vereinigte Justizhaus eingebracht werden sollen.

Alles dieses in Gemäßheit der Art. 231. 233. 241. 242 und 243 des Gesetzbuchs über das Verfahren in peinlichen Sachen.

Also geschehen und geurtheilt zu Zweybrücken am neunten August 1816 in dem Berathschlagungs Zimmer der Anklagskammer, durch die Herren Abresch Präsident, Hoffmann, Geisweiler, Räthe, welche mit dem Obergerichtsschreiber unterschrieben haben /.

Abresch

Hoffmann

Geisweiler

Messmann